WILHELM EMMANUEL VON KETTELERS PRODUKTIVASSOZIATION

INAUGURAL-DISSERTATION

zur

Erlangung des Grades eines Doktors der Philosophie

der Philosophischen Fakultät der Freien Universität Berlin

vorgelegt von

Hans Karl Thomanek

aus Berlin

Berlin 1961

Druck:

Ernst - Reuter - Gesellschaft
der Förderer und Freunde der Freien Universität e.V.

Dissertations - Druckstelle

Berlin-Dahlem, Garystr. 45, Tel.: 76 32 61, App. 668

WILHELM EMMANUEL VON KETTELERS PRODUKTIVASSOZIATION

INAUGURAL-DISSERTATION
zur
Erlangung des Grades eines Doktors der Philosophie
der Philosophischen Fakultät der Freien Universität Berlin

vorgelegt von
Hans Karl Thomanek
aus Berlin

Berlin 1961

Gedruckt mit Genehmigung
der Philosophischen Fakultät der Freien Universität Berlin

Dekan: Professor Dr. Ernst Fraenkel
Referent: Professor Dr. Marcel Reding
Korreferent: Professor Dr. Hans-Joachim Lieber

Tag der mündlichen Prüfung: 27.7.1961

INHALTSÜBERSICHT

	Seite
Quellen- und Literaturverzeichnis	5
A. Einleitung:	9
Die soziale Lage in Deutschland zur Zeit Kettelers und die Idee der Produktivassoziation	9
B. Hauptteil:	19
I. Die Reformbestrebungen des Liberalismus und Sozialismus	19
1. Der liberale Schulze-Delitzsch	19
2. Die Produktivassoziation bei Schulze-Delitzsch und seine Auseinandersetzung mit Lassalle	29
II. Kettelers Idee von der Produktivassoziation	33
1. Die Kontroverse mit dem Liberalismus und Sozialismus	37
2. Die Zunft als Vorbild der Genossenschaft	41
3. Ketteler und Schulze-Delitzsch	47
4. Ketteler und Lassalle	53
5. Die Produktivassoziation bei Ketteler	60
C. Nachwort	66
Das Verdienst Kettelers und seine Bedeutung für die Gegenwart	66

Seite

D. Anhang: 74

I. Quellenmaterial über die Produktivassoziationen (in Auswahl) 74

1. Ketteler 74

2. Lassalle 78

3. Schulze-Delitzsch 96

II. Berichte über Produktivassoziationen 109

1. Israel 109

2. Spanien 112

Quellen- und Literaturverzeichnis

Quellen

Freiherr von Ketteler, Wilhelm Emmanuel, Die großen socialen Fragen der Gegenwart, mit einem Anhange: Leichenrede, gehalten im Jahre 1848 zu Frankfurt am Grabe des Fürsten Lichnowski und des Generals von Auerswald. Mainz 1878.

--- Freiheit, Autorität und Kirche. Mainz 1862.

--- Die Arbeiterfrage und das Christenthum. Mainz 1864.

--- Ist das Gesetz das öffentliche Gewissen? Frankfurt a. M. 1866.

--- Deutschland nach dem Kriege von 1866. Mainz 1867.

--- Stellung und Pflicht der Katholiken im Kampfe der Gegenwart. 3. Auflage. Freiburg i. Br. 1868.

--- Die Arbeiterbewegung und ihr Streben im Verhältniß zu Religion und Sittlichkeit. 3. Auflage. Mainz 1869.

--- Fürsorge der Kirche für Fabrikarbeiter. Bischöfliches Referat für die Conferenz der Hochwürdigsten Bischöfe Deutschlands zu Fulda im September 1869, in: Christlich-sociale Blätter, hrsg. von P. J. Schings und Nic. Schüren. Nr. 10. Aachen, den 6. November 1869.

--- Liberalismus, Socialismus und Christenthum. Mainz 1871.

--- Die Centrums-Fraction auf dem ersten Deutschen Reichstage. Mainz 1872.

--- Die Katholiken im Deutschen Reiche. Mainz 1873.

--- Predigten. Hrsg. von J. M. Raich. 2 Bde. Mainz 1878.

--- Briefe von und an Wilhelm Emmanual Freiherrn von Ketteler, Bischof von Mainz. Hrsg. von J. M. Raich. Mainz 1879.

--- Hirtenbriefe. Hrsg. von Joh. Michael Raich. Mainz 1904.

Lassalle, Ferdinand, Gesammelte Reden und Schriften. Hrsg. und eingeleitet von Eduard Bernstein. 12 Bde. Berlin 1919 - 1920.

Schulze Delitzsch's Schriften und Reden. Hrsg. von Friedrich Thorwart. 5 Bde. Berlin 1909-1913.

Literatur

Acta Apostolicae Sedis, Rom 1909ff. (AAS)

Bachem, Karl, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumspartei. Bd. 1-3. Köln 1927.

Bernstein, Aaron, Schulze-Delitzsch. Leben und Wirken. 2. Auflage. Berlin 1879.

Bopp, P.H. Josef, Die Entwicklung des deutschen Handwerksgesellentums im 19. Jahrhundert unter dem Einfluß der Zeitströmungen. Diss. München 1932.

Eberstadt, Rudolph, Der Ursprung des Zunftwesens und die älteren Handwerkerverbände des Mittelalters. Leipzig 1900.

Fläxl, August, Die Produktivgenossenschaft und ihre Stellung zur socialen Frage. München 1872.

Franz, Albert, Der soziale Katholizismus in Deutschland bis zum Tode Kettelers, Apologetische Tagesfragen, 15. Heft. M. Gladbach 1914 Volksvereins-Verlag.

Handwörterbuch der Sozialwissenschaften. Stuttgart, Tübingen und Göttingen 1952 ff.

Handwörterbuch der Staatswissenschaften. 4. Auflage. 9 Bde. Jena 1923-1929.

Herkner, Heinrich, Die Arbeiterfrage. 8. Auflage. 2 Bde. Berlin und Leipzig 1922.

Heuß, Theodor, Schulze-Delitzsch. Leistung und Vermächtnis. Wiesbaden-Biebrich 1948.

Janssen, Johannes, Geschichte des deutschen Volkes seit dem Ausgang des Mittelalters. 19. und 20. Auflage. 1. Bd. Freiburg i. Br. 1913.

Joerg, Jos. Edmund, Geschichte der social-politischen Parteien in Deutschland. Freiburg i. Br. 1867.

Jostock, Paul, Der Deutsche Katholizismus und die Überwindung des Kapitalismus. Regensburg (o. J.).

--- Die sozialen Rundschreiben. 2. Auflage. Freiburg i. Br. 1958.

Kuczinski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis in die Gegenwart. 6. Auflage. Band I. Erster Teil 1789-1870. Berlin 1954.

Lenhart, Ludwig, Bischof Ketteler im Literaturspiegel unserer Zeit. Sonderdruck aus dem "Archiv für mittelrheinische Kirchengeschichte". 2. Jahrgang 1950. Speyer a. Rh. (In diesem Aufsatz sind alle bedeutungsvollen literarischen Erscheinungen des In- und Auslandes über

Ketteler seit seinem Tode bis zur Gegenwart aufgeführt.)

Lütge, Friedrich, Deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Berlin-Göttingen-Heidelberg 1952.

Miller, Bernhard, Die deutsche Arbeiterbewegung. Leipzig 1863.

Neuefeind, Magdalena, Bischof von Ketteler und die soziale Frage. Diss. Köln 1927.

Pfülf, Otto, S.J., Bischof von Ketteler (1811-1877). Eine geschichtliche Darstellung. 3 Bde. Mainz 1899.

Preuss, Walter, Das Genossenschaftswesen in der Welt und in Israel. Berlin 1958.

Reding, Marcel, Der politische Atheismus. Graz-Wien-Köln 1957.

Rode, Johanna, Der Streit zwischen Lassalle und Schulze-Delitzsch. Diss. Frankfurt a.M.; Bückeburg 1934.

Soziologie, Ein Lehr- und Handbuch zur modernen Gesellschaftskunde. 3. Auflage. Hrsg. von Arnold Gehlen und Helmut Schelsky. Düsseldorf-Köln 1955.

Syrup, Friedrich - Neuloh, Otto, Hundert Jahre Staatliche Sozialpolitik 1838-1939. Stuttgart 1957.

Staatslexikon der Görres-Gesellschaft. 5. Auflage. Hrsg. von Sacher. 5 Bde. Freiburg i.Br. 1926-1932.

Staatslexikon, Hrsg. von der Görres-Gesellschaft. 6. Auflage. Freiburg i.Br. 1957 ff.

Steinbüchel, Theodor, Christliches Mittelalter. Leipzig 1935.

--- Der Sozialismus als sittliche Idee. Düsseldorf 1921.

--- Sozialismus, Gesammelte Aufsätze zur Geistesgeschichte I, Tübingen 1950.

Strieder, Jakob, W.E. von Ketteler und die soziale Frage im deutschen Katholizismus. In: Die soziale Frage und der Katholizismus. Festschrift zum 40jährigen Jubiläum der Enzyklika "Rerum novarum". Hrsg. von der Sektion für Sozial- und Wirtschaftswissenschaft der Görres-Gesellschaft. Paderborn 1931.

Tischleder, Peter, Der Totalismus in der prophetischen Vorausschau W.E. von Kettelers. Mainz 1947.

Vigener, Fritz, Ketteler. Ein deutsches Bischofsleben des neunzehnten Jahrhunderts. München und Berlin 1924.

Weber, Adolf, Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit. 6. Auflage. Tübingen 1954.

Wissell, Rudolf, Des alten Handwerks Recht und Gewohnheit. Hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft für Deutsche Handwerkskultur durch Konrad Hahm. 1. Bd., Berlin 1929.

Wörterbuch der Politik. 7 Hefte. Hrsg. von Oswald v. Nell-Breuning. S. J. - Hermann Sacher. Freiburg i. Br. 1947-1956.

Wörterbuch der Soziologie. Hrsg. von Wilhelm Bernsdorf und Friedrich Bülow. Stuttgart 1955.

Ziegenfuß, Werner, Lebendige Soziologie. Die Genossenschaften. Berlin 1948.

A. EINLEITUNG

Die soziale Lage in Deutschland zur Zeit Kettelers und die Idee der Produktivassoziation

Mit der Französischen Revolution, ihren Ideen und Folgen, aber auch den Auswirkungen der beginnenden Industrialisierung in Mitteleuropa setzte sich der große Mainzer Bischof Wilhelm Emmanuel von Ketteler ernsthaft auseinander. Um seine sozialpolitischen Gedanken und Schriften in ihrer ganzen Bedeutung zu verstehen, bedarf es einer eingehenden zeitgeschichtlichen Untersuchung, vor allem der sozialen Lage in Deutschland vor 1850. Erst aus diesem historischen Rückblick kann Kettelers Gedanke einer Produktivassoziation richtig begriffen werden.

Das Jahr 1789 - der Auftakt einer neuen geschichtlichen Aera - ist das konsequente Ergebnis der Aufklärungsideen, wie sie sich in Frankreich bei Voltaire, Diderot und Rousseau entwickelten: auf dem Naturrecht aufbauend, der allgemeinen Gleichheit zustrebend, erfüllt von ausgesprochenem Haß gegen Kirche, Priestertum und Offenbarungsreligion. Die als Fesseln empfundenen Bindungen einer alten Zeit schüttelte die Menschheit ab; endlich wollte sie in den Genuß der "wahren Freiheit" kommen. Man begehrte eine neue staatliche und gesellschaftliche Ordnung unter völligem Bruch mit der Vergangenheit. Die mittelalterlichen Lebensordnungen wurden zerstört. Königtum, Feudalismus und Kirche in Frankreich wurden zerschlagen. Von nun an erschütterten fortgesetzt revolutionäre Bewegungen Europa.

Die Ideen der Demokratie, des Konstitutionalismus, des Parlamentarismus und Nationalismus breiteten sich über Europa aus. Die Worte "Fortschritt, Aufklärung, Freiheit, Brüderlichkeit, Gleichheit" (1) wurden das Motto einer neuen Lebensordnung. Die geistigen Strömungen westeuropäischer Denker spielten auch bei der Neugestaltung des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens in der deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts eine große Rolle. Friedrich Lütge (2) betont deshalb, daß "für die europäische und namentlich die deutsche Geschichte zweierlei bedeutungsvoll wurde. Einmal, daß die westeuropäischen Denker einen viel stärkeren Einfluß auf die Gestaltung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse ausübten, als dies für die zeitgenössischen deutschen Aufklärungsphilosophen zutrifft, und zum anderen, daß dann später, als in Deutschland eine ähnliche Entwicklung einsetzt, die westeuropäischen Denker auf die wirtschaftliche Gestaltung in Deutschland stärker einwirkten als die deutschen Philosophen, besonders durch den Mittler Adam Smith".

Die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts in Deutschland ist eine Übergangsperiode auf allen Lebensgebieten mit den stärksten dynamischen Tendenzen. Bernhard Miller (3) charakterisiert die Zeit - in der Einleitung seiner Schrift "Die deutsche Arbeiterbewegung", in der er auf die Ursachen und Folgen der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutsch-

land zu sprechen kommt - durch die Feststellung, daß "die gegenwärtige Physiognomie unserer Gesellschaft ihren Ursprung in der Entwicklung der modernen Industrie hat". Er beobachtet diese Entwicklung von dem Augenblick an, in dem "durch die weltgeschichtlichen Erfindungen der Dampf- und Spinnmaschinen die mechanischen Kräfte in eine siegreiche Konkurrenz mit der menschlichen Arbeitskraft traten" (4).

Im deutschen Raum, in dem weit in das 19. Jahrhundert hinein überwiegend Agrarwirtschaft betrieben wurde, erfolgte nun allmählich die Umbildung zur Industriegesellschaft mit allen weitreichenden sozialen und wirtschaftlichen Konsequenzen. Während sich in England und Frankreich die Fabrik gegenüber dem Handwerk mehr und mehr durchsetzte und sich die starke und rasche Ausbreitung des Kapitalismus schon zu Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts vollzogen hatte, erreichte diese Entwicklung in Deutschland infolge der napoleonischen Kriege und der Kontinentalsperre erst um die Mitte des vorigen Jahrhunderts ihren Höhepunkt. Die zollpolitische Einigung Deutschlands der 30er Jahre beeinflußte außerordentlich günstig das wirtschaftliche Leben. Außerdem bewirkten "gleichzeitig die Eisenbahnen und die verbesserten Kommunikationsmittel einen vollständigen Umschwung des öffentlichen Lebens" (5). Der Aufschwung, den die Industrie und der Bergbau namentlich seit der Jahrhundertwende nahmen, brachte eine ständig anwachsende Zahl von abhängigen Lohnarbeitern mit sich, die nicht zu einer Eigentumsbildung gelangten.

Mit der Fabrik entwickelten sich jene monopolistischen Machtgebilde, die den selbständigen Handwerker immer mehr verdrängten und eine Krise im Handwerk verursachten. Die in vielen deutschen Ländern eingeführte Gewerbefreiheit zeigte, daß "nicht ein reiches und blühendes Handwerk das Ergebnis der Gewerbefreiheit war, sondern daß eine Reihe großer Fabriken sich durchsetzte, während die Masse der Handwerker immer tiefer sank" (6). Im Jahre 1831 waren von den 1088 Tischlermeistern in Berlin 640 nicht in der Lage, die Gewerbesteuer zu zahlen (7). Viele Handwerker wurden deshalb Fabrikarbeiter. Das allein aber hätte nicht genügt, den Bedarf an billigen Arbeitskräften für die neu entstandenen Großbetriebe zu decken. Hier kam dem modernen Industrialismus die Abwanderung der besitzlosen Landbevölkerung in die Industrieorte und Großstädte zugute, so daß ein Überangebot an Arbeitskräften entstand.

Die Masse der besitzlosen Arbeiterschaft nahm von Jahr zu Jahr zu. Es wuchs ein proletarisches Kräftereservoir heran, die "industrielle Reservearmee" des Kapitalismus, der den Lohn beliebig drücken konnte und auf diese Weise das Kapital für den Ausbau seiner wirtschaftlichen Macht und die Anlage seiner Maschinen und Fabriken verwandte, während die Arbeiterschaft hoffnungslos verelendete.

Der Gesundheitszustand des Arbeiterstandes war durch die gegebenen Verhältnisse in einer fortschreitenden Verschlechterung begriffen. Ketteler berichtete: "In Mülhausen im Elsaß war in den Jahren 1823 bis 1834 die Sterblichkeit unter den Kindern der Weber und Spinner im ersten Lebensjahre gerade noch einmal so groß als unter den Kindern der Fabrikherrn und Kaufleute. Die Hälfte der Kinder der genannten Arbeiter starb, bevor sie noch das erste Jahr zurückgelegt

hatten. Von 100 Fabrikherrn und Kaufleuten erreichten 32 ein Lebensalter von mehr als 50 Jahren, während von 100 Webern nur 8 und von 100 Spinnern gar nur 3 über 50 Jahre alt wurden." (8).

Von dieser neuen Entwicklung wurden alle Lebensbereiche des Arbeiters erfaßt. Der Fabrikbetrieb stellte ihn vor völlig neue, ungewohnte Lebensbedingungen. Der Arbeiter kam größtenteils aus der Gemeinschaft des Dorfes oder der Kleinstadt, einer Gemeinschaft, in der er vielleicht Armut und Entbehrung ertragen mußte, aber in dem Bewußtsein lebte, daß er von dieser Kommunität (Nachbarschaft, Verwandtschaft, Gemeinde, Kirche) getragen war, daß er darin materiellen und moralischen Halt fand. Nun war er auf einmal entwurzelt, in die fremde Großstadt gestellt und in einem der trostlosen Massenwohnhäuser (Mietskasernen) untergebracht. Hier fehlten ihm oft Licht und gesunde Luft, die Nähe der Natur, aber auch - infolge der Vermassung - die menschliche Begegnung. In der Fabrik war der Arbeiter im allgemeinen der eisigen Kälte kapitalistischer Wirtschaftsgesinnung ausgesetzt. Das Betriebsleben war vom weltlichen, nicht vom christlichen Geist erfüllt. Die Fabrik war nur allzu oft eine seelische Gefahr für den Menschen. Das wirtschaftliche Leben und Handeln der führenden Männer ließ bald eine starke Auflösung ethischer und religiöser Bindungen erkennen. Es war meist einseitig auf wirtschaftlichen Erfolg und Macht ausgerichtet.

Die an sich schon unzureichenden Löhne (9) - sie entsprachen im allgemeinen dem Existenzminimum - wurden durch das Trucksystem (10) oft noch weiter herabgedrückt.

Die unbeschränkte wirtschaftliche Macht des Unternehmers wirkte sich auch auf die Länge der Arbeitszeit aus. In Deutschland dauerte der Arbeitstag noch zu Beginn des 19. Jahrhunderts regelmäßig 12 Stunden. Mit der Ausdehnung des Fabriksystems nach Beendigung der napoleonischen Kriege gingen die deutschen Unternehmer zu den gleichen Ausbeutungsmethoden über, deren Handhabung anderen Ländern längst vertraut war. Der Arbeitstag wurde verlängert, zunächst auf 13 Stunden, dann auf 14 Stunden und mehr.

Diese Arbeitsbedingungen galten nicht nur für Männer, sondern auch für Frauen und Kinder. Schon vor der Einführung der Maschine war die Frauen- und Kinderarbeit verbreitet. In den schlimmsten Formen aber trat sie zu Beginn des Industrialismus mit dem Aufkommen des Fabriksystems auf.

Während im übrigen industriellen Europa schon zu Anfang des 19. Jahrhunderts starke Einzelpersönlichkeiten durchgreifende Reformen verlangten (z. B. Owen in England) und die öffentliche Meinung dafür auch gewinnen konnten, war in Deutschland die Haltung maßgebender Kreise der Öffentlichkeit bis in die zweite Hälfte des vorigen Jahrhunderts gegen jede besondere Beachtung der werdenden Industriearbeiterschaft und ihrer sozialen Lage eingestellt. "In einer langen Arbeitszeit (bis zu 16 Stunden)", so konstatiert Friedrich Syrup (11), "sah man in diesen Kreisen keineswegs einen sozialen Mißstand, sondern einen erzieherischen Wert der Arbeit. Selbst für die übermäßige Arbeitszeit der Kinder wurde gegen die Forderungen nach einem 12- oder 10-Stunden-

Tag geltend gemacht, daß auf diese Weise die Kinder vor schlechten Einflüssen bewahrt blieben und zu Fleiß und Ordnung angehalten würden, nicht selten mit ausdrücklicher Billigung und Unterstützung der Eltern. Die Auffassungen jener Zeit über die Forderungen nach Lohnerhöhungen gingen in die gleiche Richtung, daß niedriger Lohn arbeitspädagogisch und im Interesse der Sittlichkeit notwendig sei, um die Leistungen und den Arbeitswillen zu erhalten und die Industriearbeiter vor schlechten Sitten, wie Trinksucht und Laster zu bewahren."

Die für das 19. Jahrhundert lange Zeit charakteristische Geringschätzung der Industriearbeiter hat ihre letzte Ursache in der Entstehung der Manufaktur und der ersten Fabrik aus dem Armenhaus und dem "universellen Landstreichertum" (12). So erklärt es sich zum Teil, daß die gewerblichen Lohnarbeiter des 19. Jahrhunderts weder eine gesicherte Existenz noch soziale Anerkennung in der Staats- und Gesellschaftsordnung finden konnten.

Durch den Kapitalismus wurde unser Volk nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten in zwei Gruppen zerspalten: die Kapitalisten als Arbeitgeber, die Proletarier als Arbeitnehmer. Durch den Arbeitsmarkt entstand die Klassengesellschaft: Besitz und Nichtbesitz wurden die Ordnungsprinzipien des gesellschaftlichen Lebens. Die herrschende bürgerlich-rationale Auffassung erstrebte eine ständelose Gesellschaft, in der nur die Leistung entscheiden sollte. "Aber", bemerkt sehr richtig Friedrich Lütge (13), "da man unter Leistung immer ausgeprägter nur oder doch in erster Linie an wirtschaftliche Leistung und d. h. im Kern an wirtschaftlichen Erfolg dachte, wurde mit unausweichbarer Konsequenz aus dieser ständelosen Gesellschaft eine Klassengesellschaft, also eine Gesellschaft geschichtet nach ökonomischen Klassen. Die arbeitslosen Einkommen, basierend auf dem Eigentum an Produktionsmitteln, wurden zu einem hervorstechenden Merkmal des Sozial- und Wirtschaftslebens, wobei aber der Kapitalzins und Unternehmereinkommen in den Vordergrund traten, während die ja schon früher weit verbreitete Einkommensart Grundrente infolge der geringen Rentabilität der Landwirtschaft zur Industrie und zu Bank- und Finanzkapital in den Hintergrund rückte (ausgenommen die städtische Lagerente)."

Ein entscheidender Gesichtspunkt für die soziale Situation dieser Zeit war weiterhin, daß der Arbeiter aus der bürgerlichen Gesellschaft ausgegliedert wurde und die Beziehungen zu seinem Volk und zu seiner Kirche - sowohl zur katholischen als auch zur evangelischen - vielfach verlor. Die vorherrschende Einstellung der Unternehmer, des Bürgertums, der Kirchen und der Wissenschaft kam diesem Stande nur wenig entgegen.

Hinzu kam die mangelnde Fürsorge für den Fall der Krankheit, des Alters und der Invalidität und außerdem das Fehlen ausreichender Schutzvorrichtungen an den neuen Maschinen, mit denen der Arbeiter erst langsam vertraut werden mußte.

Das Elend dieser Armen ist oft geschildert worden. Wenn jemals für die Arbeiterschaft des industriellen Zeitalters der Name "Proletariat" zutreffend gewesen ist, dann gilt das für die erste Hälfte des vorigen Jahrhunderts.

Der Staat stand zunächst der Arbeiterfrage ablehnend gegenüber. Die Förderung der Arbeiterinteressen wurde vielfach als Unterstützung des Umsturzes, die Begünstigung der Unternehmer als ein Gebot staatspolitischer Klugheit angesehen. Die erste Betätigung des Staates auf sozialem Gebiet erfolgte durch das Preußische Regulativ vom März 1839, das die Beschäftigung von Kindern unter 9 Jahren in Fabriken, Hütten und Bergwerken verbot, die Arbeitszeit der jugendlichen Arbeiter auf 10 Stunden begrenzte und ihre Nachtarbeit untersagte (14).

Den ersten Versuchen einer staatlichen Sozialpolitik in Preußen, die in der Begrenzung der Kinderarbeit, der Einführung einer Arbeitsaufsicht und dem Truckverbot unternommen wurden, standen nur wenige derartige Maßnahmen in den anderen deutschen Bundesstaaten gegenüber. Die soziale Gesetzgebung der einzelnen Staaten fing eigentlich erst in den 60er Jahren an und bekam ihren Auftrieb durch die Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes von 1869 (15).

Da eine ausreichende staatliche Sozialfürsorge noch fehlte, war der Handwerker und Arbeiter in seiner größten materiellen Not auf das Almosen der Kirchen oder hilfsbereiter, begüterter Menschen angewiesen (16).

Dem Bischof von Mainz, Wilhelm Emmanuel von Ketteler, aber gebührt der Ruhm, als erster auf katholischer Seite die Lage der Zeit tief erkannt und das soziale Gewissen der deutschen Katholiken noch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts - hauptsächlich durch seine Predigtreihe über "Die großen socialen Fragen der Gegenwart" (17) - aufgerüttelt zu haben. Er war der "Rufer in der Wüste" für soziale Gerechtigkeit und Liebe; von offizieller kirchlicher Seite war bis dahin weder durch den Papst noch die Bischöfe in Deutschland irgend etwas Nennenswertes auf diesem Gebiet geschehen.

Das Jahr 1848 wurde für die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung von fundamentaler Bedeutung. Das Kommunistische Manifest (18) von Karl Marx und Friedrich Engels war ein gewaltiger Appell an die Kampfgemeinschaft des Proletariats. Immer stärker setzte sich die Erkenntnis in der Arbeiterschaft durch, daß der Arbeiter als einzelner der Übermacht des Kapitalisten auf dem Arbeitsmarkt und im Betrieb wehrlos und ohnmächtig gegenübersteht, daß aber die Solidarität der Arbeiter, ihr Zusammenschluß in einer festen Organisation ihre Lage verbessern, höhere Löhne - die eine wesentliche Rolle spielten - und günstigere Arbeitsbedingungen erzwingen könnte. Unter den Handwerkern trat damals der größte Teil auf die Seite des Zunftwesens und forderte vom Staat die Erhaltung der Zunftprivilegien und Schutz gegen die Einflüsse der modernen Fabrikindustrie. Eine Reihe von Provinz- und Lokalvereinen entstand unter den Handwerkern, die in diesem Sinne durch Petitionen die Nationalversammlungen zu Frankfurt am Main und Berlin zu beeinflussen suchten. Es gelang ihnen, einen Teil ihrer Forderungen in der Preußischen Gewerbeordnung vom 2. Januar 1849 durchzusetzen (19).

Die meisten Einzelstaaten, die unter der Franzosenbesetzung die Gewerbefreiheit erhalten hatten, kehrten nach 1815 zur alten Zunftverfassung zurück: Kurhessen 1816, Hildesheim und Osnabrück 1818, Oldenburg 1833 (20).

Die Verschiedenheit der Interessen der selbständigen Handwerker von denen der Gehilfen und Gesellen (21) und unselbständigen Lohnarbeiter rief unter dieser Klasse eine entgegengesetzte Bewegung hervor, die Gewerbefreiheit und Freizügigkeit forderte. Diese Vorschläge waren jedoch mit vielen französischen sozialistischen Ideen vermengt. In dem Berliner Arbeiterkongreß im Spätsommer 1848 entwickelte sich die Idee einer allgemeinen deutschen Arbeiterverbrüderung (22).

Auch die Anfänge der katholischen und evangelischen Arbeiterbewegung liegen ungefähr in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Der erste katholische Arbeiterverein wird 1847 in Regensburg gegründet (23). Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang die Gründung der katholischen Gesellenvereine durch Adolf Kolping (1846/47) (24).

Durch Beschluß des Bundestages vom 13. Juni 1854 wurden die Landesregierungen angewiesen, alle Arbeitervereine, die "politische, sozialistische oder kommunistische" (25) Zwecke verfolgten, aufzulösen und ihre Neubildung zu verbieten.

Erst Anfang der 60er Jahre erfolgte wieder eine Erweiterung der Vereinsfreiheit. So wurde 1860 der Wunsch nach Arbeitervereinen staatlicherseits wieder gefördert. Man bemühte sich darum, an ihre Spitze liberal denkende und zuverlässig erscheinende Personen zu bringen. In Deutschland wuchsen ungezählte Arbeitervereine heran; aber die von der liberalen Fortschrittspartei geförderten Bildungs-, Konsum- und Darlehnsvereine entsprangen meistens nicht der Initiative der Arbeiter, sondern wollten sie nur für politische Zwecke gewinnen und ausnutzen (26).

Als Lassalle (27) aufgefordert wurde, seine Ansicht über die in Deutschland sich erhebende Arbeiterbewegung zu sagen, veröffentlichte er im März 1863 sein "Offenes Antwortschreiben an das Central-Comité zur Berufung eines Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Congresses zu Leipzig" (28). Die dieser Schrift zugrunde liegenden Gedanken trugen zur Gründung des "Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins" am 29. Mai 1863 in Leipzig bei.

Die organisatorische Erfassung der arbeitenden Massen durch Berufsvereine hat die Anpassung an die neuen Verhältnisse gefördert, die Arbeiter gesellschaftlich zusammengeführt und eine Normalisierung des Berufslebens allmählich ermöglicht. Die Arbeiter unterstützten sich gegenseitig, so gut sie konnten (Kranken-, Begräbnisgeld u.a.).

Langsam wuchs die Bedeutung und Macht des Arbeiterstandes. Der Staat sah sich nun genötigt, durch seine sozialpolitische Gesetzgebung auf den Arbeiterstand immer mehr Rücksicht zu nehmen.

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts wurde die Wiederaufnahme des genossenschaftlichen Gedankens in Deutschland von großer Bedeutung für die Lösung der sozialen Frage. Diese Auferweckung des genossenschaftlichen Denkens erfolgte erst, als sich die Auswirkungen der Französischen Revolution (Betonung der Freiheit des Individuums) und der modernen industriellen Entwicklung auf wirtschaftlichem Gebiet zeigten (29). Bereits im Mittelalter gab es auf deutschem Boden genossenschaftliche Vereinigungen. Sie waren als ein eigenständiges Pro-

dukt alten deutschen Rechts- und Standesdenkens die Weiterentwicklung der uralten germanischen Geschlechts- und Hausgenossenschaften. Ihre Zielsetzung lag in der gemeinschaftlichen Bewältigung von wirtschaftlichen Aufgaben, die allein schwer oder gar nicht vollbracht werden konnten (z.B. Markt-, Wald-, Weide- und Deichgenossenschaften). Die mittelalterlichen Zünfte und Gilden waren ebenfalls auf dem genossenschaftlichen Prinzip aufgebaut. Ihr fortschreitender Zerfall ist auf vielgestaltige Faktoren zurückzuführen. Dazu kam die Einführung des römischen Rechtes in Deutschland, dem die genossenschaftlichen Anschauungen fremd waren. Die drei "Selbst" (Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung) sind die wesentlichen Merkmale der Genossenschaft. "Weit gefaßt, reicht der Genossenschafts-Begriff von der staatlich geeinten Gemeinschaft des Volkes bis hinab zu den unbedeutendsten Zusammenschlüssen zu gemeinsamer Selbsthilfe in den privatesten Angelegenheiten." (30) Genossenschaften beruhen auf dem Zusammenschluß freier Menschen zu gegenseitiger Hilfe und Zusammenarbeit. Ihre Idee ist in der Natur des Menschen verwurzelt. Soziales Benehmen - das zeigt die Geschichte der Völker - ist so alt wie das Leben selbst. Wenn diese sozialen Triebe ihre Befriedigung und Erfüllung nicht finden, zeigen sich beim einzelnen wie in der Gesellschaft seelische Krankheitssymptome. In dieser Begründung der sozialen Natur des Menschen liegt die Fehlerquelle des Wirtschaftsliberalismus und seiner verheerenden Folgen. Die genossenschaftliche Arbeit gehört - wie die individuelle Tätigkeit - wesentlich zum Menschen.

Die Neubelebung der Genossenschaftsidee nahm ihren Ausgang von den gegen die kapitalistische Wirtschaftsweise gerichteten sozialreformerischen Plänen des sogenannten utopischen Sozialismus, der erstmals den Gedanken der Produktivgenossenschaft als einer umfassenden wirtschaftlichen Lebensgemeinschaft entwickelte. Durch diese Gedankengänge beeinflußt, setzte sich vor allem Robert Owen (31) seit 1825 mit ganzer Kraft für die Verwirklichung der Genossenschaftsidee ein. Er selbst und seine Anhänger gründeten bis zum Jahre 1832 etwa 500 Konsumgenossenschaften. Zu diesem Zeitpunkt ging die Genossenschaftsbewegung stark zurück und erlebte erst 1844 einen mächtigen Auftrieb durch die berühmt gewordenen "Pioniere von Rochdale" (32), arme Flanellweber, die sich in einem Konsumverein zusammenschlossen.

In Frankreich entwickelte sich auf der Basis des sogenannten "Neuen Christentums" ein Sozialismus, der den gesamten liberalen französischen Katholizismus ergriff (33). Die soziale Lehre der Kirche sollte für die modernen Verhältnisse herausgearbeitet werden. Die neuen Ideen, die der Graf Henry de St. Simon und seine Schule vertraten, fanden eine weite Verbreitung, aber keine konkrete Verwirklichung. Von diesem Kreis trennte sich 1829 die religiös positiver eingestellte Richtung P.J.B. Buchez' (1796-1865), durch den die Idee der Produktivassoziation wissenschaftlich durch den Versuch begründet wurde, das Wirtschaftsleben umfassend neu zu gestalten.

Buchez schenkte zum ersten Mal dem Industrieproletariat, dem sogenannten vierten Stand, seine Aufmerksamkeit. Er erkannte die Notwendigkeit der Umwandlung des gewerblichen Kleinbetriebes zum Großbe-

trieb. Er schlug vor, anstelle des individuellen Kapitalismus den Kapitalismus der Masse auf dem Prinzip kollektivistischer Arbeits- und Kapitalorganisation durchzuführen. Sein Plan war die sozialistisch-kommunistische Organisation der Gesellschaft, fundiert auf den im Christentum enthaltenen sozialen Ideen. Aus dieser kommunistischen Grundtendenz darf man aber nicht auf die absolute Gegnerschaft Buchez' gegen das Privateigentum schließen. Die grundlegende Neuerung lag in der Vergesellschaftung kleiner und kleinster Vermögen als Arbeitsmittel, "wobei die Arbeitskraft mindestens äquivalent dem mobilen Kapital gegenüberstand und die Verneinung jeglicher Erbschaftsrechte an dem in die Assoziation eingebrachten Kapital" (34). Sein Ideal war der immerwährende kollektivistische Fortschritt der Menschheit. Die treibende Kraft der Reformbestrebungen bestand nach seiner Auffassung in der Aufopferung (devouement); jeder habe die Pflicht, sich im Dienst der Gesellschaft aufzuopfern.

Buchez' Tendenz war die korporative Überführung der Lohnarbeiterschaft in den Unternehmerstand. Ein ganz Frankreich umspannendes Netz von Produktivassoziationen sollte geschaffen werden. Vor allem konnte er durch seine publizistische Tätigkeit viele Handwerker für sein Unternehmen gewinnen. Er gründete eine Reihe von Produktivassoziationen, wenn auch meist ohne Erfolg. Die größten Schwierigkeiten verursachte die Kapitalbeschaffung, die man zuerst mit staatlicher, später mit kirchlicher Unterstützung zu erreichen versuchte. Die finanzielle Beihilfe der Handwerker erwies sich mit wenigen Ausnahmen als gänzlich unzureichend.

Derartige Versuche wurden in Frankreich, hauptsächlich in Paris, seit den 40er Jahren unternommen, es entstanden bis zu Buchez' Tod keine dauerhaften lebens- und leistungsfähigen Betriebe. Der Glaube und das Vertrauen an die Fähigkeit der Produktivassoziation als einer entscheidenden Reform des Wirtschaftslebens ging verloren. Der unermüdlichen Propaganda Buchez' waren die vielen Gründungen von Produktivassoziationen vor allem zu verdanken, mit denen man damals in einem wirtschafts- und sozialpolitisch unfähigen französischen Staate versuchte, den gewerblichen Mittelstand durch eine korporative Verfassung vor dem wirtschaftlichen Ruin zu retten. Die Frage, ob eine staatliche Hilfe, eine private oder kirchliche Finanzierung in Anspruch genommen werden sollte, blieb kontrovers.

Die im Geiste Buchez' gegründeten Genossenschaften verfolgten nach Franz rein ökonomische Zwecke. Franz weist die Ansicht Schnabels zurück, diese Bewegung als katholische Arbeiterbewegung zu bezeichnen (35). Buchez und seine Schule vertraten das Prinzip der freien Assoziation. Dagegen forderte Louis Blanc die Zwangsassoziation, da diese kein Recht, sondern eine Pflicht der Arbeiter sei. Durch diese Auffassung "trat Louis Blanc bereits auf die sozialistische Seite, auf welcher schließlich Ferdinand Lassalle die Idee zusammen mit dem christlich-sozialen Huber auf deutschen Boden übertrug" (36).

In Deutschland wurden um die Mitte des 19. Jahrhunderts die ersten Genossenschaften durch Schulze-Delitzsch gegründet. In dem Aufbau von Genossenschaften sah er ein wertvolles Mittel wirtschaftlicher Selbst- und Nächstenhilfe; staatliche Hilfe lehnte er ab. Die Krönung

seines Systems erblickte er in den Produktivgenossenschaften, auf die er namentlich in seinem Buch "Die arbeitenden Klassen und das Associationswesen in Deutschland als Programm zu einem Deutschen Congreß" (37) (1858) zu sprechen kommt.

In dieser Art der Genossenschaft glaubten auch später Lassalle und Ketteler und viele andere Zeitgenossen das beste und wirksamste Mittel für die praktische Lösung der sozialen Frage gefunden zu haben (38).

Es muß berücksichtigt werden, daß Ketteler von der Konzeption der liberalen und sozialistischen Reformer vor ihm denjenigen Kern erfaßt hat, der ihm als katholischem Bischof annehmbar erschien. Bei aller Verschiedenheit ihrer sozialen Reformgedanken waren sich der liberale Schulze-Delitzsch, der Sozialist Lassalle und der Katholik Ketteler in der Überzeugung einig, daß nur der Zusammenschluß der Arbeiter und die Schaffung von Eigentum an Produktionsmitteln dem Arbeiter seine personale Freiheit und Würde geben könnten.

Die Produktivgenossenschaft (39) will den Lohnarbeitern die Selbständigkeit gewähren, die ihnen durch die bestehenden Verhältnisse unmöglich geworden ist. Sie will dem bereits selbständigen Handwerksmeister die Unabhängigkeit bewahren, indem sie ihn zum Mitträger eines genossenschaftlichen Betriebes macht. Sie beruht auf dem Prinzip der Solidarität und ist ein Unternehmen, dessen Träger Arbeiter sind. In der Produktivgenossenschaft soll sich der Gegensatz von Kapital und Arbeit mit allen seinen Begleiterscheinungen (Trucksystem, Frauen- und Kinderarbeit u.a.) durch die Vereinigung beider in einer Hand ausgleichen; erstrebt wird also die Entschärfung der Disharmonie zwischen Arbeit und Kapital. Freiheit (40), Gleichheit und Brüderlichkeit sind auch die Ideen, die der Produktivgenossenschaft zugrunde liegen: Freiheit von der Übermacht (Sklaverei) des Kapitalismus, Gleichheit in bezug auf die Rechte und Pflichten der Arbeit, Brüderlichkeit in der Verteilung des materiellen Gewinnes.

Die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts brachte seit dem Regulativ über die Kinderarbeit von 1839 keine besonderen Fortschritte des staatlichen Arbeiterschutzes. Erst mit dem Beginn der 60er Jahre, als der Verfassungskonflikt zwischen Parlament und Krone ausbrach, stand die Arbeiterfrage wieder im Mittelpunkt der politischen Diskussion, fast zur gleichen Zeit mit der Berufung Bismarcks zum Preußischen Ministerpräsidenten im Jahre 1862. Zwei Parteien waren es, die damals um die Stimmen der Arbeiter warben; zwei Männer traten in dieser Auseinandersetzung als scharfe Gegner hervor: Schulze-Delitzsch und Lassalle (1863).

Auf diesem Hintergrund einer außerordentlich gespannten sozialen Situation, anknüpfend an die sozialpolitischen Ideen Schulze-Delitzsch's und Lassalles, schreibt Ketteler "Die Arbeiterfrage und das Christenthum" (1864), die durch eine betont christliche Lösung der sozialen Frage im 19. Jahrhundert bekannt wurde. Die vorliegende Arbeit will eine Lücke in der Ketteler-Forschung schließen, da sie Kettelers Idee der Produktivassoziation untersucht.

B. HAUPTTEIL

I. Die Reformbestrebungen des Liberalismus und Sozialismus

1. Der liberale Schulze-Delitzsch

Wenn wir Kettelers Idee von der Produktivassoziation näher untersuchen und beurteilen wollen, müssen wir zuvor eingehend auch das Streben der liberalen und sozialistischen Zeitgenossen des großen Bischofs auf dem Gebiete der Produktivassoziation zur Darstellung bringen. Es ist deshalb notwendig, in erster Linie die sozialpolitischen Ziele Schulze-Delitzsch's und Lassalles zu behandeln, mit deren Bestrebung sich Ketteler ernsthaft auseinandergesetzt hat.

Die ökonomische Grundhaltung Schulze-Delitzsch's (41) wurzelt in dem in seiner Blüte stehenden zeitgenössischen Liberalismus. Seine volkswirtschaftlichen Kenntnisse baut er im wesentlichen auf den Ideen des französischen Nationalökonomen Bastiat (42) auf. Bastiat war ein leidenschaftlicher Vertreter der Freihandelsidee. Sein Ideal ist die Harmonisierung der Individuen und der Gesellschaft mittels der absoluten Freiheit im Wirtschaftsleben. Er gehört zu den extremsten Anhängern der individualistischen Anschauung von Staat und Wirtschaft. Die natürliche Freiheit und das uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht bilden den Mittelpunkt seiner Lebensanschauung.

Ursprünglich war Schulze-Delitzsch (43) - ebenso wie sein Gegner Lassalle - nicht Nationalökonom; er amtierte als Richter und hat sich erst später durch sein starkes soziales Interesse und Verantwortungsbewußtsein mit ökonomischen Fragen beschäftigt.

Schulze-Delitzsch war an der politischen Bewegung des Jahres 1848 beteiligt und nahm an der Nationalversammlung in Frankfurt/Main teil. Für seine Beschäftigung mit Handwerkerfragen und den Problemen des beginnenden Industrialismus war es von entscheidender Bedeutung, daß ihm die Unterabteilung "für Handwerksangelegenheiten" in der Kommission für Handel und Gewerbe bei der nationalen Versammlung übertragen wurde. Über 1600 Petitionen lagen bei dieser Kommission vor, die eine Abänderung der Gewerbeordnung zum Gegenstand hatten. Durch diese Tätigkeit wurde er mit der schwierigen Lage und der Not vor allem der Handwerker und Gesellen eingehend vertraut. Als einziges Hilfsmittel gegen die Verarmung und Proletarisierung dieser Kreise sah er bald die Genossenschaft an. Bereits 1849 gründete er in Delitzsch, Provinz Sachsen, einen Vorschußverein (Assoziation) zum Rohstoffeinkauf für das städtische Handwerk.

Vom Januar bis April 1863 hielt Schulze-Delitzsch sechs Vorträge vor dem Berliner Arbeiterverein in Erfüllung seines Versprechens, das er in der Arbeiterversammlung vom 2. November 1862 gegeben hatte (44). Diese Vorträge, die gewissermaßen als ein volkswirtschaftlicher Kursus für Handwerker und Arbeiter bestimmt waren und "gesunde Anschauungen über die natürlichen Grundgesetze aller menschlichen Tä-

tigkeiten und Zustände auf wirtschaftlichem und Erwerbsgebiete" (45) verbreiten sollten, zeichnen sich durch eine ansprechende Darstellung aus. Sie wurden später unter dem Titel "Capitel zu einem deutschen Arbeiterkatechismus" (46) veröffentlicht. Hier entwickelt er in populärer Weise sein liberalistisches Wirtschaftssystem, das seinen Höhepunkt für die Lösung der sozialen Frage in den Produktivgenossenschaften findet.

a) Die soziale Selbsthilfe

In seinem ersten Vortrag vor den Berliner Arbeitern legt Schulze-Delitzsch das geistige Fundament für das Verständnis seiner volkswirtschaftlichen Anschauungen. Die Pflicht der Selbstsorge, die Selbstverantwortlichkeit, ist nach seiner Meinung der erste und wichtigste Grundsatz, auf dem sich das gesamte gesellschaftliche Leben der Menschen aufbaut. "Du hast Bedürfnisse, an deren Befriedigung die Natur deine Existenz geknüpft hat" - lautet dieser Satz - "aber dieselbe Natur hat dir auch Kräfte gegeben, die du nur richtig anzuwenden brauchst, um deinen Bedarf zu decken. Deshalb liegt dein Schicksal zum guten Teil in deiner Hand und du bist selbst dafür verantwortlich, dir sowohl wie deinen Mitmenschen, denen du mit deinen Ansprüchen nicht zur Last fallen darfst, da sie alle, so gut wie du, für sich sorgen müssen." (47)

Immer wieder klingt in seinen Vorträgen das Grundmotiv seiner Gedanken an: im einzelnen Menschen und seiner persönlichen Tüchtigkeit sei die Wohlfahrt aller Individuen begründet.

Selbstverantwortlichkeit aber setzt nach der Auffassung Schulze-Delitzsch's als notwendige Ergänzung die Freiheit der Arbeit voraus, d.i. "die Gestattung der ungehemmten Bewegung des Arbeiters im Gebrauch seiner Kräfte und Mittel zum Erwerb seines Unterhalts" (48).

Selbstverantwortlichkeit und Freiheit sind nach seiner Überzeugung die gegenseitig sich bedingenden Grundsäulen der sittlichen, politischen und wirtschaftlichen Welt (49). Deshalb fordert er "Freiheit der Arbeit, Gewerbefreiheit und Freizügigkeit, als eine der ersten Forderungen der Arbeiter und als notwendige Voraussetzung der sozialen Selbsthilfe" (50). Der Arbeiterstand müsse sich daher nach seiner Anschauung selbst helfen.

Nicht der Staat kann nach Schulze-Delitzsch eine dauernde Verbesserung der sozialen Lage für die arbeitenden und gewerbetreibenden Klassen herbeiführen; nur auf dem Grundsatz der Selbsthilfe sei das möglich. In der Verweisung und Inanspruchnahme einer öffentlichen Hilfe dagegen würde der Arbeiter seine sittliche Würde und jeden Antrieb zur Tüchtigkeit, Fleiß und Sparsamkeit verlieren. Vom Staat sei nur die Entfernung aller lästigen Beschränkungen zu fordern.

b) Kapital und Arbeit

In seinem zweiten Vortrag weist Schulze-Delitzsch darauf hin, daß jede gewerbliche Tätigkeit notwendigerweise auf das Kapital angewiesen ist. Nach seiner Ansicht entsteht Kapital durch zwei Faktoren: Arbeit und Sparen (51). Die Arbeit sei die Urquelle jeglichen Vermögens. Kapital und Arbeit seien unlösbar miteinander verbunden. Durch diese wunderbare Wechselwirkung aber werden nach seiner Auffassung die besten und edelsten geistigen und sittlichen Kräfte des Menschen geweckt: Fleiß, Arbeitstüchtigkeit und Sparen (52).

Schulze-Delitzsch wehrt sich gegen die Behauptung der sozialistischen Kreise, daß das Kapital eine feindliche Macht für den Arbeiter sei. Er ist vom Gegenteil überzeugt. Das Kapital sei ein Freund des Arbeiters, denn es ist "seinem letzten Zweck nach nichts weiter als Lohnfonds, und jede Kapitalanlage läuft schließlich unfehlbar auf Zahlung von Arbeitslöhnen hinaus" (53). Er versucht mit der ganzen Kraft seiner Beredsamkeit den Arbeitern den umstrittenen und angefeindeten Begriff "Kapital" zu erklären. Der einzige und richtige Weg ist und bleibt nach seiner Ansicht die Erziehung der Menschen zur Selbsthilfe. Er propagiert die Pflege der geistigen, sittlichen und körperlichen Anlagen, Aneignung nützlicher Kenntnisse und Fertigkeiten, Willenskraft und Unternehmungsgeist. Jeder könne sich nach seiner Leistung ein Kapital im Leben schaffen. Auch ein höheres Kulturleben in der menschlichen Gesellschaft läßt sich nach seiner Meinung vor allem auf die Schaffung und das Wachstum der Kapitalien zurückführen; durch das Kapital, besonders durch die Maschine, könne man außerdem Menschen für höhere kulturelle Aufgaben freistellen. "Die Fähigkeit der Kapitalansammlung bei den Menschen ist gleichbedeutend mit ihrer Kulturfähigkeit, indem vom Wachstum dieses geistigen und sachlichen Kapitals der Menschheit jeder Fortschritt in der Zivilisation, die allmähliche Vervollkommnung menschlicher Zustände in intellektueller, sittlicher und wirtschaftlicher Hinsicht bedingt wird." (54)

Aus diesen Gründen behauptet Schulze-Delitzsch auch, daß die bestehende Kluft von "Bildung und Unbildung" (55) zwischen den Arbeitern und den übrigen Ständen um so eher schwindet, je mehr der Arbeiter den Segen des Kapitals erkennt und durch seine geistige Bildung und seine persönliche Tatkraft in den Genuß dieser Früchte kommt.

c) Gewerbe- und Handelsfreiheit

Schulze-Delitzsch ist ein Vertreter des liberalen Wirtschaftsdenkens mit dem Postulat für Gewerbe- und Handelsfreiheit. Der Fortschritt ist nach seiner Auffassung nur denkbar durch die persönliche Freiheit des Menschen im wirtschaftlichen Leben. Das Eigeninteresse sei es, "das den Menschen sein ganzes Leben lang treibt, vorwärts zu kommen" (56). Er definiert das Eigeninteresse als "das stetige Verlangen und Streben jedes Menschen, seine Bedürfnisse in immer vollkommnerem Grade und mit immer leichterer Mühe zu befriedigen" (57). Andererseits fordert er auch eine Schranke für die Freiheit. Das Eigeninteresse des einzelnen darf nach seiner Meinung der Gesamtheit keinen Schaden zufügen, weil der Mensch nun einmal nicht allein auf die-

ser Welt ist. Im gemeinsamen Interesse müsse jedem der ungehemmte Gebrauch seiner Kräfte gewährleistet werden, jedoch unter der Bedingung, "daß er in das gleiche Recht des andern, der dieselbe Freiheit, denselben Spielraum für sich fordert, nicht hemmend und störend eingreife" (38). Es sei Angelegenheit des Staates, diesen Rechtsschutz zu übernehmen. Mit diesem engen Aufgabenbereich ist nach seinem individualistischen Denken die Tätigkeit des Staates im wirtschaftlichen Leben erschöpft.

Mittels der freien Konkurrenz, die für Angebot und Nachfrage den weitaus größten Spielraum läßt, kann nach seinem liberalistischen Wirtschaftsdenken der gerechte Maßstab für alle tauschfähigen Dinge im Interesse der Gesamtheit ermittelt werden. Der Druck des Monopols würde auf diese Weise aufhören. Die Gesamtschätzung des Publikums würde auf dem Wirtschaftsmarkt eine dominierende Stellung einnehmen (59).

Die Kehrseite der freien Konkurrenz aber, die Arbeits- und Handelsbeschränkung zugunsten einzelner Personen oder Klassen, sei das Monopol. Der tüchtige und fleißige Arbeiter benötige nicht diesen Gewerbeschutz; er sei nur ein Deckmantel für Faulheit und Schlendrian (60).

Jede Einengung des gewerblichen und kaufmännischen Lebens sei ein Angriff gegen den Fortschritt der Menschheit überhaupt. Eine Einschnürung des wirtschaftlichen Lebens würde zum größten Nachteil gerade der Arbeiter ausschlagen, da die immer weiter fortschreitende Dienstbarmachung der Naturkräfte das Los der Arbeiter erleichtern helfe und die Emanzipation des Arbeiters heraufführen könne.

d) Rechtsstaat und Ständestaat

Schulze-Delitzsch ist ein ausgesprochener Gegner des Ständestaates, der nach seiner Beurteilung ein Staat der Bevorrechteten ist, "der eine oder mehrere Klassen von Bürgern durch Standes- und andere Privilegien vor den andern bevorzugt" (61). Der Ständestaat widerspricht nach seiner Auffassung der Rechtgleichheit, die er für alle Bürger fordert. "Wir wollen keinerlei Privilegien", ruft Schulze-Delitzsch den Arbeitern zu, "so wenig einen bevorzugten Geburtsadel, wie einen bevorzugten Stand unter den Arbeitern selbst, der, gleich den Zünftlern, auf Kosten der übrigen gewisse Vorrechte für sich ausschließlich in Anspruch nimmt." (62).

Als Anhänger der liberalen Partei setzt sich Schulze-Delitzsch für den Verfassungsstaat ein, in dem "sämtliche Bürger bei der Gesetzgebung und Besteuerung und allen wichtigen Einrichtungen ihr Vollwort dazu zu geben haben, wo nicht ein einziger nach Willkür unbeschränkt gebietet" (63). Wiederum richtet er in diesem Zusammenhang an den deutschen Arbeiter den Appell, daß er die Verantwortlichkeit für seine Existenz auf seine eigenen Schultern nehme und darin die Möglichkeit der Freiheit für ihn liege (64). Die Zumutung der Annahme einer Staatsgarantie, "überhaupt eine Existenz durch andere als durch ihre eigene Kraft" (65), sollen die Arbeiter als ihrer unwürdig zurückwei-

sen. "Wer die Freiheit im gewerblichen und im bürgerlichen Leben verlangt", lautet seine grundsätzliche Einstellung, "der muß die bürgerliche und wirtschaftliche Verantwortlichkeit auf sich nehmen" (66).

In einem anderen Vortrag, den er am 19. März 1865 vor den Genossenschaften Berlins über "Die nationale Bedeutung der deutschen Genossenschaften" (67) gehalten hat, warnt er nochmals mit eindringlichen Worten die Handwerker vor der Reaktion, die dem deutschen Genossenschaftswesen die alte ständische Gliederung gegenüberstellt und folgende Parolen ausgibt: "Fort mit den freien Genossenschaften, dafür korporative Bindung unter Schutz und Aufsicht der Obrigkeit" - "Nieder mit der Gewerbefreiheit, dafür Zünftigkeit aller Arbeitsgebiete" - "Weg mit dem Verfassungsstaat und seiner Gleichheit aller vor dem Gesetz, dafür den Ständestaat mit einem besonderen Arbeiterstande, natürlich neben den anderen höheren Ständen" (68).

Nicht nur ein Bruchteil der Arbeiter soll mit Vorrechten ausgestattet und vor den übrigen begünstigt sein, sondern "gleiches Recht, gleicher Raum zur Entwicklung für alle" (69) soll bestehen. Die Zünfte hätten für den deutschen Handwerker im Mittelalter den Grund zum sogenannten dritten Stand gelegt. Man solle nicht noch einen vierten Stand gründen, sondern den Ständestaat mit allen Resten der Privilegien der alten Geburts- und Berufsstände völlig beseitigen.

Aus diesem Grunde verlangt er die Beendigung des ständischen Separatismus und propagiert eine Genossenschaft mit einer Verbrüderung aller Klassen, denn "nicht im ständischen Sonderrecht, sondern im gemeinen für alle gleichen Volksrecht beruht die Ausgleichung, für die der Arbeiter einzutreten hat" (70).

e) Die schlechte soziale Lage des Arbeiters und die verschiedenen Mittel und Wege zu ihrer Abhilfe

Die schlechte soziale Lage des Arbeiters kennzeichnet Schulze-Delitzsch durch folgende markante Punkte: ungenügender Verdienst, ungebührliche Länge der Arbeitszeit, Unsicherheit der Stellung, Überlegenheit der Fabrikindustrie, mangelnde Fürsorge im Krankheitsfall, Unglücksfall u.a., der nachteilige Einfluß einer Weltwirtschaftskrise (Baumwollkrise) (71).

Schulze-Delitzsch lehnt alle Systeme ab, die "von außen her, durch andere Mittel als die eigene Kraft" (72) eine Abhilfe schaffen wollen, weil alle diese Systeme zur Abhängigkeit oder zum verdeckten Zwang führen. Außerdem stellen sie "der menschlichen Natur gewissermaßen ein Armutszeugnis aus" (73).

Nach der Meinung Schulze-Delitzsch's ist auch der Staat, die Kirche oder irgendeine private Institution (gemeinnützige Vereine, milde Stiftungen u.a.) durch ihre Unterstützungen nicht berufen, eine dauernde Abhilfe der Mißstände herbeizuführen. Diese Subventionen sind lobenswert, um vereinzelter Hilflosigkeit oder auch vorübergehenden Notzuständen zu begegnen, aber "die dauernde Hebung großer, zahlreicher Bevölkerungsklassen bewirkt man nicht durch Almosen" (74). Im Gegenteil, meint er, wo diese Fürsorge eine Regel wird, besteht eine

große demoralisierende Gefahr für den ganzen Arbeiterstand. Er beschuldigt sogar eine gewisse Klasse von Staats- und Kirchenmännern, daß gerade sie dieses System begünstigen. "Trotz der augenfälligen Gefahr dieses Systems neigen indessen noch immer eine ganze Anzahl Großbesitzer unter unseren Industriellen und Feudalen, eine gewisse Klasse von Staats- und Kirchenmännern mit Vorliebe sich ihm zu, denen es um alles eher, als um den wirklichen allgemeinen Fortschritt, um die nachhaltige Hebung des Arbeiterstandes zu tun ist, indem sie die ganze Frage nur in die Hand nehmen aus Furcht vor dem roten Gespenst." (75)

Die "Staatsgarantie für die materielle Existenz aller Bürger" (76), die das Programm der Sozialisten ist, mißbilligt Schulze-Delitzsch. Nach seiner Auffassung hat sich der Staat um politische, aber nicht um wirtschaftliche Angelegenheiten zu kümmern. Er weist darauf hin, daß alle diese Bemühungen, wie sie durch den Engländer Owen, die Franzosen St. Simon, Fourier, Cabet und Louis Blanc propagiert wurden, kläglich gescheitert sind. Die Folgerichtigkeit dieser Forderungen führt nach seiner Beurteilung dazu, daß "der Staat selbst Industrieanstalt, Arbeitgeber, gewerblicher Unternehmer wird, der die Arbeiter beschäftigt und lohnt, wie seine Beamten" (77). In besonderer Weise erinnert er an die Vorschläge von Louis Blanc und die Nationalwerkstätten von 1848 in Frankreich. Diese Versuche betrachtet er als eine Kriegserklärung gegen das Privatkapital und er behauptet, daß die Arbeitsleistungen in diesen Staatswerkstätten hinter denen der Privatindustrie notwendigerweise zurückstehen müssen, da man dort das Eigeninteresse ausschalte.

Der Sozialismus will nach der Darstellung Schulze-Delitzsch's "den ersten Anstoß zum Erwerb aus dem Willen, der freien Strebung der einzelnen in die Gesamtheit, aus dem Bereich der individuellen Tätigkeit in das Staatsgetriebe" (78) verlegen. Von seinem individualistischen Denken ausgehend, zieht er dann nachstehende Schlußfolgerung: "Als bestände diese Gesamtheit, der Staat, aus etwas anderem als eben diesen einzelnen, als lähme man nicht jene wirkende Kraft in der Gesamtheit, wenn man sie in den einzelnen lähmt!" (79).

Eine andere Folge dieses Staatssozialismus erblickt Schulze-Delitzsch in der schlechten Versorgung der Menschen mit Gütern. Niemand würde in diesem System mehr arbeiten, als es unbedingt notwendig wäre; der Staat müßte deshalb eine scharfe Überwachung, nämlich den Arbeitszwang, einführen. Noch schwieriger und verwickelter aber wäre die Verteilung der Güter durch den Staat unter die einzelnen nach deren Bedürfnis und Verdienst.

Dieser soziale Staat mit seiner äußerlichen Gleichheit würde nach seiner Überlegung "die Gleichheit des Elends" (80) herbeiführen. "Wer es unternimmt, Tüchtigkeit und Untüchtigkeit auf ein gleiches Maß rücksichtlich ihres Lohnes zu setzen, der bringt sie endlich auch auf ein gleiches Maß rücksichtlich ihrer Leistungen, da hilft nichts, und dies wäre der sicherste Weg, auf welchem die ganze menschliche Gesellschaft am Ende verlumpte" (81).

Man kann nach Schulze-Delitzsch auch dadurch keine Abhilfe der sozialen Mißstände erreichen, indem man die Brüderlichkeit als Wirtschaftsprinzip aufstellt. Das Wirtschaftsleben beruht nach seiner Vorstellung auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit. Die Brüderlichkeit dagegen gehöre in den freien Bereich der Sittlichkeit; sie fängt dort an, "wo das Wirtschaften und der Staat aufhört; nicht der Erwerb, nicht Recht und Pflicht sind ihr Reich, nicht der Zwang ist ihre Macht, sondern die freie Liebe" (82).

Auch Freiheit und Gleichheit - die Losungsworte der Französischen Revolution - will er richtig verstanden wissen. Er fordert die politische Gleichheit aller vor dem Gesetz. Die gesellschaftliche - die gleiche Stellung und Geltung der Menschen im sozialen Leben - lehnt er ab, "weil die Natur sie nicht gewollt hat" (83).

Nach seiner Auffassung kann wirtschaftliche Not nur durch wirtschaftliche Mittel geheilt werden. Politische Mittel, auch das allgemeine Wahlrecht, vermögen nach seinem Dafürhalten keine direkte Hilfe zu bringen.

f) Die Forderungen Schulze-Delitzsch's zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des Arbeiters

Die erste Forderung, die Schulze-Delitzsch für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der arbeitenden Klassen erhebt, ist die Vermehrung des Gesamtvermögens der Nation. Dazu sei, wie er meint, eine Steigerung der Produktion unerläßlich. Diese wiederum sei bedingt:

a) durch die Steigerung der Leistungsfähigkeit der Arbeit bei den einzelnen,

b) durch das Wachstum der Kapitalien!

Abzulehnen sei deshalb jede Hemmung des wirtschaftlichen Fortschrittes und jede Anfeindung des Kapitals. Der Anteil an der Gesamtproduktion aber richte sich nach der Leistung des einzelnen.

Nur ausnahmsweise dürfe nach seiner Ansicht die Übung der Liebespflicht in einzelnen Fällen dort einsetzen, wo "es an der zur Selbsterhaltung nötigen Befähigung vorübergehend oder auf die Dauer fehlt"(84).

Ein weiteres Mittel für die Hebung des Arbeiterstandes erblickt Schulze-Delitzsch in den Bildungsvereinen; diese Vereine brauchen nach seiner Auffassung noch eine ergänzende Bildungsgrundlage: die Volksschule. In diesem Falle tritt er dafür ein, daß der Staat dieses Instrument der Bildung in seiner Hand halte und durch den Schulzwang das Fundament für den geistigen Fortschritt der Bürger lege.

Da im Verhältnis zu der großen Zahl der Arbeiter nur wenige von der Natur und dem Schicksal dazu begünstigt seien, durch persönliche Strebsamkeit, Besitz oder Bildung vorwärts zu kommen, so sieht Schulze-Delitzsch das Genossenschaftsprinzip als das beste Mittel für eine wirtschaftliche Verbesserung der arbeitenden Klassen an. Diese praktischen Mittel seien die von ihm persönlich begründeten freien Er-

werbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, die auf dem Grundsatz aufgebaut sind, "was du nicht allein vermagst, dazu verbinde dich mit andern, die das gleiche wollen", und: "mehrere kleine Kräfte vereint bilden eine Großkraft" (85).

Ihr Kapital und ihre Intelligenz sollen hier die einzelnen Genossen zur Verfügung stellen. Fast noch wichtiger aber sei "das Dienstbarmachen fremder Intelligenz und fremden Kapitals für die Genossenschaftszwecke" (86). In der "Gesamtheit der Genossen" (87) sei die Kreditbasis gegeben. Durch die Genossenschaft werde dem Kleinmeister der Aufstieg zum Großbetrieb zugänglich gemacht und andererseits den Lohnarbeitern die gemeinsame Produktion im großen ermöglicht. Sie biete "den einen zur Behauptung, den anderen zur Erreichung der gewerblichen Selbständigkeit das einzig erprobte Mittel " (88).

Durch das genossenschaftliche Prinzip habe sich ein Teil der Arbeiter in den germanischen Kern- und Mischvölkern im Mittelalter aus der Hörigkeit zum freien Stadtbürgertum emporgeschwungen und auf diese Weise die ersten Ansätze für das moderne Staatsbürgertum gelegt. Da in dem damaligen Ständestaat "niemand auf Rechtsschutz Anspruch hatte, der eben nicht einer solchen privilegierten Körperschaft angehörte" (89), so sei jener Teil der Arbeiter, die Handwerker, selbst ein Stand geworden.

Schulze-Delitzsch betont ausdrücklich, daß die freie Genossenschaft nur ergänzend eintreten soll, "wo die Kräfte des einzelnen in bezug auf die Ungunst der äußern Lage nicht ausreichen, allein für sich zum Ziel zu kommen" (90). Unangetastet müsse die Persönlichkeit der einzelnen Genossen bleiben, "deren eigener Wahl und wechselnden Interessen sie Zustandekommen und Dauer der Einigung überläßt" (91). Der Persönlichkeit zu ihrer vollen Geltung im Leben zu verhelfen, sei der eigentliche Zweck der Genossenschaft. Deshalb müßten die einzelnen bewußt Träger und Schöpfer der Gesamtheit bleiben und nicht "Geschöpfe" (92) der Assoziation werden, wie es bei der sozialistischen Staatsassoziation der Fall sei. Aus diesem Grunde verlangt auch Schulze-Delitzsch von jedem Mitglied der Genossenschaft den vollen Einsatz seiner Kraft, ernstes Streben nach persönlicher Tüchtigkeit, eine entsprechende wirtschaftliche und sittliche Lebenshaltung. Diese Eigenschaften müßten die einzelnen in die Genossenschaft mitbringen.

g) Die verschiedenen Arten der Genossenschaften

Genossenschaften können nach Schulze-Delitzsch sehr verschiedenen Zwecken dienen; je nach diesen einzelnen Aufgaben müßten sie sich organisieren. So gibt es Genossenschaften zu Bildungszwecken: Handwerker-, Gewerbe-, Bildungs- und Arbeitervereine.

Er kommt dann auf die Genossenschaften zu sprechen, welche dem materiellen Wohl und der Förderung des Erwerbs und Haushalts ihrer Mitglieder dienen. Er unterscheidet dabei zwei Arten von Genossenschaften. Die erste Art soll die Mitglieder in den Vorbedingungen zu einem lohnenden Gewerbe untereinander verbinden. Er zählt dazu folgende:

1.) Die Vorschuß-, Kredit-, Darlehnsvereine, Volksbanken und dergleichen, welche den Bedarf ihrer Mitglieder an Barschaft und Kredit vermitteln;

2.) die Rohstoffvereine, in denen die Handwerker und Arbeiter derselben Branche zu gemeinschaftlichem Bezuge der Rohstoffe im großen, außerdem auch zu gemeinsamer Anschaffung von Maschinen und kostspieligen Arbeitsvorrichtungen zusammentreten:

3.) die Konsumvereine, in denen man sich zum Ankauf nötiger Lebens- und Wirtschaftsbedürfnisse vereinigt, um sich ebenfalls die Vorteile des Großbezugs zu sichern;

4.) die Krankenkassen endlich und Gesundheitspflegevereine, wo man sich durch die Vereine billigere Medikamente und ärztliche Behandlung verschafft.

Die zweite Art der Genossenschaft ist zum Geschäftsbetrieb für gemeinsame Rechnung gedacht. Dazu zählt er:

1.) Die sogenannten Magazinvereine zum gemeinschaftlichen Handel mit den Arbeitserzeugnissen der Mitglieder, welche jedoch von diesen in ihren eigenen Geschäften gefertigt und im Vereinsmagazin für ihre eigene Privatrechnung verkauft werden;

2.) die eigentlichen Genossenschaften zum gemeinsamen Geschäftsbetrieb, in welchen die Produktion und der Verkauf der Arbeitserzeugnisse auf Rechnung und Gefahr der Gesamtheit geschieht. (93)

Die letztgenannte Form der Produktivassoziation bildet in seinem System die höchste Stufe der Genossenschaft. Er macht aber eindringlich darauf aufmerksam, daß zu dieser Form nur allmählich und mit größter Vorsicht übergegangen werden darf, da sonst mit Sicherheit ein Mißlingen zu erwarten ist, falls die notwendigen Voraussetzungen unter den Arbeitern nicht vorhanden sind. Aus diesem Grund würden sich die Produktivassoziationen bisher meist nur auf England und auf eine kleine Anzahl in Paris erstrecken, wo der Genossenschaftsgeist schon längere Zeit als in Deutschland gepflegt wird. In Deutschland würden sie noch sehr vereinzelt auftreten. Wo man jedoch unvermittelt am Anfang der Genossenschaftsbewegung 1848/49 damit begann, seien fast alle diese Versuche kläglich gescheitert. Gegenwärtig aber würden wieder mehrere derartige Neugründungen, aus kleinsten Anfängen beginnend, in dieser Beziehung unternommen.

Die Hauptgrundsätze, die für das Gelingen dieser verschiedenen Arten von Genossenschaften wichtig sind, faßt Schulze-Delitzsch in folgenden Gedanken zusammen:

1. Diejenigen, welche irgendwie an dem Vorteil der Genossenschaft teilnehmen wollen, "müssen Mitglieder und Träger des ganzen Unternehmens sein, Gewinn und Verlust desselben tragen, weil sich eben nur auf diese Weise die soziale Selbsthilfe in unseren Vereinen organisieren läßt" (94).

2. Die Mitglieder müssen sich auch an der Leitung und Verwaltung der Genossenschaft persönlich beteiligen und an den Vereinsabschlüssen teilnehmen, "durch welche die oberste Entscheidung in den Vereinsangelegenheiten von der Gesamtheit der Mitglieder geübt wird;

3. Die Bildung des zum Vereinsgeschäft erforderlichen Fonds geschieht durch bare Einlagen der Mitglieder, welche durch fortlaufende Beisteuern und Zuschreibungen der auf die einzelnen fallenden Gewinnanteile (Dividenden) allmählich zu Geschäftsanteilen von entsprechender Höhe gebracht werden müssen, wie es Umfang und Risiko des Unternehmens, die Vermögensverhältnisse der Mitglieder bedingen;

4. Um für den außerdem jedenfalls erforderlichen Kredit einen soliden Halt zu finden, übernehmen sämtliche Mitglieder für die Vereinsschulden die solidarische Gesamthaft" (95).

5. Grundsätzlich steht die Genossenschaft jedem offen, um die Vorteile des Unternehmens auf möglichst viele zu erstrecken. Man regelt demgemäß die Eintrittsbedingungen so, "daß sie von jedem ordentlichen, tüchtigen Arbeiter, der den ernsten Willen hat, sich selbst zu helfen, erfüllt werden können, weil gerade bei einer zahlreichen Beteiligung am Verein dessen Zwecke am leichtesten und vollständigsten für alle erreicht werden" (96).

Schulze-Delitzsch kann mit Genugtuung feststellen, daß die Vorschußvereine, welche die Aufgabe haben, Geldmittel zu beschaffen, ihre Probe in glänzender Weise bestanden haben. Die Kreditfähigkeit der Genossenschaften habe sich in so überraschendem Maße bewährt, daß bisher das Angebot der Kapitalien größer als der Bedarf war.

Mit Recht weist dann Schulze-Delitzsch auf die moralische Einwirkung des Genossenschaftslebens hin, die nicht hoch genug bewertet werden kann. Er weiß, "wie kläglich oft die Rolle ist, welche der kleine Handwerker, der unbemittelte Arbeiter im Verkehr spielen" (97). Die Genossenschaft gibt ihnen Selbstgefühl und Selbstachtung, sie erweitert den Horizont der geschäftlichen Erfahrungen.

In seinen Vorträgen vor den Berliner Arbeitern gibt er auch eine kurze statistische Mitteilung über die Ausbreitung und die praktischen Erfolge der einzelnen Genossenschaftsarten an. Eine genaue Zahl der vorhandenen Produktivassoziationen ist aus diesen Angaben nicht zu entnehmen. (98)

2. Die Produktivassoziation bei Schulze-Delitzsch und seine Auseinandersetzung mit Lassalle (99)

Den Vorwurf Lassalles, daß er nur Rohstoff-, Konsum-, Kredit- und derartige Vereine, aber nicht Produktivassoziationen wolle, weist Schulze-Delitzsch als eine glatte Verleumdung zurück. Bereits in seinem im Jahre 1858 veröffentlichten Buch "Die arbeitende Klasse und das Associationswesen in Deutschland als Programm zu einem deutschen Congreß" (100) habe er die Produktivassoziationen ausdrücklich als den Gipfelpunkt seines ganzen Systems anerkannt. Außerdem weist er diesem Einwand gegenüber darauf hin, daß bereits mehrere davon gerade in Berlin existieren und noch andere in absehbarer Zeit gegründet werden.

Schulze-Delitzsch bemerkt, daß er und Lassalle die Produktivassoziationen bejahen. Der fundamentale Unterschied bestände darin, daß er die Selbsthilfe und Lassalle die Staatshilfe zugrunde gelegt wissen wolle. Schulze-Delitzsch hält den von Lassalle vorgeschlagenen Weg für überaus bequem; man wird Mitglied des Wahlvereins, zahlt seinen Beitrag und gibt seine Stimme für den Deputierten ab, der das weitere besorgt, um die Regierungsgewalt in die Hände der Arbeiter zu bekommen und die Staatsmittel ihnen zur Verfügung zu stellen.

Außerdem wirft Schulze-Delitzsch die Frage auf, ob etwa der Staat, wenn er den Arbeitern das Kapital garantiert, "ihnen gleich nebenan durch ein Dekret alle diese geistigen Wissenschaften, wie Unternehmungsgeist, Geschäftsumsicht und Erfahrung, Kenntnis der Bezugs- und Absatzquellen usw. beilegen oder sozusagen anoktroyieren könne" (101).

Weiterhin weist er darauf hin, daß gerade in Deutschland für den unvorbereiteten Eintritt in die Produktivgenossenschaften der genossenschaftliche Geist bei der Mehrzahl der Arbeiter noch nicht ganz entwickelt sei. Es herrsche noch zuviel Sondergeist vor. Die unumgängliche Einheit der Leitung als erste Bedingung des geschäftlichen Gelingens, eine größere Unterordnung der Genossen gegenüber den Vorständen, ein Aufgehen der einzelnen im Ganzen seien Anforderungen, welche dem deutschen Arbeiter schwerfallen würden. Deshalb habe er überall erst mit den leichteren Formen der Genossenschaften begonnen, welche die Vorbedingungen eines lohnenden Gewerbebetriebes oder bestimmte Vorteile im Haushalt der weniger bemittelten Arbeiterklassen bezwecken. Schulze-Delitzsch vertritt den Standpunkt, daß man, um überhaupt die Leute zum Eintritt in die Genossenschaften zu bewegen, ihnen möglichst naheliegende und greifbare Vorteile bieten müsse. Wenn sich die Mitglieder von der Macht des genossenschaftlichen Wirkens erst einmal überzeugt haben und sich unter anderem an die Gemeinsamkeit in Beratung und Geschäftsleitung, an die Unterordnung unter die Majorität gewöhnt haben, dann könne man schon einen Schritt vorwärts gehen. Er meint, daß für die Überführung zur gemeinsamen Produktion im großen die Rohstoff- und Konsumvereine ganz vorzüglich geeignet seien. In diesem Zusammenhang berichtet er, wie "neuerlich eine bloße Rohstoffassoziation von Schuhmachern eine bedeutende Stiefellieferung für einen deutschen Truppenkörper übernahm

und damit ihre Mitglieder beschäftigte" (102). Bei den Konsumvereinen würde sich ebenfalls, "sobald hier die Mitgliederzahl bedeutend, der Verbrauch groß sein wird" (103), das Bedürfnis zur eigenen Produktion der Hauptkonsumgegenstände herausstellen. Von besonderer Wichtigkeit sei, "bei einem so vermittelten Vorschreiten endlich, daß dadurch das Einwerfen eines entsprechenden eignen Kapitals der Genossen in höherem Maße ermöglicht wird, als wenn man ohne weiteres beginnt" (104). Mit dem, was man selbst hat mühsam erwerben müssen, gehe man bekanntlich sorgfältiger um als mit dem, was einem - wie es bei dem Lassalleschen Staatskredit der Fall sei - ohne sein Zutun und Verdienst von Dritten gewährt wird. Er gibt deshalb allen Handwerkern und Arbeitern den guten Rat, ein Geschäft zu gemeinsamer Produktion nicht zu eröffnen, "wenn sie nicht vorher etwas gespart und mindestens ihre sittliche Befähigung dadurch bewiesen haben, daß sie sich einen augenblicklichen Genuß versagen, ein Opfer in der Gegenwart aufzuerlegen vermochten, um sich eine sorgenfreie Zukunft zu sichern" (105).

Die in Deutschland in den Jahren 1848 - 1849 gewonnenen Erfahrungen auf diesem genossenschaftlichen Gebiete würden die Richtigkeit seiner Ausführungen bestätigen. Fast alle Produktivassoziationen sind in kurzer Zeit wieder eingegangen. Sehr lehrreich seien für uns die Vorgänge, die man in England, der eigentlichen Wiege des Genossenschaftswesens beobachtet habe. Als man dort seit dem Jahre 1824 mit der Gründung von Genossenschaften begann, dachte man noch gar nicht an die Produktivassoziationen, von denen die ältesten kaum über das Jahr 1848 hinausreichen. In diesem Lande sind vor allem die Konsumvereine die ausgebildeteste Art der Genossenschaft. Aus ihnen entwickelten sich allmählich jene großen Fabriken zu gemeinsamer Produktion, die sogenannten Volksmühlen. Dazu gehöre auch die bekannte Genossenschaft der Pioniere von Rochdale. Er berichtet weiter, daß dort über hundert Produktivassoziationen bestehen und sich gut entwickeln. In England waren also mehr als zwanzig Jahre vergangen, bevor man begann, Produktivassoziationen ins Leben zu rufen.

Schulze-Delitzsch weist deshalb den Vorwurf Lassalles zurück, daß die Genossenschaft, welche die Erhaltung der Selbständigkeit und die Überführung zum Großbetrieb bezweckt, für den Handwerker "nur eine nutzlose Verlängerung ihres Todeskampfes und eine Vermehrung von dessen Qualen sei" (106). Durch die Unterstützung des Handwerks von seiten der Genossenschaft, stellt Schulze-Delitzsch dagegen fest, wird nämlich erreicht, daß die Zahl der Arbeitgeber vermehrt und eine übermäßige Zunahme von Arbeitern verhindert wird. Wenn auch die Geschäfte jener Meister klein wären, so beschäftigten manche von ihnen Gesellen und Lehrlinge, und diejenigen, "die sich zum Großbetrieb emporarbeiteten, machten ja, in der Nachfrage nach Arbeitern, den Fabrikanten geradezu Konkurrenz" (107).

Das "eherne Lohngesetz", das Lassalle agitatorisch ausmünzt, hält Schulze-Delitzsch für groben Irrtum. Dieses Gesetz stehe nach seiner Meinung im Gegensatz zu den wirklichen Lohnverhältnissen. Die Dekkung der notwendigsten Lebensbedürfnisse bilde nur die "Untergrenze, keineswegs den Mittelpunkt, den durchschnittlichen Satz der Lohnhöhe" (108). Dieser Untergrenze stehe als Höhepunkt, bis zu dem sich die

Lohnsteigerung erheben kann, der Moment gegenüber, wo die Löhne ein solches Maß erreicht haben, daß der Unternehmer keinen seinem Risiko und seiner Leistungsfähigkeit entsprechenden Gewinn mehr machen kann und es vorzieht, sein Kapital aus dem Geschäft zu nehmen oder es anderwärts ohne Risiko zu verwerten.

Gegen Lassalle erhebt Schulze-Delitzsch den berechtigten Vorwurf, daß er die Organisation seiner Produktivassoziationen nicht klar darlegt. Lassalle hat die Absicht, im Laufe der Zeit so viele Assoziationen zu gründen, daß der ganze Arbeiterstand darin beschäftigt werden kann, weil es ihm ja um eine wirtschaftliche Verbesserung des gesamten Arbeiterstandes geht. Schulze-Delitzsch bleibt es unklar, wie sich die Zusammenfassung des ganzen Arbeiterstandes in den Assoziationen mit der freien und individuellen Assoziation vereinigen läßt. Jedenfalls zieht er mit Recht den Schluß, daß dann sämtliche privaten Unternehmungen geschlossen werden müßten.

Unverständlich bleibt Schulze-Delitzsch auch die Erklärung Lassalles, daß die Staatshilfe die soziale Selbsthilfe nicht aufheben soll. Eine Lösung dieses Problems sieht er nur in der Definition des Staates, der Lassalle zuneigt, "daß die Arbeiter allein, mit Ausschluß aller übrigen Klassen, der Staat wären" (109). Wenn ihnen dann der Staat hilft, schließt Schulze-Delitzsch folgerichtig, dann helfen sie sich freilich selbst.

Schulze-Delitzsch lehnt mit aller Entschiedenheit die Auffassung ab, daß die Produktivassoziation nur die einzige Form der industriellen Produktion werden könne und dazu bestimmt sei, die gesamte Einzelindustrie aufzusaugen. Stets wird der einzelne bei der Leitung eines Geschäftes der Genossenschaft gegenüber im Vorteil sein. Dennoch wird die einzelne Produktivassoziation in den verschiedensten Industriezweigen segensreich auf die Hebung der arbeitenden Klassen im allgemeinen wirken, "da auf solche Weise ein größerer oder geringerer Bruchteil der Arbeiter sein eigener Arbeitgeber geworden, die Zahl der Unternehmungen also vermehrt und die der Arbeitsuchenden bei den bisherigen Etablissements vermindert ist, so wirkt dies schon an und für sich günstig auf die Lohnhöhe der übrigen ein" (110).

Unbegreiflich bleibt auch für Schulze-Delitzsch die Vorstellung Lassalles, wie durch die Intervention des Staates Kapital und Kredit für die Genossenschaften beschafft werden soll. Wo will der Staat das Geld hernehmen? Soll der Staat durch seine Bemühungen das Privatkapital verdrängen, um sämtliche Fabriken in die Hände der Arbeiter zu bringen? Ein Staat, der das Privatkapital angreift, wird nach seiner Meinung kein Kapital und keinen Kredit mehr bekommen. Der einzige und richtige Weg, der bereits mit gutem Erfolg beschritten ist, bleibt deshalb nach Schulze-Delitzsch die auf Selbsthilfe gegründete Genossenschaft.

Das Kapital des Staates beruht im wesentlichen auf den Steuern. Wenn nun 95 Prozent aller Staatsbürger nach der These Lassalles die Staatshilfe in Anspruch nehmen würden, dann würden die übrigen 5 Prozent durch eine erhöhte Besteuerung wirklich erdrückt werden. Wenn aber der Arbeiter selbst der Staat sei, dann betrachtet es Schulze-Delitzsch

als einen nutzlosen Umweg, die Arbeiter an den Staat zu verweisen, denn auf sie selbst falle dann ja die ganze Aufgabe zurück. Die Staatshilfe ist in diesem Fall Selbsthilfe, "aber mit Hindernissen, wesentlich verteuert, erkauft um den Preis höherer Steuern, um ein unnützes Mehr von Beamten zu bezahlen, erkauft um den Preis der so wertvollen, zum gewerblichen Gedeihen ganz unentbehrlichen Selbständigkeit" (111).

Weiterhin macht Schulze-Delitzsch darauf aufmerksam, daß der Staat wohl das Risiko dieser geplanten Assoziationsgeschäfte übernehmen müßte, ohne selbst am Gewinn beteiligt zu sein. Eine genaueste Kontrolle dieser Genossenschaften durch den Staat wäre mithin unumgänglich.

Die Versicherung Lassalles, "daß der Staat keineswegs den Diktator bei diesen Gesellschaften spielen würde" (112), bezeichnet Schulze-Delitzsch als einen sehr schwachen Trost. Die freie Genossenschaft und die geschäftliche Selbständigkeit würde nach Schulze-Delitzsch in diesem Falle aufhören.

Die krampfhaften Bemühungen Lassalles, für die durch Staatshilfe aufgebauten Produktivassoziationen gute Beispiele in der Praxis aufzuzeigen, sieht Schulze-Delitzsch als verfehlt an. Die durch Staatsmittel unterstützten Produktivassoziationen in Frankreich müssen als gescheitert angesehen werden, da nur eine relativ geringe Anzahl noch existieren würden.

In England dagegen, wo die Produktivassoziationen und das ganze Genossenschaftswesen sich zu höchster Blüte entwickelt haben, habe es niemals eine Unterstützung des Staates gegeben.

Die subventionierten Assoziationen sind also zum größten Teil wieder eingegangen, stellt Schulze-Delitzsch fest; der kleine, übrig gebliebene Rest sei aber durch die nicht subventionierten bei weitem überflügelt worden. Um so unfaßbarer erscheint ihm daher die von Lassalle vertretene These, daß "die Assoziationen in England und zum Teil in Paris ohne Staatshilfe schon so gut gediehen sind, wie müßten sie erst mit Staatshilfe gedeihen"! (113)

Die nichtsubventionierten Assoziationen sind nach Schulze-Delitzsch aus dem Grunde gelungen, weil sie auf dem Prinzip der Selbsthilfe aufgebaut waren (114).

Zum Schluß seiner Berliner Vorträge mahnt Schulze-Delitzsch die Arbeiter, sich durch die politische Agitation Lassalles nicht gegen die besitzenden Kreise aufhetzen zu lassen. Mit politischen Mitteln - wie Lassalle vorschlägt - kann man seiner Anschauung nach eine wirtschaftliche Aufgabe nicht lösen. Zuerst müsse die materielle Lage der Arbeiter verbessert sein; dann solle man an eine Beteiligung der Arbeiter in der Politik denken.

II. KETTELERS Idee von der Produktivassoziation

Das Jahr 1848 war ein sehr bedeutungsvolles und entscheidendes Jahr in der Geschichte des deutschen Katholizismus. Es war das Geburtsjahr des antistaatlichen und antikirchlichen Kommunistischen Manifestes. Marx wollte den Staat stürzen, um durch den Kommunismus eine Klärung der sozialen Frage herbeizuführen. Der politische und der soziale Katholizismus trat seit 1848 zum Abwehr- und Gegenkampf gegen den atheistischen Sozialismus und gegen den liberalen Rechtsstaat an.

Der aufstrebende soziale Katholizismus dieser Jahre war sich in der Überzeugung einig, daß allein von der Kirche die Lösung des sozialen Zeitproblems erfolgen könne. Heute sind wir der Überzeugung, daß dem mündigen Gläubigen (Laien) der Kirche die Lösung und Heilung der sozialen Unordnung aus dem Geist und der Kraft des Glaubens zustehe. Damals war man der Ansicht, daß allein der Episkopat berufen sei, die soziale Frage zu übernehmen, nicht aber der Gläubige, und vor allem nicht der Staat. Von dem sich festigenden Staat des liberalen Bürgertums, den Lassalle als den "Nachtwächterstaat" bald verspottete, erwartete man nicht eine wirklich umfassende Sozialpolitik. Der liberale Staat war kein Garant für die Verwirklichung christlicher Ideen. Die Zeit Bismarcks - der Beginn der ersten staatlichen Sozialreform und Sozialgesetzgebung in Deutschland - war noch nicht gekommen.

Es herrschten die Grundsätze von der freien Konkurrenz und des optimistischen Liberalismus, daß die sozialen Verhältnisse wie die wirtschaftlichen im Ablauf des laissez-faire, laissez-passer die beste und harmonischste Regelung, den von selbst sich zeigenden liberalen Fortschritt bringen würden, so wie ja auch nach der Lehre des Deismus, der im Hintergrund der bürgerlich aufgeklärten Philosophie stand, der Lauf der Welt sich von selbst, ohne einen Eingriff Gottes, regelt.

Ketteler blieb bis zu seinem Tode ein entschiedener Gegner des liberalen Staates. Er wollte ja nicht Politiker, sondern Seelsorger sein. Als Seelsorger sah er die konkreten Aufgaben seiner Zeit. Aus dieser Einstellung heraus gab er schon in seiner Münchener Studienzeit seinem Mitstudenten Adolf Kolping den Rat, nicht kirchliche Bruderschaften, sondern weltliche Standesvereine auf religiöser Grundlage, aber mit weltlich-sozialen Aufgaben ins Leben zu rufen. In seiner bekannten Schrift "Die Arbeiterfrage und das Christenthum" war er der richtigen Ansicht, daß man den Arbeiter nicht zum Christen machen könne, wenn man ihn nicht zum Menschen mache, wenn man ihm nicht ökonomische Verhältnisse biete, in denen er menschenwürdig leben könne. In seinen Predigten und seinen Schriften appellierte er immer wieder an die Caritas und das christliche Gewissen. Die Soziallehren der Zeitgenossen beurteilte und würdigte er nicht oder außerordentlich wenig in ihrem Eigenwert, sondern in ihrer Bedeutung und Zweckmäßigkeit für ein seelsorgliches Wirken der Kirche in der Zeit. Er wählte aus, was er praktisch für die seelsorglichen Belange seiner Zeit benutzen konn-

te. Aus dieser Einstellung heraus erklärt es sich, daß er Anleihen bei dem Sozialistenführer Ferdinand Lassalle machte, mit dem er im Januar 1864 anonym in einen Briefwechsel trat:

"Verehrter Herr! Ich wende mich an Sie mit der Bitte um Rat in der Arbeiter-Angelegenheit. Ich verstehe von dieser Frage nicht mehr als ich mit dem gesunden Menschenverstand erfassen kann. Tiefere Einsicht fehlt mir, obwohl ich das, was die Tagespresse über diese wichtige Angelegenheit bringt, lese, um mir ein richtiges Urteil zu bilden. Ich stehe nicht ganz auf Ihrem Boden. Ich glaube nicht, daß unbedingte Gewerbefreiheit für diesen Stand zum Heile führt. Auch glaube ich, daß religiöse und moralische Potenzen mitwirken müssen, um diesem Stand zu helfen. Dagegen bin ich mit Ihnen vollkommen darin einverstanden, daß alle Unternehmungen von Schulze-Delitzsch nur einen relativen Wert für den Zweck haben, dem Arbeiterstand zu helfen, und daß daher die Gründung von Produktiv-Assoziationen für die Arbeiter, wo ihnen erstens der Arbeitslohn und zweitens ein Anteil vom Kapitalgewinn zufällt, das wahre Mittel ist, um die Lage dieses zahlreichen Standes materiell zu verbessern. Sie, verehrter Herr, wollen das Kapital für diese Arbeiter hauptsächlich aufbringen durch Hilfe des Staates, und durch das Mittel der direkten Wahlen wollen Sie diese Beihilfe erlangen. Ich bin bei diesem Modus nicht ganz unbedenklich. Jedenfalls scheint es mir aber gewiß zu sein, daß wenn auf anderem Wege Kapitalien für diesen Zweck gewonnen werden können, auch diese Weise der Realisierung Ihres Gedankens nicht ausgeschlossen werden soll. Ich komme damit zu dem eigentlichen Gegenstande dieses Schreibens.

Ich könnte für diesen Zweck etwa 50.000 Gulden zur Disposition stellen. Ich möchte den Versuch auf die Grenzen eines kleinen Staates in Mitteldeutschland, in dem ich wohne, beschränken. Mein Gedanke wäre der:

Ich wünsche fünf verschiedene Assoziationen zu gründen. Eine Assoziation für die Zigarrenfabrikanten dieses Landes; eine Assoziation für alle Handarbeiterinnen; eine Assoziation für die eigentlichen Tagelöhner, und die zwei andern für die meistverbreitetsten Fabrikgeschäfte in diesem Lande. Jeder Assoziation würden also 10.000 fl. zufallen. Die Kleinheit dieser Summe würde es nötig machen, das ganze Unternehmen in kleinen Verhältnissen zu beginnen.

Ich erlaube mir nun die Frage: Halten Sie erstens diesen Plan überhaupt für durchführbar? Zweitens wären Sie geneigt, mir für eine solche Assoziation ein Projekt auszuarbeiten, wobei ich bemerke, daß es mir zweifelhaft ist, ob man diese fünf Assoziationen unter einer Zentralleitung vereinigen könnte, oder sie selbständig etablieren müßte?

Drittens, wenn Sie nicht geneigt wären, ein solches Projekt mir zuzustellen, könnten Sie mir dann vielleicht eine Persönlichkeit nennen, die gegen ein entsprechendes Honorar besondere Befähigung und Muße (dazu) hätte?

Ich schicke Ihnen diesen Brief anonym und denke, daß Ihr warmes Interesse für den Arbeiterstand Sie nicht abhalten wird, deshalb mir eine Antwort zu verweigern. Eine Nebenabsicht kann ich ja doch unmöglich haben, und wenn meine Sache redlich ist, habe ich, wie mir scheint, schon einen gewissen Rechtsanspruch auf Ihren Rat. Die Stellung, die ich im Leben einnehme, macht es mir fast unmöglich, meinen Namen zu nennen. Ich bitte, mir daher Ihre Antwort unter dem Zeichen M Z 35 nach Frankfurt poste restante zu schicken." (115)

Lassalle antwortete aus Berlin am 21.1.1864:

"Geehrter Herr! Ich empfange soeben Ihren anonymen Brief. - Die Zeitungen haben meine Ansichten ganz merkwürdig entstellt, wenn sie mich, wie Sie herausgelesen haben, in der unbedingten Gewerbefreiheit irgend ein Heil für den Arbeiterstand sehen lassen. Ich bin vielmehr ganz der entgegengesetzten Ansicht, daß die Gewerbefreiheit den Pauperismus und das Proletariat erzeugt hat, und daß mit der Gewerbefreiheit nur eine Vermehrung, niemals eine Verminderung dieser Übel möglich ist.

Nur halte ich die bloße Aufhebung der Gewerbefreiheit - etwa Zunftordnung - für ebenso unmöglich und nutzlos und sehe daher nur in der Produktiv-Assoziation auf möglichst großem Fuße ein Heil. Ich bitte Sie, da Sie sich für die Sache interessieren, mein "Offenes Antwortschreiben" (Zürich bei Meyer u. Zeller 1863) und mein "Arbeiterlesebuch" (Frankfurt a.M. bei Reinhold Baist 1860) lesen zu wollen, damit Sie meine Ansichten näher kennen, als dies aus den Zeitungen möglich ist.

Auch Ihre Äußerung, daß "religiöse und moralische Potenzen" mitwirken müssen, unterschreibe ich mit Umänderung dieser Worte in den Ausdruck: "sittliche Potenzen" vollkommen und von Herzen. Auf Ihren Wunsch aber einzugehen und mich auf irgend weiteres einzulassen, so lange ich Ihren Namen nicht kenne, muß mir, wie Sie bei näherer Erwägung selbst finden werden, schlechthin unmöglich sein. Meine Lage verpflichtet mich durchaus zu höchster Vorsicht. Umgekehrt ist Ihre Absicht so wohlwollend, daß sie, welche Stellung Sie auch einnehmen möchten, immer nur zu Ihrer Ehre gereichen könnte. Und überdies können Sie meiner vollen Verschwiegenheit sicher sein. -

Wenn Sie sich genannt haben, werde ich nicht verfehlen, Ihnen weitere Mitteilung zu machen, resp. wenn ich im Frühjahr nach Frankfurt komme, persönliche Rücksprache mit Ihnen zu nehmen.

Mit vollkommenster Hochachtung

F. Lassalle." (116)

Da Ketteler von Lassalle die gewünschte Auskunft nicht erhielt, wandte sich der Bischof an den in allen Fragen der Sozialpolitik damals bekannten Mitbegründer der evangelisch-sozialen Bewegung Victor Aimé Huber (117).

Der Idee der Lassalleschen Produktivassoziationen war Ketteler stets treu geblieben. Die Unterstützung dieser Genossenschaften durch den Staat hat er jedoch abgelehnt, da sie seiner Grundanschauung von der Berufung und der Befähigung der Kirche zur Lösung der sozialen Frage widersprach. Er wollte aus privaten Spenden der vermögenden christlichen Kreise Produktivassoziationen gründen. Er bat den rheinisch-westfälischen Adel um geldliche Unterstützung seiner Pläne. Diese finanzielle Hilfe wurde ihm nicht zuteil, sein Genossenschaftsplan verwirklichte sich niemals. Die Abneigung gegen die Staatshilfe konnte der Bischof auch jetzt noch nicht überwinden. Sie war so tief in ihm verankert, daß er schließlich sogar bei dem so scharf von ihm bekämpften bürgerlichen Liberalismus Anleihen machte und von ihm Vorschläge zu übernehmen, bereit war. Selbsthilfe der Arbeiter, dieser Plan von Schulze-Delitzsch, war ihm nun der Weg zur Lösung der sozialen Probleme. Kirchliche Selbsthilfe durch Gründung einer Volksbank sollte den Genossenschaftsgedanken des Bischofs verwirklichen. Auch dieses Unternehmen ist in der Theorie stecken geblieben.

Seit etwa 1860 setzte eine intensivere deutsche Sozialpolitik ein. Kettelers Haltung ihr gegenüber blieb skeptisch, ihm war und blieb die Kirche zuständig in der sozialen Frage. Lassalle nutzte seine Beziehungen zu dem weithin bekannten und einflußreichen Mainzer Bischof gegenüber den christlichen Arbeitern agitatorisch aus. Ketteler hat vom deutschen Sozialismus keinen Dank geerntet. Trotz seiner Sympathie zu den Ideen Lassalles hat der Bischof nicht verschwiegen, daß er zwar viel von Lassalle gelernt habe, aber die religiöse Fundierung seiner Gedanken vermissen müsse. Diese Äußerungen brachten ihn in scharfe Gegnerschaft zu den späteren Anhängern von Lassalle und Karl Marx. Dieser hatte auf seiner rheinischen Reise 1859 die Autorität des Mainzer Bischofs in der Arbeiterschaft persönlich kennengelernt und er war erbost über die Widerstände, die sich im rheinischen Gebiet der sozialistischen Arbeiterbewegung entgegensetzten.

In den letzten Lebensjahren verschärfte sich die Haltung der sozialistischen Presse gegenüber Ketteler. Man scheute vor persönlichen verletzenden Beschimpfungen nicht zurück. Aber in Ketteler selbst war eine Wandlung erfolgt. Angesichts der zunehmenden Feindschaft des erstarkenden deutschen Sozialismus hatte sich seine nationale Einstellung gegenüber den internationalen marxistischen Bestrebungen in der Arbeiterschaft geläutert und sein Mißtrauen gegenüber dem Staat gelegt. Nun sollten Staat und Kirche gemeinsam die schwerwiegenden sozialen Probleme der Zeit zu lösen versuchen.

1. Die Kontroverse mit dem Liberalismus und Sozialismus

Ketteler war ein ausgezeichneter Diagnostiker der Geistesströmungen seiner Zeit. Wie man einen guten Arzt daran erkennt, daß er die richtige Diagnose stellen kann, so durchschaute er die beiden großen politischen Bewegungen seiner Zeit, den Liberalismus und den Sozialismus. Nicht wenige seiner Schriften, die auf den ersten Blick nur für seine Zeit geschrieben zu sein scheinen, lesen sich heute wie erfüllte Prophezeiungen. Ohne Übertreibung darf man sagen, daß er die seltene Fähigkeit besaß, aus den Prämissen seiner Zeit die Konklusion der Zukunft zu erkennen. So fand der Absolutismus seiner Zeit, der im Liberalismus und Sozialismus teilweise noch ein verborgenes, unbeobachtetes Dasein hatte, seine offenkundige Verkörperung in dem Totalismus der Gegenwart (Nationalsozialismus, Kommunismus). Diese Entwicklung hat Ketteler "prophetisch" vorausgesehen. Das zeigt ganz eindeutig u.a. seine Schrift "Liberalismus, Socialismus und Christenthum" (118). "Gott hat eine gewisse Logik in die Weltereignisse gelegt, welche es mit sich bringt, daß die großen Verirrungen der Menschheit durch ihre Konsequenzen sich selbst zum Gericht und zur Zuchtrute werden." (119)

Aber nicht aus rein theoretischem Interesse will er die Gegenwart aus der Vergangenheit, die Zukunft aus beiden verständlich machen; er will mehr: auf diese Weise soll der Mensch zur praktischen Gestaltung der Gegenwart aufgerufen werden. "Dazu gehört aber vor allem ein richtiges Verständnis der Zeit und der Mittel und Wege, welche gerade unsere Zeit fordert, um in ihr wirksam für Recht und Wahrheit zu kämpfen. Jede Zeit hat ihre Eigentümlichkeit, während die großen Prinzipien immer dieselben bleiben. Wer nun die Eigentümlichkeiten seiner Zeit nicht kennt und sich nur in den großen Prinzipien bewegt, der führt meistens seine Schläge in der Luft und über die Köpfe seiner Zeitgenossen hinweg. Das ist nur zu häufig unser Fehler und unsere Kampfweise. Weil wir die Söhne jener Kirche sind, deren Wesen darin besteht, die großen Prinzipien, die großen Grundwahrheiten, auf denen alle menschlichen Dinge beruhen, zum Heile des ganzen Menschengeschlechtes zu verkünden, zu bewahren und zu pflegen, so geschieht es nur zu leicht, daß wir bei ihnen stehen bleiben und uns der Mühe überheben, in die wirklichen Verhältnisse einzudringen. Dadurch werden wir leicht unpraktisch und verfallen in allgemeine Redensarten, die an sich vortrefflich sind, aber eben nicht den Nagel auf den Kopf treffen, der gerade jetzt in unserer Zeit getroffen werden muß." (120)

Ketteler unterscheidet in seiner berühmten Rede "Liberalismus, Socialismus und Christenthum" auf dem Katholikentag 1871 zu Mainz drei verschiedene Phasen, die der Liberalismus seit einem Jahrhundert durchlaufen hat: "den Liberalismus in seinen Kinderjahren, den Liberalismus in seinem Mannesalter und den Liberalismus in seinem widerspenstigen Sohne, der ihm viel Kummer macht, den er gern verleugnen und uns Katholiken anhängen möchte, der sich aber fest an ihn klammert, seine Erbschaft herausfordert und seine vollkommen rechtmäßige Abstammung unbestreitbar nachweisen kann, ich meine den Sozialismus" (121). Die Entwicklung verläuft vom offenen Altliberalismus zum

gebundenen, abgeschlossenen Jungliberalismus kulturkämpferischer Prägung. Diese beiden Arten unterscheiden sich nach Ketteler in folgenden Punkten: "Der frühere Liberalismus, namentlich der aus dem Jahre 1848, war weniger ein abgeschlossenes, fertiges System, als ein Kampf gegen jenes absolutistische Staatswesen, wie es sich seit dem sechzehnten Jahrhundert mehr und mehr in ganz Europa ausgebildet hatte. Der jetzige Liberalismus, der angeblich zum Mannesalter herangereifte, ist dagegen ein abgerundetes, abgeschlossenes System, welches den Anspruch erhebt, an sich und unmittelbar gewiß und wahr zu sein, und daraus seine Berechtigung ableitet, sich überall zu verwirklichen. Was uns Christen die geoffenbarte Wahrheit ist, weil wir glauben, sie von Gott, der ewigen Wahrheit, empfangen zu haben, das ist den Anhängern dieses Systems ihre Staatsdoktrin. Wer ihr widerspricht, wird ohne weiteres in den Bann getan. Daß ihr System wahr ist, ist gewiß, weil sie es sagen. Wer es leugnet, ist ohne weiteres ein Feind der ganzen modernen Kultur, der Humanität und Vernunft, denn Humanität, Kultur und Vernunft ist alles das und nur das, was sie dafür ausgeben ... Der Liberalismus mit seinem System ist ja der absolute Vertreter aller Kultur, alles Rechtes, aller Vernunft und aller Wissenschaft. Ihm muß sich also alles unterwerfen. Was sich ihm widersetzt, ist eben Unvernunft. Das bedarf keines Beweises - er sagt es - und die Unvernunft muß eben durch den Polizeistock gezügelt werden." (122) Die Entwicklung verläuft also von der Gedankenfreiheit des alten Liberalismus zu einem terroristischen weltanschaulichen Dogmatismus.

"Ein zweiter Unterschied der früheren und jetzigen Liberalen besteht darin, daß jene im Kampfe gegen den Polizeistaat nach der Freiheit für alle strebten, während diese die Freiheit überall da mit frecher Stirne bekämpfen, wo das christliche Volk sich dem unfehlbaren liberalen System nicht unterwerfen will ... Sie waren aber ehrlich und gönnten auch ihren Gegnern die Freiheit, die sie für sich forderten. Dieser Ehrlichkeit der früheren Liberalen verdankt der jetzige Liberalismus noch manche Sympathien bei solchen, die nicht wissen, daß er sich vollständig gehäutet und ein absolut anderer geworden ist. Statt der allgemeinen Freiheit für alle vertritt nämlich der jetzige Liberalismus die ausschließliche Berechtigung seines Systems, dem gegenüber alles andere absolut unberechtigt ist ... Daher ist es in schönster Ordnung, wenn der Liberalismus jetzt wieder die Mittel des Polizeistaates hervorsucht, Ausnahmegesetze, Präventivmaßregeln, Placet usw. usw., um sie gegen die Kirche und das christliche Volk zu gebrauchen." (123) Das ist also die Entwicklung. Das altliberale Prinzip der echten Demokratie, das allen ohne Ausnahme die volle Freiheit gewährte, wird zur Diktatur.

Damit wird der Liberalismus zum absoluten Gegenteil von dem, was das Wort eigentlich besagen will. "Dem Liberalismus geht es wie solchen Trägern altberühmter Namen, die ihren hohen Ahnen wenig Ehre machen. So hat auch der Liberalismus einen schönen Namen. Wer möchte nicht liberal in der eigentlichen Bedeutung des Wortes sein? Es bedeutet ja: freigebig sein; billig sein; vorurteilslos sein; freisinnig sein; nach wahrer Freiheit streben usw. Es bedeutet also eine Gesinnung, die ebenso echt human wie christlich ist und im Christen-

tum ihre volle Verwirklichung findet. Nichts ist liberaler als die katholische Kirche - das Wort in seinem wahren Sinne genommen. Dem entspricht aber das Ding sehr wenig, welches in der Welt Liberalismus heißt." (124)

Ketteler begnügt sich aber nicht damit, die bloße Tatsache dieser Entwicklung des alten Liberalismus zum totalitären Liberalismus aufzuzeigen. Er weist auch die innere Logik, die notwendige Konsequenz dieser Entwicklung nach. Der Sozialismus des totalen Staates ist die letzte Entwicklungsstufe des Liberalismus: er ist der Testamentsvollstrecker des liberalistischen Individualismus. "Der liebe Gott sorgt aber immer dafür, daß die Bäume nicht bis in den Himmel hinein wachsen und ebenso, daß die Menschen keinen Turm bauen, der dahinein reicht. Und so hat er auch diesem unechten Liberalismus einen echten Sohn gegeben, der seines Vaters Mannesalter für ein hinfälliges Greisenalter erklärt und sich als den berechtigten Erben des Liberalismus immer kräftiger und entschiedener anmeldet, ich meine den Sozialismus." (125) Ketteler macht darauf aufmerksam, daß "wir eine Wahrheit scharf ins Auge fassen müssen. Der Sozialismus, der an sich eine der verderblichsten Verirrungen des menschlichen Geistes ist, ist vollkommen berechtigt, wenn die Prinzipien des Liberalismus wahr sind. Nur weil diese unwahr sind, darum ist auch er unberechtigt. Hätte aber der Liberalismus in seinen Prinzipien recht, so hätte der Sozialismus in seinen Folgerungen recht ... Mache ich ernst mit den Prinzipien des Liberalismus, so komme ich konsequenterweise zum Sozialismus" (126).

Beide vertreten einen absoluten Totalitätsanspruch und Diesseitsfanatismus. An die Stelle des wahren Gottes stellen sie einen innerweltlichen Götzen: die Erhebung des Menschen-Ich zum Mittelpunkt der Welt. Sie proklamieren den Staat ohne Gott. Der Staat selbst ist Gott. Jede Religion hat hier letzten Endes ihre Daseinsberechtigung verloren, und alle Lebensbereiche der Menschen müssen deshalb folgerichtig "verweltlicht" werden. Der geistige Vater dieser Ideen ist Hegel (127).

Immer wieder weist Ketteler in seiner berühmten Rede die innere Logik der Entwicklung des Liberalismus zum totalen Kollektivismus nach. Seine Ausführungen darin sind ein rhetorisches Meisterstück.

Der Sozialismus übertönt den Ruf des Liberalismus nach rechtlicher und politischer Freiheit durch die Forderung nach wirtschaftlicher Gleichheit. "Die Aufhebung der Stände nützt nichts, wenn der Besitz in den Händen weniger jede Gleichheit unter den Menschen zerstört auf allen Gebieten des menschlichen Lebens. Er zerstört die Gleichheit in der gesellschaftlichen Stellung; er zerstört die Gleichheit des Rechtes auf allgemeine Bildung; er zerstört die Gleichheit des notwendigsten und ursprünglichsten Menschenrechtes auf Erwerb der Lebensgüter ..." (128) Dieser Gleichheitsfanatismus aber in bezug auf den Besitz machte geschichtlich bereits eine Wandlung durch. Inzwischen rückte man im Lager der sozialistischen Parteien von diesem primitiven Gleichheitsfanatismus ab, weil man ihn als naturwidrig und schädlich erkannte. Die Naturordnung erweist sich stärker als alle menschlichen Versuche der Gleichmacherei.

Und in beinahe prophetischer Schau sagt Ketteler gegen Ende dieser bekannten Rede: "Wenn es heute den Sozialisten gelänge, diese absolute Macht des Staates und des Volkes im Namen der Arbeiter an sich zu reißen, so würden sie morgen schon derselben Heuchelei verfallen und nicht nach dem Volkswillen, sondern nach ihrem eigenen diese Gewalt gebrauchen. Das liegt in der Natur der Dinge, die stärker ist als alle falschen Doktrinen und diese immer wieder ad absurdum führt. Viele Zahlen lassen sich nur deshalb vereinigen, weil in jeder Zahl die Einheit liegt. Hundert sind hundert Eins, Tausend tausend Eins; damit läßt sich rechnen. Damit also die Floskel: 'Alles durch das Volk!' Wahrheit werden könnte, müßte das Volk, und zwar der Geist des Volkes, oder noch näher der Wille des Volkes, eine Einheit haben. Dies ist aber nur möglich, wenn jeder, der zum Volk gehört, an Gott glaubt und sich und seinen Willen seinem Gesetz unterwirft; namentlich also im Christentum. Bei einem wahrhaft religiösen und christlichen Volk läßt sich in einer sehr wahren und erhabenen Weise von dem Volkswillen reden. Ein Volk ohne Gott, wie es der Liberalismus und Sozialismus will, ein Volk, das dem Hegelschen Wahnsinn verfallen ist, daß es selbst der präsente Gott sei, hat dagegen keine Einheit in sich, mit der man es zu einer gleichartigen Summe zusammenrechnen könnte, und statt der Einheit hat es in jener finstern Macht, die so leicht den Willen des Menschen beherrscht, nur mehr das Prinzip der Trennung, nämlich in dem Egoismus. Ein Volk von Egoisten kann nicht eine Gewalt gründen, die es wahrhaft gemeinschaftlich vertritt. Daher kommt es, daß alle diese Gott-Staaten, die auf diesem Lügenprinzip gebaut werden, notwendig einer herrschenden Partei anheimfallen, welche den Staat für sich ausbeutet. Da ist jedes Reden von Volkswille unwahr, da ist nur die Einheit der wechselnden Interessen der Parteigenossen möglich." (129)

So zeichnet Ketteler meisterhaft das System des Liberalismus und Sozialismus und "demaskiert" beide.

Der Grundfehler des Liberalismus und des Sozialismus liegt darin, daß beide keinen richtigen und klaren Begriff von der lebendigen, freien Persönlichkeit des Menschen und der Freiheit der verschiedenen menschlichen Lebensbereiche haben. Die staatliche und nationale, die wirtschaftliche und kulturelle, die soziale und weltanschauliche Einheit eines im Sinne des Liberalismus und Sozialismus gefaßten und gleichgeschalteten Volkes ist keine innerlich-organische, sondern nur eine äußerlich-mechanische. Ein aus einer derartigen Zwangseinheit bestehendes Volk ist eine künstlich addierte Summe von Summanden, eine Masse von Einzelmenschen, die von einer Zentrale aus dirigiert wird, aber nicht eine seelisch geeinte, von innen heraus lebendige Einheit eines Volksganzen.

2. Die Zunft als Vorbild der Genossenschaft

Wachsam beobachtete Ketteler die genossenschaftliche Bewegung in Europa, vor allem in Deutschland (130). Als Verfechter der christlich-genossenschaftlichen Idee ist er entschiedener Gegner des Liberalismus und Sozialismus (131). Er steht diesen modernen Bestrebungen nicht etwa von vornherein ablehnend gegenüber; er erforscht ihre Gedankengänge und überprüft sie in ihrer Beziehung zum Christentum.

Ketteler ist konservativ (132); er ist offen für alles, was gut war und ist und mit den Grundsätzen der christlichen Lehre vereinbar ist. So steht er den Vorschlägen, die Lassalle für die Errichtung der Produktivgenossenschaften macht, besonders sympathisch gegenüber, ohne damit Anhänger seines Staatssozialismus zu werden. Als Bischof fühlt er sich in besonderer Weise verantwortlich für das leibliche und seelische Wohl seiner Gläubigen, ja aller Christen. Er stellt sich schützend vor seine Herde, um sie vor den zersetzenden Irrtümern des Liberalismus und Sozialismus zu bewahren, die ihre tiefere Ursache in einer mechanistisch-rationalistischen (materialistischen) Weltanschauung haben.

Die große vorbildliche Zeit der Geschichte sieht Ketteler - ohne die Schattenseiten zu verleugnen - im christlichen Mittelalter, das die Synthese von Religion und Kultur besaß. Der Ordo-Gedanke (d. h. auch die sinnvolle Zuordnung der Wirtschaft zu den übrigen Bereichen des Lebens) und die Beziehungen zu Gott bestimmten das Verhältnis der einzelnen zueinander und zum Ganzen. Der Universalismus und Gemeinschaftssinn waren noch eine Macht im Leben der Völker; alle Nationen des Abendlandes fühlten sich als ein Corpus Christianum unter Leitung der obersten geistlichen und weltlichen Macht.

Überaus reich ist besonders das 12. und 13. Jahrhundert an Vertretern der Gottes- und Nächstenliebe. Mit der Verheißung und Lehre von den letzten Dingen hat die Kirche des Hochmittelalters dem Streben nach irdischem Reichtum Schranken gesetzt und ihn in die Ströme und Bäche christlicher Nächstenliebe geleitet. Die Armen- und Krankenpflege stand fast ausschließlich unter der Obhut der Kirche.

Das wirtschaftliche Leben war auf den Prinzipien der Sittlichkeit aufgebaut. Eine um ihrer selbst willen betriebene Ökonomie existierte im allgemeinen noch nicht. Der Erwerb diente als Mittel zur Steigerung des sozialen und kulturellen Daseins und religiösen Lebens, nicht als Selbstzweck. Der Drang nach Macht, Reichtum, Besitz war durch eine feste geistig-sittlich-religiöse Ordnung gebändigt. Diese Ordnung beruhte nicht auf der allgemeinen Gleichheit und dem freien Spiel der Kräfte. Man war sich bewußt, daß die Gleichheit nur als Gleichheit vor Gott zu verstehen war, also im Hinblick auf das Jenseits, der im Diesseits eine Ungleichheit gegenüberstand, wie sie in der funktional-ständischen Ordnung als notwendig erkannt wurde.

Angestrebt wurde, daß jeder Mensch standesgemäß lebte. Andererseits kümmerte man sich nicht darum, wenn Bürger große Reichtümer gewannen, mithin also mehr verdienten, als der standesgemäße Lebensunterhalt erforderte. Der mittelalterliche Mensch war sich der Not-

wendigkeit einer christlichen Ordnung, auch des wirtschaftlichen Lebens, bewußt. Die Wirtschaft überließ man nicht sich selbst; man griff ordnend und regelnd ein, wo Gerechtigkeit und soziale Ordnung gefährdet waren.

Den Menschen dieser Zeit war der autoritäre Eingriff in die Wirtschaft selbstverständlich. Das Volk erwartete von den führenden Männern, daß alles gerecht und ordentlich verlief (Preispolitik, Gewerbepolitik). Übergroße Verdienste ließ man nicht zu, ebensowenig ein Verhältnis von Löhnen und Preisen, das Not und Elend breiter Schichten zur Folge gehabt hätte.

Der Geist der katholischen Kirche, der im Mittelalter auch das öffentliche Leben der Völker durchdrang, erstrebte die Förderung der Gemeinschaft. Aus diesem Geiste erwuchsen die zahlreichen religiösen Genossenschaften und Orden.

Die Zunft (133) - eine der wichtigsten Erscheinungen im wirtschaftlichen Leben des Mittelalters - ist in der Anschauung Kettelers das beste Vorbild für die genossenschaftliche Bewegung. Ihre Bedeutung reicht weit über den wirtschaftlichen Bereich hinaus; vielmehr liegt sie auf dem sozialen Gebiete im weitesten Umfange des Wortes. Sie ist der Bereich, in dem sich das Leben der städtischen Bürger abspielt.

Das mittelalterliche Zunftwesen hat eine hohe kulturgeschichtliche Bedeutung, sowohl in wirtschaftlicher als auch in religiös-sittlicher und sozialer Beziehung. Weil das mittelalterliche Zunftwesen im Denken Kettelers eine so grundlegende und entscheidende Rolle spielt, sei es an dieser Stelle in seinen wesentlichen Zügen kurz dargestellt.

Die Handwerker-Innungen standen in einem unmittelbaren Verhältnis zur staatlichen Obrigkeit, da sie den Schutz für sie übernommen hatte. Sie waren der Stadtobrigkeit unterstellt und mußten ihre Einrichtungen und Satzungen von ihr bestätigen lassen. Die Obrigkeit übte im Falle von Streitigkeiten unter den Zünften die Gewerbegerichtsbarkeit aus, regelte gemeinsam mit den Zünften die Gewerbegesetzgebung, stellte die Markt- und Gewerbepolizei, legte die Preise fest und sorgte für die Überwachung des Verkehrs. Als Aufsichtsorgane der Zünfte bediente sich die Obrigkeit der Stadt zum Teil der Zunftvorsteher, die zusammen mit den Ratsherren und dem Bürgermeister regelmäßige Kontrollgänge durchführten; die Kontrolle erstreckte sich auf alle Erzeugnisse, insbesondere auf die Lebensmittel.

Von großer Wichtigkeit war die Festsetzung der Preise, die von der Stadtobrigkeit und der betreffenden Innung vorgenommen wurde. Durch diese Maßnahme wurde einerseits die Oberhoheit der Behörde, andererseits das Gemeinwohl gewahrt, indem das Volk vor Übervorteilung, Verteuerung und Warenfälschung geschützt wurde.

Die Zünfte hatten viele Pflichten und Aufgaben. Sie erfreuten sich dafür großer Vorrechte, deren wichtigstes der sogenannte Zunftzwang war, d. h. es durfte niemand ein bestimmtes Gewerbe ausüben, wenn er nicht seiner Zunft angehörte. Betätigte er sich trotzdem in dem betreffenden Gewerbe, so galt er als Pfuscher und Handwerker zweiter Ordnung. Nie-

mand durfte ein Handwerk oder Gewerbe betreiben, ohne es selbst in der von der Innung vorgeschriebenen Weise erlernt zu haben. Zum Schutze gegen rücksichtslose Konkurrenz war es im Umkreis von einer Meile - der städtischen Bannmeile - nur den Gewerbetreibenden einer Stadt erlaubt, Waren zu verkaufen.

Ein anderes bedeutsames Recht, das die Genossenschaft und die staatliche Obrigkeit jedem Genossen der Zunft garantierte, war das Recht auf Arbeit. Die Arbeit (134) galt als von Gott gewollt und durch Christus geheiligt und als ein von Gott jedem Menschen verliehenes Recht. Man betrachtete die Berufsarbeit als ein zum Nutzen des Gemeinwohles von göttlicher und weltlicher Obrigkeit verliehenes Amt. Im Mittelalter sah man in den Berufsständen ein Prinzip religiöser, sittlicher und sozialer Ordnung.

Das eigentliche Wesen der Zünfte liegt keineswegs nur darin, daß die Genossenschaften zum Schutz und Zweck des Gewerbes existierten, sondern sie sollten "Bruderschaften" oder "Innige Vereine" (Innungen) bilden für alle gemeinsamen Zwecke des Lebens. Man kann sie treffend mit einer großen Familie vergleichen. Die Zünfte waren gemeinsame Einkaufs- und Verkaufs-, Kredit- und Rechtsschutz-Vereine.

Der Rohstoff wurde durch besonders damit vertraute Genossen der Zunft eingekauft und gerecht verteilt; oder es wurden bestimmte Einkaufs- und Verkaufsplätze angegeben. Das ganze bewegliche und unbewegliche Vermögen der Zunft gehörte der Genossenschaft und diente den einzelnen Gliedern zum Gebrauch. Jeder Meister hatte das Recht, gemeinschaftliche Anstalten der Zunft zu benutzen (Wollküchen, Walkmühlen, Färbehäuser u. a.).

Um der Überproduktion zu steuern, war auch der Umfang der Arbeitserzeugnisse nach dem Grundsatz der Gleichheit und Brüderlichkeit festgelegt. Jeder Meister durfte nur eine bestimmte Anzahl Lehrlinge und Gesellen beschäftigen. Er durfte ihre Arbeitskraft nicht übermäßig beanspruchen, z. B. nicht an Sonn-und Feiertagen oder zur Nachtzeit arbeiten lassen. Jeder Genosse stand dem anderen in bezug auf den Verkauf gleich. Ort und Zeit des Verkaufes waren geregelt; niemand durfte mehr als eine Verkaufsstätte haben.

Zum Zwecke der gegenseitigen Unterstützung wurde das Vermögen der Zunft - außer für Alters-, Kranken- und Witwen-Unterstützung - auch zu Vorschüssen und Darlehen an bedürftige Mitglieder der Zunft verwandt. Jede Zunft war auf diese Weise ein Vorschuß- und Kreditverein.

In der Zeit der Blüte bildete jede Zunft eine Rechtsgenossenschaft, die durch sich selbst nach innen und außen Recht und Frieden schützte. Im Interesse des Standes übten die von den Meistern gewählten Zunftvorsteher eine Art Sitten- und Gewerbepolizei aus. Jede Zunft hatte außerdem ihr Standesgericht, das öffentlich, mündlich und unentgeltlich entweder im Zunfthause oder in Kirchen und auf Kirchhöfen gehalten wurde. Die Zunftvorsteher leiteten auch die geselligen Zusammenkünfte in den Zunfthäusern und vertraten ihre Genossenschaften im Rat der Stadt.

Um die gemeinsamen Rechte und Vorteile des Handwerkerstandes zur Geltung zu bringen, vereinigten sich oftmals die gleichartigen Zünfte einer Stadt oder anderer benachbarter Städte, eines ganzen Kreises und Landes zu Städte-, Kreis- und Landesverbänden. Dieselben hielten wiederholt Zusammenkünfte ab, trafen allgemein verbindliche Bestimmungen über die Art und Weise der Arbeitszeit, über die Lehr- und Wanderzeit. In diesen Vereinigungen der Zünfte liegen die ersten Anfänge allgemeiner Gewerbeordnungen für das ganze Reich.

Die Zunft - als große Familie gedacht - baute sich auf aus Meistern, Gesellen und Lehrlingen. Der Lehrling wohnte beim Meister und galt als Familienmitglied. Der Meister war für den Lehrling in jeder Beziehung verantwortlich.

Neben der Erlernung des Handwerks wurde auch auf die religiös-sittliche Erziehung des Lehrlings geachtet. Der Meister hielt den Lehrling zum Kirchenbesuch an, erzog ihn zur Gottesfurcht und Ehrbarkeit, als ob er sein eigener Sohn wäre.

Die Gesellen wohnten ebenfalls im Hause des Meisters. Sie hatten eine geachtete Stellung und waren mit vielen Rechten ausgestattet. Sie bildeten eigene Innungen mit Zunftzwang und waren den Zünften der Meister untergeordnet. Die Arbeitslöhne waren relativ hoch, und die Gesellen erfreuten sich in der Blütezeit des Zunftwesens eines direkten Wohlstandes.

Was dem mittelalterlichen Genossenschaftswesen Festigkeit, Aufschwung und idealen Charakter verlieh, war die Religion und Sittlichkeit, die in den Zünften eifrig gepflegt wurden. Waren viele Zünfte überhaupt aus religiösen Vereinigungen hervorgegangen, so behielten sämtliche Innungen während der Blütezeit und teilweise bis zu ihrem Niedergang und Verfall ein religiöses Gepräge. Jede Zunft hatte ihren Schutzheiligen, dessen Fest mit großer Feierlichkeit gehalten wurde. Die Mitglieder der Zunft beteiligten sich an den kirchlichen Prozessionen. Man achtete streng auf die Heiligung der Sonn- und Feiertage, auf die Beobachtung der Kirchengebote und ermahnte auch durch die Statuten die Mitglieder zur Gottesfurcht, Frömmigkeit und Pflege der christlichen Tugenden. Zahlreiche Innungen besaßen ihre eigenen Altäre oder Kapellen im Gotteshaus und glichen in vielen Dingen religiösen Bruderschaften.

Mit wahrer Religiosität ist echte christliche Nächstenliebe und Sittlichkeit gepaart. Daher wachten die Zünfte streng über Ehrlichkeit, Zucht und Ordnung bei den Genossen.

Aus dem religiös-sittlichen Charakter der Innungen gingen auch die vielen karitativen Einrichtungen zur gegenseitigen Unterstützung hervor. Alle Meister, die arbeitsunfähig waren, ebenso ihre Witwen und Waisen hatten Anspruch auf Unterhalt durch die Zunft. Es gab also damals bereits eine Witwen-, Kranken- und Altersversorgung.

Die mittelalterlichen Zünfte hatten in ihrer Blütezeit eine große sozialpolitische Bedeutung. Diesen Genossenschaften ist es zu verdanken, daß allgemeiner Wohlstand unter der Bevölkerung herrschte. Massenarmut kannte man im Mittelalter nicht; dafür sorgten christliche Näch-

stenliebe und christlicher Gerechtigkeitssinn. Eine unredliche Konkurrenz unter den Handwerkern oder unter den Vertretern des Kapitals kam nicht auf.

Durch die Schaffung der Zünfte wurde im Mittelalter ein neuer, freier gewerblicher Bürgerstand neben dem mächtigen Patrizierstand geschaffen. Es ist das große Verdienst der Zünfte, daß sie zur Heranbildung eines strebsamen Bürgertums wesentlich beigetragen haben. Im engen Anschluß an die Kirche stärkten sie den Geist der Zusammengehörigkeit und einer berechtigten Standesehre. Sie trugen viel zur Förderung des Solidaritätsgefühls des niederen Kleinbürgertums gegenüber dem höheren oder der Aristokratie bei. Dieser neue Bürgerstand erwarb sich durch seine Einigkeit und infolge seiner wirtschaftlichen Bedeutung allmählich die politische und soziale Gleichstellung mit dem Patrizierstand.

Das mittelalterliche Zunftwesen entstand auf deutschem Boden und erlangte auch hier seine vollendete Ausformung. Von Deutschland aus verbreitete es sich über ganz Europa und verschaffte der deutschen Sitte und Bildung großes Ansehen. Die mittelalterlichen Zünfte bildeten durch ihre straffe Organisation nach innen und außen auch eine solide Basis für die staatliche Ordnung. Sie waren eine lebensstarke Wurzel der aufblühenden Städte. Deutscher Volkscharakter und deutsches Volkstum wurden in ihnen gepflegt, und sie wurden somit in religiöser, sozialer und politischer Hinsicht zu einer bedeutenden Institution der Gesellschaft und des Staates.

Die Blütezeit des Zunftwesens fällt in das 14. und 15. Jahrhundert. Mit dem Beginn der Reformation setzt allmählich die Auflösung und der Verfall dieser wichtigen kulturgeschichtlichen Genossenschaft ein.

Welche Bedeutung hat nun die mittelalterliche Zunft in ihrem Aufbau und Wesen für Ketteler gehabt und inwiefern hat ihre Organisation nachweislichen Einfluß auf sein Denken gewonnen?

Ketteler will nicht eine Rückkehr zu den Formen der alten Zünfte; er hält aber das Prinzip für richtig, auf dem die Zünfte aufgebaut sind (135). Die mittelalterlichen Zünfte beruhten auf dem Prinzip der Autorität (136) und Freiheit (137). Jede Autorität aber ist ein Ausfluß der göttlichen Autorität "und soll sie in allen Verhältnissen, wo sie auftritt, in den höchsten und niedrigsten Formen repräsentieren" (138). Daher hält er es geradezu für lächerlich, für diese Autorität eine Art Surrogat in dem Volkswillen finden zu wollen.

Autorität und Freiheit, die in ihrem Wesen in Gott verankert sind, können durch den Menschen mißbraucht werden: die Autorität durch den Egoismus, die Freiheit durch den Ungehorsam gegen das rechtmäßige Gesetz und die rechtmäßige Autorität. Mißbrauch der Autorität oder der Freiheit ist Sünde. Auch die Freiheit kann bis zu einem äußersten Grad des Verderbens führen, "wo sie dann gleichfalls mit einer gewissen Notwendigkeit ihr Gegenteil hervorruft" (139). Diese Grundverhältnisse spiegeln sich in allen menschlichen Lebensbereichen wider.

Der Zunftzwang repräsentierte in gewisser Hinsicht die Autorität, die den Mißbrauch der Freiheit verhindern sollte. Er war seiner Idee nach ein Schutz für die Arbeiter, eine Art Vertrag zwischen dem Arbeiterstand und der Gesellschaft. Wichtig ist in diesem Zusammenhang Kettelers Fußnote: "Vertrag soll hier nur ein zweiseitiges Rechtsverhältnis ausdrücken, das aber nicht durch einen Privatakt der Kontrahenten, sondern durch die Natur der Sache von Gott gegründet ist." (140) Durch diesen Vertrag verpflichtet sich der Arbeiterstand zu der vorgeschriebenen Arbeit, die Gesellschaft aber gewährt den Arbeitern durch die Beschränkung der Konkurrenz einen höheren Lohn, um ihre Lebensexistenz zu sichern und sie nicht den täglichen Schwankungen des Marktes preiszugeben. Es ist nach den Worten Kettelers "ein nicht beabsichtigtes, aber dennoch in der Tat ein wahres Verbrechen an der Menschheit, alle diese Schutzmittel aufzuheben, um den Menschen mit der unendlichen Verschiedenheit seiner Individualität und aller seiner übrigen Verhältnisse auf die tägliche Konkurrenz mit dem ganzen Menschengeschlecht anzuweisen" (141).

Es wäre nach der Auffassung Kettelers die Aufgabe der Staatsgewalt gewesen, "den Mißbrauch, der in den Zunftzwang eingedrungen war, von dem zu unterscheiden, was in ihm wohlberechtigt war, und es mit dem zu verbinden, was auch die Forderung der Gewerbefreiheit Berechtigtes hat" (142). Ketteler sieht ein moralisches Recht darin, daß der Arbeiter (143) - wie jeder andere Stand - eine gesicherte und geschützte Existenz hat, die nicht täglich durch die freie Konkurrenz in Frage gestellt wird.

3. Ketteler und Schulze-Delitzsch

Der Liberalismus war im Deutschland des 19. Jahrhunderts eine starke geistige Macht. Die liberale Strömung, die von der Französischen Revolution ausging und alle Lebensgebiete beeinflußte, forderte eine unbeschränkte Freiheit für das Individuum. Sie erhob die Autonomie des Menschen zum ausschließlichen sozialen Prinzip. Das Wesen des Liberalismus bestand darin, daß er die absolute Eigenberechtigung und Eigengesetzlichkeit der Lebensbereiche behauptete. Auch die Wirtschaft galt als absolut selbständig, d. h. ohne Seins- und Sinnzusammenhänge mit irgendwelchen anderen Gebieten. Es gibt keine Gesetze, die von außen her auf die Wirtschaft einen Einfluß ausüben sollten, sie sollte vielmehr dem freien Spiel der Kräfte überlassen bleiben.

Nach der Auffassung des Liberalismus hat der Mensch unbeschränkte Freiheit im wirtschaftlichen Leben. Der freie Wettbewerb soll herrschen, bei dem das Angebot durch die Nachfrage, die Erzeugung durch den Bedarf geregelt wird, und zwar würde sich dieses Wechselspiel "vollkommen naturgesetzlich" (Harmonie-Glaube) vollziehen, also keiner höheren Steuerung bedürfen. Grundlage dieser freien Wirtschaft war das Privateigentum, das zu einer absolut freien Verwendung berechtigte. Der Arbeitgeber, in dessen Händen sich das Kapital befand, konnte ganz nach Belieben Arbeiter anstellen und entlassen. Dem Arbeiter aber war eine Koalition zur Durchsetzung seiner Rechte - da dies der proklamierten individualistischen Freiheit widersprach - verboten. Man sagte, gleiches Recht für alle: Der Arbeitgeber kann Arbeiter nach seinem Belieben einstellen und entlohnen. Dem Arbeiter steht es andererseits frei, die Arbeit anzunehmen oder abzulehnen. Daß diese Freiheit nur scheinbar bei den beiden Sozialpartnern gleich ist, weil hier ein Mächtiger einem Schwachen gegenübersteht, ist offensichtlich.

In der Beurteilung des Liberalismus ist positiv zu werten, daß er das wirtschaftliche Leben aus den zu engen mittelalterlichen Verhältnissen befreit und die Tore zur Entfaltung der Volks- und Weltwirtschaft geöffnet hat. Auch hat er insbesondere große Verdienste in der Aufwertung der Person. Das Naturrecht trat seit der Französischen Revolution immer mehr in Erscheinung. Seine Struktur aber ist mit den ökonomischen Verhältnissen verbunden. Es ist dem Liberalismus auch zuzuschreiben, daß er die Idee der freien Persönlichkeit und die Notwendigkeit der persönlichen Initiative wieder herausgestellt und betont hat. Er hat auf die Freiheit und Gleichheit der sittlichen Persönlichkeit hingewiesen und sich große Mühe mit der Bildung der Menschen gegeben (z. B. durch die Arbeiterbildungsvereine).

Die liberale Wirtschaftsform führte zu einer Zusammenballung des Kapitals, zur Macht in den Händen weniger. Weite Kreise des Volkes bildeten das "Proletariat". Klar erkannte Ketteler die Übermacht des Kapitals (144) und die Auswirkung der modernen Industrie durch die Leistung der Maschine.

"Erstens vermindert sie die Zahl der selbständigen Arbeiter und vermehrt die Masse der eigentlichen Taglöhner und Lohnarbeiter. Das ist evident und eine mit mathematischer Notwendigkeit eintretende Folgerung aus den herrschenden volkswirtschaftlichen Prinzipien. So sind bekanntlich in Paris die meisten selbständigen Kutscher zugrunde gegangen und zu Dienstleuten geworden, seitdem eine Gesellschaft von Kapitalisten fast das gesamte Transportwesen in Paris in Betrieb genommen hat. So geschieht es, wenn über gewaltige Kapitalien gebietende Bauunternehmer oder Baugesellschaften sich dieses Gewerbszweiges bemächtigen. Sie kaufen Grund und Boden, liefern die Steine, Kalk und Holz, besorgen den Transport, führen die Gebäude auf und richten sie ein; alles, was früher selbständige Meister und Gewerbsleute waren, tritt in das Verhältnis von Lohnarbeitern. Dasselbe Verhältnis tritt bei allen anderen Geschäften ein. Je größer das Kapital, desto mächtiger wirkt es in dieser Richtung. Wenn wir bedenken, wie massenhaft jetzt schon das Kapital in einzelnen Händen und in einzelnen Gesellschaften angewachsen ist, so müssen wir bekennen, daß die Wirkung, welche in dieser Hinsicht das Kapital in Zukunft üben wird, noch gar nicht abgesehen werden kann. Die Zahl der eigentlichen Lohnarbeiter und Taglöhner muß ins Unermeßliche zunehmen, da sich die Geschäfte notwendig mehr und mehr konzentrieren werden. Die zweite Wirkung des Kapitals besteht darin, daß es in der Verbindung mit der Maschine *) den Preis der Ware mehr und mehr herabdrückt. Der Preis der Ware, die das Kapital mit der Maschine produziert, bestimmt sich nicht mehr nach dem Lebensunterhalt der Arbeiter, sondern nach dem Kaufpreis der Maschine und den Betriebskosten derselben, und mit diesem Warenpreis muß nun der Arbeiter konkurrieren. Er steht jetzt nicht bloß anderen Arbeitern in der allgemeinen Konkurrenz gegenüber, die, wie er, essen und trinken und schlafen müssen, sondern er steht einer Maschine gegenüber, die ohne Hunger und Schlaf, rastlos, nicht mit bloßer Menschenkraft, sondern mit vieler Pferdekraft Tag und Nacht fortarbeitet. Während die arme Näherin endlich müde niedersinkt, arbeitet die Nähmaschine mit einer Geschwindigkeit, die zahllose Hände nicht erreichen können, und doch muß sie mit dem Nähpreis sich begnügen, bei dem die Maschine noch arbeiten kann." (145)

Auch der Klassenkampf geht auf das Schuldkonto des Liberalismus.

*) "Hiermit sage ich selbstverständlich nichts gegen die Maschine selbst. Die Benutzung der Naturkräfte im Dienste des Menschen ist ein Sieg des Geistes über die Materie und kann, recht benutzt, zu einer immer größeren Befreiung des Menschen von der Not und Knechtschaft der materiellen Arbeit dienen."

Das Lebenswerk von Schulze-Delitzsch, die Gründung liberaler Arbeitervereine und Genossenschaften, ist ein Beweis dafür, daß die Notwendigkeit einer Korrektur des Liberalismus hier wohl zuerst erkannt wurde. Ketteler lehnte den Liberalismus mit seinen Forderungen nicht radikal ab. Eine Skizze, die wahrscheinlich vom Ende 1863 oder Anfang 1864 stammt, spricht dies in ihrem einleitenden Text klar aus:

> "Die Manchester-Schule, die liberale Volkswirtschaftslehre war relativ notwendig. - Zahllose Landesherren mit absoluten Souveränitäten; folglich zahllose Landesgrenzen mit ihren Zollhäusern; alle Verkehrswege, namentlich die Flüsse durch Zölle gehemmt; eine ungemessene Anhäufung von Grund und Boden in Händen der toten Hand; ein entartetes, verknöchertes Zunftwesen etc. etc.
>
> Das Alles hatte die Gesamtheit aller Tätigkeit derer, die auf den unmittelbaren Lebenserwerb hingewiesen sind und die so mächtig sind, wie die Bodenhefe der unentwickelten Treber, in eine so enge Zwangsjacke eingezwängt, daß diese endlich platzen mußte, und das enge Hemd zerriß in tausend Fetzen. Die Prinzipien der Manchester-Schule, die Revolution untergruben die Fundamente der alten Form der auf materiellen Erwerb gerichteten Volkstätigkeit, so daß seitdem eine Mauer nach der andern umgestürzt ist, und nur noch rudera vorhanden sind.
>
> Das alles wäre nicht eingetreten, wenn die betreffenden Institutionen sich entsprechend weiter entwickelt hätten. Auch der Mangel einer wissenschaftlichen Behandlung der volkswirtschaftlichen Interessen trug Schuld daran. Man ließ das alles gehen, wie es ging.
>
> Die Entwicklung seitdem war auch krankhaft. Das Wasser, welches das zu enge Gefäß zersprengt, hat Recht; wenn es aber jetzt nach allen Seiten ausströmt, so etc. Der Dampf etc. ... So war es seitdem mit der liberalen Volkswirtschaftslehre bis heute. Ihre Folgen haben sich in England entwickelt. Die Zustände im Jahre 1832 das Vorbild: Erstens immense Entartung der Arbeiter; zweitens ein Aussaugen des Arbeiterlebens bis auf das Mark, selbst des Kindes, ein wahrhaft an einer ganzen Masse vollzogener Mörderprozeß. Drittens ein vor keinem Mittel zurückschreckender Haß zwischen Kapital und Arbeiter, ein Ringen auf Leben und Tod. Ganz dasselbe wird in Deutschland geschehen." (146)

Wenn man die Auseinandersetzung Kettelers mit Schulze-Delitzsch in seiner Schrift "Die Arbeiterfrage und das Christenthum" kritisch verfolgt und betrachtet, muß man feststellen, daß er sich nicht ernstlich genug mit der von Schulze-Delitzsch vorgetragenen Idee der freien sozialen Selbsthilfe der Arbeiter befaßte und sie richtig würdigte. In dieser Schrift bringt er den Bemühungen und Bestrebungen von Schulze-Delitzsch noch wenig Verständnis entgegen. Seine Argumentation wird der Wandlung, die der wirtschaftliche Liberalismus in Deutschland durch Schulze-Delitzsch vollzogen hat, nicht gerecht. Ketteler hat als entschiedener Gegner des Liberalismus von vornherein keinen Sinn für

die freien Genossenschaften im Sinne Schulze-Delitzsch's, da sie jeden Einfluß der Kirche und des Staates ausschlossen.

Ketteler sah wie Schulze-Delitzsch in der Genossenschaft eines der kräftigsten Mittel, um die Not des Arbeiters zu beheben. Er betonte aber, daß der Gedanke der Genossenschaft nicht neu ist. Was der deutsche Geist auf den verschiedensten Gebieten des menschlichen Daseins hervorgebracht hat, bildete sich in genossenschaftlichen Formen. Die Familie, die bürgerliche Gemeinde, der Staat, die christliche Gemeinde, die Innungen und Zünfte und zahllose andere Formen des gesellschaftlichen Lebens waren auf der Idee aufgebaut, "daß nach einem Naturgesetz die Menschen sich verbinden müssen, wenn sie nach allen Seiten ihres Lebens ihre Bestimmung erreichen und ihre notwendigen Bedürfnisse befriedigen wollen" (147). Der Genossenschaftsgedanke wäre mit den Prinzipien des Liberalismus unvereinbar, lautete seine nicht unbedingt haltbare Behauptung. Die soziale Selbsthilfe war nach seiner Auffassung das demütige Bekenntnis, daß das eigene stolze "Selbst" sich allein nicht helfen könne.

Außerdem glaubt Ketteler noch einen anderen Widerspruch zu sehen. Die Genossenschaften im Sinne Schulze-Delitzsch's sollen dem Handwerker und Arbeiter einen Schutz gegen die Zustände bieten, die aus der allgemeinen individuellen Selbsthilfe entstehen. Damit wird doch wieder eine Art Handelsgrenze und Gewerbezwang eingeführt und versucht, die allgemeine Konkurrenz einzuschränken. Wenn der Liberalismus mit sozialer Selbsthilfe den Gedanken verbindet, daß der Arbeiter - in Genossenschaft vereinigt - sich mit Ausschluß jeder fremden Hilfe selbst helfen soll, daß also die Genossenschaften als solche jede fremde Hilfe ablehnen sollen, so ist das eine Willkürlichkeit und absolut unmotiviert. Diese Auffassung steht doch eigentlich im Widerspruch zum Liberalismus selbst, der seine moralische und intellektuelle Hilfe immer wieder den Arbeitergenossenschaften anbietet. Wenn der Arbeiter und die Genossenschaft sich selbst helfen, so gut sie können, dann haben sie auch ein natürliches und vernünftiges Recht, von allen Seiten Hilfe anzunehmen, wo sie ihnen geboten wird.

Das ganze Menschengeschlecht ist von Natur aus eine große Genossenschaft, die mit dem stolzen Gedanken der Selbsthilfe von dem ersten bis zum letzten Augenblick des Lebens nicht auskommt (148). Der einzelne Mensch ist täglich auf den anderen angewiesen. Aus diesem Grunde gehört auch selbst das Almosen, "das der Reiche den Armen darreicht, in richtigem Verständnis ebenso gut zur sozialen Selbsthilfe wie jede andere Tat, der die Verschiedenheit der Menschen ausgleichenden gegenseitigen Hilfe und Liebe" (149).

Ketteler lehnt dieses moderne Genossenschaftswesen ab, weil es - und hierin liegt der tiefste Grund - auf dem mechanischen Gesellschaftsprinzip beruht, das die Menschen nur äußerlich miteinander verbindet (150). Dieses Prinzip zerstört die von Gott gegebenen organischen Genossenschaften (Familie, Gemeinde, Stand u. a.), in denen eine Fülle geistiger und sittlicher Kräfte tätig ist (151).

Auch die Staaten und Völker, sagt Ketteler, sind solche moralischen Korporationen, in denen "zahllose moralische Kräfte, Heimat, Vaterland, Geschichte, Glück und Unglück die Menschen organisch verbinden" (152).

Ketteler hält an dem genossenschaftlichen Prinzip der Zünfte fest, in denen das materielle Interesse, das die soziale Selbsthilfe bieten soll, zugleich mit zahlreichen sittlichen und geistigen Ideen gekoppelt war. Sie machten die Genossenschaften zu einem lebendigen Organismus.

Das Christentum umfaßt gerade die wahren und großen Ideen und die lebendigen Kräfte, die die Genossenschaften zu lebendigen und lebenskräftigen Körperschaften zusammenschließen. Ketteler betrachtet es als sinnvoll, gewisse Genossenschaften als Korporationen zu bezeichnen. Der Körper ist ja die vollendete Vereinigung der Teile, die durch die Seele als dem Lebensprinzip verbunden sind. "Wir nennen daher solche Genossenschaften Korporationen, die gewissermaßen eine Seele in sich tragen und dadurch die Teile der Genossenschaft vereinigen" (153).

Wenn auch der unmittelbare Zweck der Genossenschaft ganz irdischer Art und dem gewöhnlichen Leben zugewendet ist, so empfängt sie doch einen höheren bindenden Geist, wenn sie auf christlichen Fundamenten gegründet ist.

Ebenso verhält es sich mit dem Vereinswesen. Nur das Christentum zeigt Mittel und Wege zu seiner Erfüllung und Vollendung. Der Bischof steht positiv zu dem Handwerkerverein (154), der seit einigen Jahren gegründet ist und sich auf genossenschaftlicher Grundlage zum Wohle der Arbeiter betätigt. Sehr lobend spricht er sich über die katholischen Gesellenvereine (155) aus, die Adolf Kolping als ein Beitrag zur Lösung der Arbeiterfrage auf katholischer Seite ins Leben gerufen hat.

Der christliche Geist findet seinen höchsten Ausdruck in dem Hauptgebot der Gottes- und Nächstenliebe. Der hl. Augustinus sagt, daß dieses göttliche Gebot drei Grundgebote enthalte: das Gebot der Liebe Gottes, das Gebot der Selbstliebe und das der Nächstenliebe. Die in diesem Hauptgebot gegebene göttliche Ordnung ist die belebende Kraft, die das Christentum allen Genossenschaften, die von ihrem Geiste getragen sind, mitteilt. Die christlichen Genossenschaften sind insofern lebendige Organismen; sie sind "Organisation", nicht "Maschine"(156). Die Genossenschaften des Liberalismus dagegen stellen mechanische Zusammenfügungen von Menschen dar, die Nützlichkeitsgründe zum Zusammenschluß bewegt.

Die weltanschauliche Haltung der liberalen Partei verwirft Ketteler, weil sie die Tendenz hat, "alles, was die Menschen organisch verbindet, was sie lebendig, was sie geistig, was sie sittlich, was sie human und menschlich eint, aufzulösen und sie dann wieder in den mechanischen Vereinen und Genossenschaften zu komponieren und zu verbinden, die diese neuen Erlöser des Menschengeschlechtes uns bieten" (157).

Ketteler bestreitet, daß die von der liberalen Partei vorgeschlagenen Genossenschaften imstande sind, dem Arbeiter wirksam zu helfen. Die Vorschuß- und Rohstoffvereine kommen zwar für den Handwerker, aber nicht für den Lohnarbeiter in Frage. Die Konsumvereine sind eine kleine Hilfe für den Arbeiter. Durch sie kann der Notstand des Arbeiters wohl etwas erleichtert, nicht aber behoben werden.

Ketteler bezweifelt nicht, daß diese Genossenschaften manches Gute leisten (188). Er behauptet aber, daß die Prinzipien, "von denen diese ganze Tätigkeit ausgeht, den Arbeiterstand unendlich mehr beschädigen, als sie ihm nützen" (159). "Dieser Versuch", so lautet sein vernichtendes Urteil, "das Menschengeschlecht nach dem platt rationalistischen Standpunkt der vier Spezies zu behandeln, wo zuletzt alle Religionen, alle Politik, alle Weisheit und alle Menschenfreundlichkeit und Humanität im Addieren, Subtrahieren, Multiplizieren und Dividieren der in Atome aufgelösten Menschheit bestände, ist eine Versündigung gegen die menschliche Natur und die göttliche Weltordnung, welche nur scheitern und das Verderben mehren kann" (160).

Zum Abschluß seiner Kritik an den liberalen Vorschlägen lehnt er auch die Produktivassoziationen im Sinne Schulze-Delitzsch's ab. Er geht nur kurz darauf ein. Er sieht es als eine niederschmetternde Selbstkritik für Schulze-Delitzsch an, daß dieser in seinem Arbeiter-Katechismus schreibt, daß die Produktivassoziation ihre höchste Blüte in England bereits erreicht hat und daß "ein ferner Krieg weit jenseits der Meere" (161) - die amerikanischen Kriege - genügt, eine große Masse der Arbeiter brotlos zu machen. Deshalb können nach der Anschauung Kettelers diese Produktivassoziationen keine Gewähr bieten, dem Arbeiter eine dauerhafte, krisenfeste und gesicherte Existenz zu verschaffen.

In der sehr scharfen, ablehnenden Beurteilung der Genossenschaften von Schulze-Delitzsch lehnt sich Ketteler weitgehend an das "Offene Antwortschreiben" (162) an, das Lassalle am 1. März 1863 an ein Leipziger Arbeiterkomitee geschrieben hat. Später scheint er die Genossenschaften von Schulze-Delitzsch positiver zu beurteilen. Nach einer unveröffentlichten Notiz wollte er einen Verein gegründet wissen, der im christlich-katholischen Geiste Genossenschaften im Sinne von Schulze-Delitzsch, Handwerkervereine, Produktivgenossenschaften zugleich fördern sollte (163).

Die dargelegte Kontroverse zwischen Ketteler und Schulze-Delitzscn in seirer Schrift "Die Arbeiterfrage und das Christenthum" zeigt deutlich, daß Ketteler als Mann des westfälischen Adels von der alten Ständeidee und vom Ständestaat nicht losgekommen ist und in "romantischer" Erinnerung in der Zunftordnung das Heil der modernen Gesellschaft erblickte. Hier wirkte in ihm jene organische Denkweise und Geisteshaltung vom Wesen der Gemeinschaft nach, die in der Theologie des hl. Paulus begründet ist, nach der die Kirche eine mystische Gliedgemeinschaft bildet. Ketteler ist und bleibt immer wieder in dem geistigen Kampf seiner Tage der in den Ideen seiner Zeit lebende katholische Theologe und Seelsorger. Er fühlte sich berufen und verpflichtet, der vorwiegend materialistisch gewordenen Gesellschaft der kapitalistischen Zeit den genossenschaftlichen Geist des Christentums zu verkünden.

4. Ketteler und Lassalle

Der 1825 in Breslau geborene Lassalle studierte Philologie und Philosophie an den Universitäten in Breslau und Berlin. Sein Weg zur Beschäftigung und Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Problemen führte über die Philosophie Fichtes und Hegels zur Politik. Sein politisches Denken wurde auch durch den Radikalismus Heines und Börnes beeinflußt, dessen Zielsetzung darin bestand, den Völkern die Freiheit zu bringen. Durch den Aufstand der schlesischen Weber lernte Lassalle in Breslau aus nächster Nähe die Bedeutung der sozialen Frage kennen. Den Studenten (1845 - 1847) beschäftigten mehr philosophische Probleme. Auf seinen Reisen nach Paris suchte er keine Auseinandersetzung mit sozialen Fragen.

Erst die Bekanntschaft mit Karl Marx in Köln weckte Lassalles Interesse an der Politik. Hier lernte er die Männer kennen, die nicht dieses politische Ideal des Bürgertums, den demokratischen-nationalen Einheitsstaat, verfolgten, sondern die klassenlose Gesellschaft gemäß dem 1848 erschienenen Kommunistischen Manifest. Als Jünger von Karl Marx trat Lassalle in Köln als kommunistischer Volksredner auf. In Düsseldorf und Köln setzte er seine politische Tätigkeit fort. In Neuß bereitete die Verhaftung seinem weiteren revolutionären Wirken ein Ende. Beim Ausbruch der revolutionären Bewegung von 1849 wurde er erneut in Haft gesetzt.

In den folgenden Jahren setzte sich Lassalle für den Düsseldorfer Arbeiterverein ein. Hier sammelte er sich einen Stamm von Anhängern, die im Laufe seines politischen Schaffens (1863) treu und fest hinter ihm standen. Die politisch ruhigen Jahre benutzte er zu wissenschaftlicher Arbeit und schuf seine Hauptwerke: "Heraklit" (vollendet 1856), "Sickingen" (1857/58). Mit der Schrift "Das System der erworbenen Rechte" (1861) führte er sich in das öffentliche Leben als Vertreter der Interessen der Arbeiter ein. Lassalle bekannte sich offen zum Marxismus und war mit seinem Lehrmeister vor allem darin einig, daß die Ausbeutung der Arbeiter durch den Großkapitalismus den Grad der Erträglichkeit längst überschritten habe. Auch Lassalle wollte eine neue Gesellschaftsordnung auf den Ruinen des kapitalistischen Klassenstaates begründen. In der Wahl der Mittel aber wich er wesentlich von Karl Marx ab. Dieser glaubte sein Ziel nur durch eine revolutionäre Bewegung erreichen zu können. In seinem "Kommunistischen Manifest" rief er den Arbeitern aller Zonen zu, sie sollten vereint die Brandfakkel schwingen und die besitzenden Klassen mit überlegener Kraft aus ihren Pfründen "expropriieren".

Lassalle wollte mit friedlichen Mitteln an sein Ziel kommen. Er sah es in der Errichtung eines besonderen "Arbeiterstaates" verwirklicht, in dem es nur noch Herren und keine Diener mehr geben würde. Er wollte auf dem Wege der Gesetzgebung und mit Hilfe der öffentlichen Meinung erreichen, was Marx durch die Revolution des Proletariats erstrebte.

Zunächst versuchte er es mit einer Reform der Rechtswissenschaft. Er bestritt dem geltenden positiven Recht, daß es noch vor dem Forum einer von wahrer Humanität getragenen Rechtsphilosophie bestehen könne. Die gegenwärtige Rechtsphilosophie müsse angesichts des Elends und der Ausbeutung der arbeitenden Klassen durch das Großkapital der aus der römischen Rechtsauffassung geborenen und bisher allgemein in Deutschland anerkannten Rechtsidee einen ganz neuen Inhalt geben. Der starre römische Begriff des Eigentums wäre im deutschen Recht nicht mehr zu vertreten; er würde dem nur Not und Elend bringenden freien Spiel der Kräfte weitesten Vorschub leisten. Er würde auch dazu führen, daß der Staat nur die großen Interessen der besitzenden Klasse als öffentlich-rechtliche beurteile und mit seinem Schutze versehe; die der wirtschaftlich abhängigen Elemente vernachlässige er, weil er ihnen nur eine privatrechtliche Natur zuerkenne.

Auch die Arbeiter hätten allmählich besondere Rechte erworben, die auch die Gesamtheit lebhaft interessieren würden. Das müßte in der neuen Rechtsordnung voll und ganz berücksichtigt werden. Eine solche, vom Geist wahrer Humanität und Gerechtigkeit getragene Rechtsordnung würde sich auch wohl durchführen lassen, wenn man die erworbenen Rechte der bürgerlichen Gesellschaft mit den Prinzipien der neuen Arbeiter-Reformbewegung zu einer höheren Einheit verarbeiten könnte. Die Auffassung, daß der Arbeitgeber ein Privatrecht an fremder Arbeit hätte, würde sich unmöglich noch länger aufrecht erhalten. Folge man dagegen nicht der Vernunft, wäre allerdings die gewaltsame soziale Revolution unvermeidlich, denn in der jetzt bestehenden Wirtschaftsordnung würde der Arbeiter durch das "eherne Lohngesetz" für immer an einer Erhöhung seines Lebensstandards gehindert. Er müßte notwendigerweise verelenden und letzten Endes in Verzweiflung geraten.

Lassalles historische Stunde schlug, als in der "Konfliktszeit" die Auseinandersetzung des preußischen Staates mit dem Liberalismus der Fortschrittspartei die Gemüter erregte. Seine Feindschaft gegen den Liberalismus führte ihn an die Seite Bismarcks, der ebenfalls ein Gegner des Liberalismus war. In dieser bedeutsamen geschichtlichen Stunde wollte er die Verbindung von Demokratie und Sozialismus schaffen. Eine Sozial-Demokratie war das Ziel, auf das er zusteuerte. In diesem eigenartigen Gedanken Lassalles lag von Anfang an ein Gegensatz zu Karl Marx: Lassalle erstrebte den demokratischen Sozialstaat nationaler Prägung.

Lassalles Staatsidee bleibt vom Idealismus abhängig. Für ihn gibt es, wie für Fichte und Hegel, einen Idealstaat, dem eine sittliche Aufgabe in der Menschheitsgeschichte gestellt ist: die Entwicklung des Menschengeschlechtes zur Freiheit. In ihm war die im Ethos des deutschen Idealismus begründete Überzeugung von der sittlichen Größe des Staates fest verwurzelt.

Nur ein gutes Jahr war Lassalle für seine politische Tätigkeit beschieden. In dieser Zeit wurde er der deutsche Arbeiterführer. Er schuf die erste große Klassenorganisation der deutschen Arbeiterschaft und gab ihr das Bewußtsein einer eigenen Klasse. Für die Entwicklung in

der deutschen Arbeiterschaft ist die Londoner Weltausstellung von Bedeutung, zu der im April 1862 der liberale Nationalverein eine Abordnung entsandte. Hier sahen die deutschen Arbeiter den gewaltigen technischen Fortschritt der kapitalistischen Wirtschaft. Hier lernten sie aber auch durch die Arbeiterproduktivgenossenschaften und die sozialistisch-internationalen Pläne ihnen unbekannte soziale Bestrebungen kennen. Nun erhob sich die Fragestellung: Sollten die Arbeiter als politisch selbständige Organisation ihre Interessen vertreten oder genügte dazu das Betätigungsfeld innerhalb der Fortschrittspartei, die mit ihrem Prinzip des Manchesterliberalismus nie die Seele des Arbeiters richtig erwärmen konnte? In dieser Situation baten radikal gesinnte Leipziger Lassalle um die Führung der deutschen Arbeiterschaft. Es gelang Lassalle, eine Arbeiterpartei zu bilden. Ihr legte er auch zuerst ein besonderes Arbeiterprogramm zugrunde. Mit diesem Programm trat er sofort den damals von der Fortschrittspartei unter Führung von Schulze-Delitzsch unternommenen Versuchen gegenüber, die soziale Frage mit der freien Selbsthilfe des Bürgertums zu lösen. Klar stellte er in seinem "Offenen Antwortschreiben" die Programmpunkte seiner Politik auf: die politische Vertretung der Arbeiter im Parlament, also eine eigene Arbeiterpartei, und die Errichtung von Produktivgenossenschaften mit Staatskredit, die er aufgrund der ökonomischen Erkenntnis seines "ehernen Lohngesetzes" forderte.

Durch das "eherne Lohngesetz" glaubte Lassalle den Hebel zur wissenschaftlichen Vernichtung des kapitalistischen Klassenstaates gefunden zu haben. Er legte dieses Gesetz so aus, daß der Arbeiter nie den vollen Lohn für seine Arbeit erhalte, sondern immer nur so viel, daß er gerade das Existenzminimum bestreiten, sich selbst arbeitsfähig erhalten und arbeitsfähige Kinder zum Vorteil des Kapitalisten aufziehen könne. Auch zeitweilige Lohnerhöhungen würden dem Arbeiter kein besseres Los bereiten, weil jeder Lohnerhöhung stets eine Steigerung der Lebensmittelpreise folge, so daß sich die Lage des Arbeiters nie ändern werde. Sollte aber der Arbeiter in einem Produktionszweig wirklich einmal einen über das Existenzminimum hinausgehenden Lohn erzielen, würde der Andrang von anderen Arbeitskräften zu diesem Berufszweig so stark werden, daß nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage der Arbeitslohn bald wieder auf das für den Lebensunterhalt notwendige Niveau zurückgehen müßte. Außerdem würden mehr Ehen geschlossen.

Allerdings könnte sich der Lohn dauernd unter dem Stand des Existenzminimums nicht halten, da sonst als unvermeidliche Folge eine Zunahme der Auswanderung und Abnahme der Eheschließungen eintreten würde. Dies wiederum hätte eine Erhöhung der Löhne zur Folge. Nach Lassalle bewegen sich die Löhne in der bestehenden Wirtschaftsordnung immer in Pendelschwingungen um den notwendigen Lebensunterhalt. Das "eherne Lohngesetz" wäre eine unabwendbare Beigabe des kapitalistischen Klassenstaates. Lassalle näherte sich in diesen Gedankengängen auffallend dem von Rodbertus vertretenen Standpunkt. Seine Theorie war mit der Marxistischen Verelendungslehre eng verknüpft.

Es ist die sittliche Pflicht des Staates, dem Arbeiter zu helfen und den Kulturfortschritt der Menschheit zu fördern. Auf friedlichem Wege glaubte Lassalle die soziale Frage lösen zu können. Das allgemeine Wahlrecht, das Lassalle für den Arbeiter forderte, sollte den Staat moralisch zwingen, seiner Pflicht nachzukommen. Genossenschaften und Wahlrecht sollten miteinander gekoppelt sein. Marx spottete über beide Vorschläge. Er wies diese Staatsideologie scharf zurück, er verlangte Selbsthilfe des Proletariats und den internationalen Klassenkampf der vereinigten "Proletarier aller Länder".

Das "Offene Antwortschreiben", das in 12 000 Exemplaren erschien, hatte eine gewaltige Auswirkung in der Arbeiterschaft. Am 23. Mai 1863 erfolgte die Gründung des "Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins". Diesen Tag feiert die deutsche Sozialdemokratie als ihren Geburtstag. Lassalle übernahm die Führung der Arbeitervereinigung. Nun mußte der Liberalismus zum Gegenkampf antreten und um seine politische Zukunft kämpfen. Trotz allem gewann Schulze-Delitzsch einen großen Anhang und wurde als "Vater der deutschen Arbeiterbewegung" gefeiert. Lassalles Erfolg im Kampf gegen die Fortschrittspartei war nicht groß.

Die Chance des Erfolges stieg für Lassalle, als er zu Bismarck gehen mußte. Damals wollte der preußische Ministerpräsident aus politischer Taktik die Fürsorge für die Arbeiter unterstützen. Auch die Konservativen beteiligten sich vielfach aus christlich-ethischen Gründen an diesen Bestrebungen. Bismarck, dem Vertreter des staatlichen Machtgedankens, war verständlicherweise der Gedanke der vom Staat unterstützten Produktivgenossenschaften willkommener als die liberale Idee der Arbeitergenossenschaften im Sinne von Schulze-Delitzsch. Lassalle hoffte damals, Bismarck zur amtlichen Anerkennung seiner Politik bewegen zu können.

Bismarck erwog zu dieser Zeit den Gedanken, das allgemeine Wahlrecht einzuführen. Er erblickte darin eine Grundlage für die Einheit Deutschlands. Lassalle erhoffte durch dieses Mittel die Realisierung seiner in der Arbeiterschaft wurzelnden Idee. Durch den Ausbruch des Dänischen Krieges, die ablehnende Haltung der Minister und Abneigung des Königs ist es aber nicht mehr zu Lebzeiten Lassalles zur Einführung des allgemeinen Wahlrechtes gekommen. Jedenfalls hat Bismarck noch 14 Tage nach Lassalles Tod die Idee einer Produktivgenossenschaft mit Staatskredit für diskutabel erklärt.

Aus dem letzten Lebensjahr Lassalles ist unbedingt die literarische Befehdung seines liberalen Gegners im "Bastiat-Schulze" zu erwähnen, eine Gegenschrift gegen die Berliner Arbeitervorträge von Schulze-Delitzsch. Diese sehr gehässige Schrift zeigt, daß der in der Marxschen "Kritik der politischen Ökonomie" versierte Lassalle eine viel tiefere historische Analyse des Kapitals gab, als sie dem Liberalisten Schulze-Delitzsch möglich war. Sein Urteil gegenüber Schulze-Delitzsch war nicht gerecht. Schulze-Delitzsch war kein Vertreter für einen einseitigen spekulativen Unternehmerprofit; er wollte im Gegenteil das Handwerk vor dem Großkapital retten.

Die Frage des Proletariats war das Herzensanliegen Lassalles. Zuerst hatte er dieses Problem im rheinisch-westfälischen Industriegebiet aufgeworfen, in Berlin setzte er seine politische Tätigkeit unter den Arbeitern fort. Hier war ihm kein Erfolg beschieden. 200 Mitglieder wurden für den Arbeiterverein gewonnen. Bald sank die Zahl wieder auf 35. Die Ernte seiner ausgestreuten Saat war gering. Bei seinem Tode zählte der Arbeiterverein 4 600, der Liberale Nationalverein 24 000 Mitglieder. Aber bald sah die Situation anders aus, die Saat Lassalles trug Früchte. Der von ihm ins Leben gerufene Arbeiterverein bildete das Fundament der deutschen sozialdemokratischen Partei.

Eine letzte Idee suchte er seinen Zielen dienstbar zu machen: ein soziales Königtum unter den Hohenzollern. Daß Lassalle diese konservative Politik vertrat, läßt sich nur aus seiner realpolitisch denkenden Natur erklären, die ihren Willen um jeden Preis durchzusetzen versuchte. Der monarchische Gedanke brachte ihm die unauslöschbare Feindschaft der international organisierten und gegen den Staat gerichteten Sozialisten ein.

Noch einmal versuchte er die politische Situation für seine Zwecke auszunutzen. Die Audienz der schlesischen Weber bei König Wilhelm I. buchte er als eine erfolgreiche Wirkung seiner Gespräche mit Bismarck. Die Entlassung der Weber, die mit der Begründung mangelnder Baumwolleinfuhren infolge des amerikanischen Sezessionskrieges erfolgte, wurde von Wilhelm I. nicht gutgeheißen. Er sorgte dafür, daß ein staatlicher Untersuchungsausschuß einberufen wurde. Die zuständigen Landräte wurden aufgerufen, die Verhältnisse der Weber zu überprüfen. Als erste Hilfe ließ der König den 13 entlassenen Webern 120 Taler aushändigen. Es wurde mit 6 000 Talern eine Produktivgenossenschaft unter den Webern nach den Ideen Lassalles errichtet; das Unternehmen scheiterte bereits nach einem Jahr, da die kaufmännische und betriebswirtschaftliche Leitung versagte. Diese Vorgänge zeigten, welchen Einfluß Lassalle sich auf Bismarck verschafft hatte und wie der preußische Staat sich bereits von den Idealen des Manchesterliberalismus entfernt hatte. Karl Marx, der nach seinem Tode von diesen Beziehungen hörte, warf ihm den Verrat der ganzen Arbeiterklasse an Preußen vor. Am 31. August 1864 fiel Lassalle in einem Duell.

Mit dem Tode Lassalles war der Versuch endgültig gescheitert, die deutsche Arbeiterbewegung mit dem deutschen Staat, den Preußen Schritt für Schritt heraufführte, zu verknüpfen. Nun war niemand mehr da, der diese deutsche Idee des Sozialismus gegen den internationalen Kommunismus hätte durchsetzen können. Jetzt erst, 20 Jahre nach dem Kommunistischen Manifest, kamen in Deutschland die marxistischen Ideen von 1848 zum Durchbruch und zur Auswirkung.

Alle Bemühungen Lassalles richteten sich auf ein ethisches Ziel. Er wollte den Menschen - seine Persönlichkeit - vor der überheblichen Macht des Individualismus, der freien Konkurrenz, des Kapitalismus und Industrialismus retten. Durch die Schaffung von Produktivgenossenschaften mit Hilfe des Staates glaubte er auf ökonomischer Grundlage seine Idee vom Menschen verwirklichen zu können. Kapital und Kapitalisten, diese Störenfriede der menschlichen Gesellschaft, sollten

verschwinden. Das Eigentum an Kapital sollte sich nur auf Arbeit gründen. Die Produktivgenossenschaften sind bei ihm eine genossenschaftliche Produktion, die den Gewinn nach Maßgabe der vollbrachten Leistung verteilt. Sie sollten wie ein Netz über das ganze Land ausgedehnt werden. Das Endziel der Geschichte ist für Lassalle wie für Hegel und Marx die Freiheit. In diesen philosophischen Gedankengängen, nicht in der Nationalökonomie und Rechtswissenschaft, liegt letzten Endes seine eigentliche Stärke und überzeitliche Bedeutung.

Lassalles (165) Gedanke der Produktivgenossenschaften ist Ketteler sehr sympathisch. Aber er nimmt dazu kritisch Stellung. Die Grundlage für die Beurteilung dieser höchst wichtigen Frage ist ihm die Untersuchung über die Natur des Eigentums. Viele halten nach seiner Meinung noch das Eigentum in sich selbst gesichert; das ist aber eine Täuschung. Man müsse sich deshalb klar sein über den Begriff des Eigentums. Das Eigentum (166) wie die Autorität haben ihre tiefsten Wurzeln allein im Christentum. Sind diese Wurzeln erst einmal abgeschnitten, dann geht es diesen beiden wie dem Baum, dem man die Wurzeln abgehauen hat. "Wenn die Prinzipien des modernen Staates, der von jeder Religion absieht, und Gottesleugnung als ein Recht der Bildung betrachtet, wahr sind", so folgert nun Ketteler, "dann ist Recht, was die Majorität der Kammern beschließt, und von einem unrechtmäßigen Eingriff dieses Volkswillens in das Eigentumsrecht kann dann keine Rede mehr sein" (167).

Das Privateigentum (168) aber hat seinen Grund in der natürlichen Ordnung, in ihren ewigen, göttlichen, unabänderlichen Grundlagen. Wenn unter Menschen Frieden und Ordnung in der Benutzung und Verwendung der Güter der Erde bestehen sollen, muß notwendigerweise das Privateigentum als ein Naturgesetz anerkannt werden, genau so wie das Atmen. Die Leugnung dieses Grundsatzes würde zum Krieg aller gegen alle führen, und ein geordnetes Völker- und Menschenleben wäre auf keinem Gebiet mehr möglich. Der Satz des Franzosen Proudhon, daß Eigentum Diebstahl sei, verstößt gegen ein notwendiges und wichtiges Naturgesetz. Wenn auch das Eigentum an sich also ein immanentes Gesetz der natürlichen Ordnung ist, so muß man doch bedenken, daß das Eigentumsrecht im engeren Sinne, wodurch dieses Naturgesetz für die Verhältnisse eines besonderen Volkes zur Anwendung kommt, ein Ergebnis menschlicher Tätigkeit ist. Die Zivilgesetzbücher sind von Menschen verfaßt, von der gesetzgebenden Gewalt jeden Volkes. Die Form, wie sich diese gesetzgebende Macht, die das Naturgesetz des Eigentumsrechtes für jedes einzelne Volk ordnet, bestätigt, ist unendlich mannigfaltig. Immer aber hat die Religion in der Geschichte in bezug auf die Auslegung des Naturgesetzes und auf die Gesetzgebung sowie auf die Sicherheit des Eigentums den wichtigsten und entscheidendsten Einfluß ausgeübt. In besonderer Weise hat die übernatürliche Offenbarung im Judentum wie ihre Vollendung im Christentum diesen Verhältnissen der Naturordnung die reinste und wirksamste Deutung gegeben.

Nun ist nach der Auffassung Kettelers ausschlaggebend, wie die zur Gesetzgebung berufenen Menschen eingestellt sind (169). Wenn der Materialismus und Pantheismus berechtigt sind, "wenn die große liberale Partei recht hat, so ist das ganze Privateigentumsrecht mit allen

Gesetzen, die dasselbe regulieren" (170), lediglich nur Menschenwille. Es ist dann nach der Überzeugung Kettelers nicht einzusehen, warum nicht eines Tages die Masse der Menschen, die kein Eigentum besitzen, durch ihre Majorität - von der im sogenannten modernen Staat alles abhängt - den Beschluß faßt, daß die Besitzenden ihnen einen Teil als Anleihe überlassen sollen. Es wird sicherlich nicht ausbleiben, daß man noch weiter in seinen Forderungen geht und statt der Anleihe einen Teil als Eigentum fordert. "Die absolut notwendige Konsequenz dieses ganzen Systems ist: eine Kammer, und was diese eine Kammer bestimmt, ist Gesetz, und wer sich dagegen auf sein Gewissen, auf seinen Glauben, auf hergebrachtes Recht, auf Christus und Gott beruft, ist Hochverräter, er sündigt gegen die Majestät des Volkswillens." (171) Die Majestät des Volkswillens, so fügt Ketteler an dieser Stelle drastisch hinzu, wird dann auch nicht "vor dem Geldbeutel der reichen Liberalen stehen bleiben" (172).

Der Vorschlag Lassalles, durch eine Subvention des Staates dem Arbeiterstand zu helfen, überschreitet nach Ketteler die Kompetenz der Staatsgewalt. Nach der einstimmigen Lehre der katholischen Theologen geht zwar das Privateigentumsrecht nie so weit, daß es selbst dem Mitmenschen gegenüber, der sich in der äußersten Not befindet, noch geltend gemacht werden kann. Kein Mensch hat ein absolutes, unbeschränktes Recht auf das Privateigentum; Gott allein ist der absolute Eigentümer. So darf auch die Staatsgewalt in dieser beschränkten Form die Menschen verpflichten, von ihrem Eigentum so viel herzugeben, wie nötig ist, um diesen Armen die Lebensnotdurft, das Existenzminimum, zu gewähren. "Über diese Grenze hinaus", so fährt der Bischof fort, "kennt aber die Theologie eigentlich keine Zwangspflicht zur Milderung der Not der Mitmenschen, sondern nur eine moralische Pflicht, eine Pflicht der christlichen Nächstenliebe" (173).

Der Eigentümer muß alle seine Rechtspflichten im Staate erfüllen; er kann ohne weiteres gezwungen werden, auf dem Wege der Besteuerung die allgemeinen Gemeinde- und Staatslasten zu tragen. Über dieses Maß hinaus kann der Staat nach der Darlegung Kettelers ihn nicht zwingen, dem Mitmenschen zur Verbesserung seiner materiellen Lage sein Eigentum abzutreten. Hier besteht der Unterschied zwischen den Pflichten der Gerechtigkeit und der Liebe. Die staatliche Zwangsgerechtigkeit hat eine bestimmte Grenze. Darüber hinaus beginnt das Gebiet der Freiheit und der freien Selbstbestimmung. Hier soll der Christ nach seinem besten Gewissen und nach dem Gesetz Jesu Christi an seinem armen Mitbruder die Werke der christlichen Barmherzigkeit üben und einen Teil seines Eigentums als Eigentum abtreten. Durch das Projekt der durch Majoritäten dekretierten Staatshilfe wird aber die Freiheit, die sittliche Selbstbestimmung und die Würde der Persönlichkeit aufgehoben. "Das Christentum führt die Individualität zur vollen Freiheit, der moderne Geist vernichtet die Individualität selbst in ihrem Eigentumsverhältnis." (174)

Die Vorschläge Lassalles hält Ketteler ihrer Rechtmäßigkeit nach für höchst bedenklich. Außerdem bestreitet er die Zweckmäßigkeit dieser Staatshilfe, da man doch nicht allen Arbeitern gleichzeitig die Mittel zum Aufbau von Produktivassoziationen zur Verfügung stellen könnte.

Dieser Umstand aber könnte dann zur Unzufriedenheit, ja zur Revolution unter den Arbeitern führen.

Abschließend kann an dieser Stelle noch darauf hingewiesen werden, daß Ketteler - im Gegensatz zu Karl Marx - keine feindliche Haltung gegenüber dem Kapital einnimmt. Ketteler konstatiert wohl die Übermacht des Kapitals, hält aber grundsätzlich am Privateigentum fest und fordert die christliche Gesellschaft auf, Kapital zur Schaffung von Produktivassoziationen zum Segen der Arbeiterschaft zur Verfügung zu stellen.

5. Die Produktivassoziation bei Ketteler

Ketteler erblickt in der Produktivassoziation eine "herrliche Idee" (175) und die "unmittelbarste und handgreiflichste Lösung" (176) für das soziale Problem der Arbeiterfrage. Er sieht hier - ebenso wie Lassalle - die beste Möglichkeit für den Arbeiterstand, sich aus der menschenunwürdigen Sklaverei des "ehernen Lohngesetzes" zu befreien. Im Gegensatz zu Lassalle will Ketteler die finanziellen Mittel für die Gründung von Produktivassoziationen nicht durch Staatshilfe, sondern durch freiwillige Spenden aufgebracht wissen.

Da Ketteler von Lassalle die gewünschte Auskunft über die praktische Errichtung von Produktivassoziationen nicht erhielt, wandte er sich am 29.1.1864 brieflich durch einen Mittelsmann (wahrscheinlich Domkapitular Dr. Moufang) an Huber, um sich in dieser Angelegenheit konkrete Vorschläge einzuholen. Dieser konservative evangelische Sozialpolitiker sah in der Verbindung der Inneren Mission mit der Genossenschaftsbewegung ein wirksames Heilmittel der sozialen Mißstände.

Victor Aimé Huber (177), der auf Bildungsreisen (1820-28) nach Frankreich, Spanien und England u.a. mit der Situation der frühen Industriegesellschaft vertraut wurde, galt seit 1840 als der geistige Wegbereiter der Genossenschaften in Deutschland. Er vertrat den Gedanken der ständisch gegliederten Monarchie und erkannte als Voraussetzung dafür den Einbau der entstehenden Industriearbeiterschaft in die bestehende Gesellschaft. Vor allem die Reise nach England (Manchester) im Jahre 1844 überzeugte ihn von der Tragweite der sozialen Verhältnisse und der Gefahr, die einem Volkskörper durch das Fabrikproletariat drohte. Die soziale Frage war für Huber primär eine Frage der Sittlichkeit (178). Eine Änderung der Gesellschafts-, Wirtschafts- oder Staatsorganisation konnte nach seiner Überzeugung die soziale Lage nicht verbessern. Das Beispiel des Fabrikanten Asworth in Turton bewies ihm, daß auch unter den gegenwärtigen Bedingungen menschenwürdige Zustände in der Industrie möglich seien (179). Asworth, ein Quäker, hatte in seiner Fabrik für günstige Arbeitsbedingungen (helle, luftige Arbeitsräume und gesunde Arbeiterwohnungen) gesorgt. Aus dieser Einsicht ergab sich die Grundlage seiner sozialen Reformgedanken: Verantwortung der oberen Klassen, Selbsthilfe

der unteren Klassen. Der Staat spielte bei ihm wie bei den katholischen Sozialpolitikern eine sekundäre Rolle. Der Glaube an den sozialaristokratischen Beruf der Fabrikherrn und an die Möglichkeit der Selbsthilfe der Arbeiter bildete sich auf der bereits erwähnten Reise nach England (1844).

Huber beurteilte die Entwicklung der deutschen Industrie positiv, forderte aber eine planmäßige Sorge für gesunde Lebensverhältnisse: Sicherheit des Erwerbs, Eigentum, Familienleben, ausreichende Freizeit, Bildungsmöglichkeit. Durch englische Vorbilder (Pioniere von Rochdale) angeregt, erblickte er in der genossenschaftlichen Organisation das Mittel zur "Wiederbindung der hilflos freien Atome" (180) der Gesellschaft. Er verlangte, das durch die moderne Entwicklung zerstörte System organischer Bindungen des Mittelalters in zeitgemäßer Form wieder aufzunehmen. Zunftreaktionäre Bestrebungen lehnte er ab. Die Bedeutung der Genossenschaft sah er zunächst darin, daß sie das Gesetz des Angebotes und der Nachfrage zwischen Kapital und Arbeit aufhob, indem sie beides, Kapital und Arbeit, in der einen Hand der Arbeiter vereinigte. Durch die Genossenschaft fielen dem Arbeiter die materiallen Vorteile des Großbetriebs zu. Die ideelle Seite aber war für ihn wichtiger und bedeutungsvoller. Die genossenschaftlichen Beziehungen sollten den Gemeinschaftsgeist fördern und eine Steigerung der intellektuellen und sittlichen Kräfte ermöglichen. Er wies aber immer nachdrücklich darauf hin, daß bei aller Genossenschaftlichkeit das Familienleben seine Selbständigkeit bewahren müsse. Der Produktivgenossenschaft stand er zunächst zweifelnd gegenüber, seit 1852 hat er dieser Genossenschaft mehr Berechtigung zugestanden und sich für sie eingesetzt (181).

Die Genossenschaft sollte:

1) gesunde Familienwohnungen schaffen (Baugenossenschaft),

2) Händlerzwischengewinne ausschalten und so den Reallohn erhöhen (Konsumgenossenschaft),

3) in eigenen Betrieben vorbildliche Arbeitsverhältnisse garantieren (Produktivgenossenschaft),

4) die Arbeiterinteressen gegenüber den Arbeitgebern vertreten,

5) Bildungsmöglichkeiten im christlichen Sinne schaffen.

Huber legte auf die Selbsthilfe der Arbeiter großen Wert. Er erwartete aber von den besitzenden Ständen Hilfe. Nur so ist sein Gedanke der sozialen Aristokratie verständlich. Ohne die Unterstützung der besitzenden und gebildeten Kreise hielt er die Lösung der sozialen Frage für unmöglich. Hilfskräfte erhoffte er in besonderer Weise von der Inneren Mission. Er glaubte, durch diese kirchliche Einrichtung eine ähnliche Schicht stets einsatzbereiter Kräfte ("soziale Ritterschaft") zu haben, wie sie die katholische Kirche im Mönchtum besaß.

Huber setzte sein Vertrauen auch auf die wohlwollende Hilfsbereitschaft des grundbesitzenden Adels und der Aristokratie "des Kapitals, des Besitzes, des Amtes und des Geistes" (182). "Eine solche 'Ritterschaft' sollte den 'wahren Fortschritt, die Idee der Zeit vertreten,

den Hauptkampf dieser Zeit' auskämpfen. Ihr Beruf ist ein 'dreifacher Dienst': Gottesdienst, Königsdienst, vor allem aber Dienst bei den Armen, bei den Schwachen, bei den Kranken der Zeit." (183)

In den Bestrebungen von Schulze-Delitzsch um genossenschaftliche Selbsthilfe vermißte er den Geist des Christentums und beklagte dabei die Vermischung mit politisch-liberalen Ideen. Trotz sachlicher Übereinstimmung mit Lassalle in der Frage der Produktivassoziationen lehnte Huber ihn ab, da er wirkliche Hilfe vom Staat nur in bedingter Weise erwartete. Huber war der Ansicht, daß der Wettstreit zwischen der individualistischen und der genossenschaftlichen gemeinnützigen Wirtschaftsform die Schwächen beider Systeme verhüten und der verantwortlichen Tätigkeit christlicher Persönlichkeiten weiten Spielraum lassen würde.

Der bereits erwähnte Briefwechsel zwischen Ketteler und Huber brachte keinen weiteren Gedankenaustausch in der Frage der Produktivassoziationen. Hubers Antwort, "solche Einzelheiten lassen sich nur in konkreter Weise und mit besonderer Beziehung auf lokale Bedingungen, Umstände usw. bestimmen" (184), ließ Ketteler unbefriedigt. Trotz vieler Gemeinsamkeiten mußte Ketteler in seiner "Arbeiterfrage und das Christenthum" den Vorschlag Hubers, teils durch die Anstrengung der Arbeiter selbst, teils durch freiwillige Unterstützungen, überall in ganz kleinen Verhältnissen mit diesen Assoziationen zu beginnen, als unzulänglich ablehnen. Der Bischof befürchtet, daß es mit den Mitteln, die die Welt zu bieten hat, nie gelingen wird, den fruchtbaren Gedanken der Produktivassoziation in einer Ausdehnung zu verwirklichen, "der mit der Masse des Arbeiterstandes und mit der Größe der Arbeiternot in irgendeinem Verhältnis steht" (185). Allein in der Kraft des Christentums erhofft er die einzige Möglichkeit, um die Idee der Produktivassoziation in großem Umfange zu realisieren. Im Geiste schaut er diese Verwirklichung "wie von ferne" (186). Vielleicht, meint er, wird noch mancher Schulze-Delitzsch auftreten und muß sogar die Welt das Lassallesche Programm ausprobieren, "bis dieses Wirken des Christentums die nötige Ausdehnung gewinnt" (187). Leider muß Ketteler die Feststellung machen, daß vorläufig noch die großen Kapitalisten, die in diesem Falle helfen könnten, in der Mehrzahl dem Christentum fern stehen und im Lager der liberalen Partei zu finden sind. Dieser Zustand braucht nach seiner Meinung aber nicht immer zu bleiben.

In eindringlichen, herzlichen Worten appelliert der Bischof an das christliche Gewissen der besitzenden Kreise, den christlichen Ideen Gehör zu schenken und dem Arbeiterstand durch die Übernahme der Finanzierung dieser Unternehmen praktisch zu helfen. Er erinnert daran, daß das Christentum beachtliche Kapitalien durch freiwillige Besteuerung, welche das innere Gesetz der Liebe und das Gewissen gebietet, schon zusammengebracht habe. Er weist hin auf die zahlreichen Kirchen, Klöster, Anstalten der christlichen Liebe, Schulen und Lehranstalten, die das Christentum durch seine Nächstenliebe der Welt geschenkt hat. Die christliche Liebestätigkeit könne auch in der Gegenwart die notwendigen Mittel zusammenbringen, die zu einer Geschäftseinrichtung gebraucht werden und die Arbeiter auffordern, bei

diesem Geschäft unter der Bedingung zu arbeiten, daß ein Teil des Gewinnes, der nicht zum Geschäftsbetrieb und Reservefonds notwendig ist, ihnen als Eigentum zufließen solle. Mit der ganzen Glut seines bischöflichen Herzens versucht er den vermögenden Menschen klar zu machen, daß es kaum etwas Christlicheres und Gottgefälligeres geben könnte, "als wenn eine Korporation zusammenträte, um für diesen Zweck an einer Stelle, wo die Not der Arbeiter besonders groß ist, eine derartige Produktivassoziation der Arbeiter auf christlicher Grundlage zu begründen" (188).

Mit diesem Aufruf, durch die tatkräftige christliche Nächstenliebe (189) das sozialpolitische Elend der Zeit allmählich zu überwinden, schließt seine berühmte Schrift "Die Arbeiterfrage und das Christenthum".

In seiner Haltung zu den Produktivassoziationen schien Ketteler bald nach der Veröffentlichung dieser Schrift schwankend geworden zu sein. Kann diese These aus Kettelers letzten Äußerungen und Veröffentlichungen bestätigt werden? Unter Kettelers nachgelassenen Papieren aus jener Zeit, so schreibt Otto Pfülf (190), befindet sich noch der Entwurf einer Denkschrift, durch welche er die von ihm geplante Gründung ankündigen und näher erläutern und zur Unterstützung des Unternehmens auffordern wollte. Mit dem Hinweis auf den Höhepunkt der sozialen Not begründet er zunächst die Notwendigkeit der Assoziation der Arbeiter und bespricht und kritisiert die verschiedenen Arten der Genossenschaft. Er verkennt nicht die mannigfachen Schwierigkeiten und Gefahren, die von innen und außen die "reine Produktiv-Assoziation" (191) bedrohen, in welcher der Arbeiter zugleich der alleinige Eigentümer des Geschäftes ist. Mit Vorliebe weilt er nun bei der Partnerschaft. Hier steht ein Eigentümer und Geschäftsmann an der Spitze. Von den Aktien, welche das im Geschäft ruhende Kapital darstellen, behält er einen Teil für sich, den anderen bietet er zum Ankauf für die Arbeiter an; er gewährt den Arbeitern zur Erwerbung der Aktien besondere Erleichterungen. So werden mit der Zeit gerade die besseren und zuverlässigeren Arbeiter zu Teilnehmern am Geschäft und am Geschäftsgewinn, während auf der anderen Seite insbesondere durch die Einheitlichkeit der Leitung und das Vorhandensein eines genügenden Grundkapitals die Übelstände der reinen Produktivassoziation vermieden werden.

In der Unterstützung des gesamten Genossenschaftswesens, in allem, was darin gut und berechtigt ist, erblickt er das Hauptanliegen der Zeit und eine der schönsten Aufgaben für alle Christen. Er plant, einen großen Verein ins Leben zu rufen zur Förderung aller dieser Hauptrichtungen dieses Genossenschaftswesens: der Vereine von Schulze-Delitzsch, der Handwerkertage, der Produktivassoziationen in ihren verschiedenen Formen. Ein Statut des Unternehmens findet sich nicht beim Manuskript. Ersatz dafür bietet die Skizze (192) eines anderen ähnlichen Entwurfes aus der Zeit kurz vor dem Erscheinen seines Buches "Die Arbeiterfrage und das Christenthum".

Eine weitere unveröffentlichte Aufzeichnung aus den Jahren 1864-1866 trägt die Überschrift "Produktiv-Assoziation" (193). In ihr findet sich der Plan, im Großherzogtum Hessen eine Gesellschaft zu gründen, die für ein auf eine bestimmte Anzahl von Arbeitern berechnetes Geschäft

Kapital aufbringen soll. Das Kapital wird ausschließlich auf das Geschäft verwandt, jedoch ohne den Arbeitern Eigentumsanteil zu gewähren. Nach diesem Plan sollen die Arbeiter nicht Geschäftsinhaber sein; vielmehr soll die betreffende Gesellschaft, die sich aus vermögenden Christen zusammensetzt, in Verbindung mit dem Bischof Fabriken und Handwerksbetriebe errichten und leiten. Der reine Geschäftsgewinn soll jährlich zur Hälfte gleichmäßig unter die Arbeiter verteilt werden, die außerdem den Tagelohn erhalten. Von einer Produktivassoziation im eigentlichen Sinne kann auch hier nicht mehr die Rede sein, denn dem Arbeiter wird der Unternehmergewinn zugesprochen, ohne daß ihm Unternehmerpflichten auferlegt werden (194).

Aus einer anderen unveröffentlichten Skizze, die nach Pfülf (195) aus dem Jahre 1865 datiert ist, geht hervor, daß er bei der genossenschaftlichen Selbsthilfe des Arbeiterstandes eine vernünftige Unterstützung des Staates nicht ausschließt. Buchstäblich soll er einmal "in jenen Jahren" (196) gesagt haben: "Endlich Produktiv-Assoziationen durch christliche Liebe! Das Kapital muß der Staat reichen oder die christliche Liebe" (197).

In seiner Ansprache auf der Liebfrauen-Heide bei Offenbach am 25. Juli 1869 fordert der Bischof zum Schluß seiner bedeutsamen Rede zur genossenschaftlichen Betätigung auf der Grundlage der Partnerschaft auf (198).

Auf der Fuldaer Bischofskonferenz im September 1869 (199) setzt er sich erneut für die Gewinnbeteiligung der Arbeiter ein. Außerdem befürwortet er die gesetzliche Sicherstellung und Unterstützung gemeinnütziger Arbeitsgenossenschaften und die Staatskontrolle über die Ausführung der Arbeitergesetzgebung durch Ernennung offizieller Fabrikinspektoren (200).

In diesem Zusammenhang verspricht er sich den größten Erfolg von der Wirksamkeit eines Mannes, der es sich zur Lebensaufgabe setzen würde, "für die Arbeiter das zu sein, was der selige Kolping für die Gesellen gewesen" (201). Derselbe müßte sich um die Gründung wohltätiger Arbeitergenossenschaften bemühen und "als Apostel des Friedens" (202) zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer tätig sein, um den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit auszugleichen.

In dem Briefe (203) an den Domkapitular Dr. Paul Haffner vom 6. Mai 1870 schreibt Ketteler aus Rom: "Ich bin allmählich zu alt, um für die Lösung der sozialen Probleme im christlichen Sinne große Versuche zu machen, wie ich sie im Kopf und im Herzen trage. Ich überzeuge mich nur immer mehr davon, daß dies eine der großen und herrlichen Aufgaben der Zukunft sein wird, so wenig es bisher verstanden wird. Wo ich aber für den Rest meines Lebens Gelegenheit habe, irgendein Stückwerk in dieser großen Angelegenheit zu fördern, wird es immer zu meiner allergrößten Befriedigung gereichen. Meine ganze Seele hängt an den neuen Formen, die die alten christlichen Wahrheiten in der Zukunft für alle Verhältnisse des Menschengeschlechtes schaffen werden, während mich nichts mehr erschlafft und so recht eigentlich an der Seele flügellahm macht, als das Treiben aller jener, die von dieser Gotteskraft der Kirche nichts wissen wollen".

Auch der von ihm so lange und eifrig gehegte Plan der Gründung von Zigarrenfabriken als Produktivassoziation trat allmählich in den Hintergund. Nur noch ein kleineres Unternehmen beschäftigte ihn noch immer. Es war die Errichtung eines Waisenhauses zum Betrieb einer Buchdruckerei mit Verlag. Aber auch dieses Vorhaben blieb - aufgrund von Gutachten einer Reihe der angesehensten katholischen Verlagsbuchhandlungen - guter Vorsatz. In einem dieser Schreiben steht die Bemerkung: "Geistliche Herren werden nie gute Industrielle sein" (204).

In seiner Schrift "Die Katholiken im Deutschen Reiche" (205) verlangt Ketteler weitere gesetzliche Bestimmungen auch zugunsten der Produktivgenossenschaften.

Aus diesen veröffentlichten und unveröffentlichten Schriftstücken ist ersichtlich, daß sich der Bischof nach seiner Schrift "Die Arbeiterfrage und das Christenthum" immer wieder mit dem schwierigen Problem der Produktivassoziation befaßt hat.

Gegen Ende seines Lebens zieht Ketteler folgende Bilanz aus seinen Überlegungen und Erfahrungen über die Produktivassoziationen: "Die sogenannten Produktiv-Genossenschaften und Partner-Genossenschaften haben als einzelne Unternehmungen, die Lage der Arbeiter zu verbessern und ihnen nicht nur Lohn, sondern Geschäftsanteil zuzuwenden, ihren Wert. Die Erfolge (waren) leider bisher nur gering.

Aber selbst wenn die Erfolge besser wären, so würden sie nur einem kleinen Teil der Arbeiter helfen können. Die sogenannten Schulze-Delitzsch-Vereine haben neben aller Gefahr auch ihren Nutzen, aber soviel steht jetzt schon fest, daß sie in keiner Weise im Stande sind, die Gesamtlage des Arbeiterstandes wesentlich zu bessern." (206)

So zeigt sich am Ende eine zwar tolerante, aber durchaus entschiedene und im letzten Sinn konstante Haltung im Denken des Bischofs Ketteler. Wenn er auch die positiven Züge nichtchristlicher Sozialgedanken und Sozialreformen zuerst verkannte, blieb für ihn selbst entscheidend die auf das Christentum gestützte Lösung der Arbeiterfrage.

C. Nachwort

Das Verdienst Kettelers und seine Bedeutung für die Gegenwart

Kettelers Idee der Produktivassoziation hatte in seiner Zeit einen großen ideellen Erfolg gehabt. Der soziale Bischof hat sich für die moralischen Rechte der Arbeiter eingesetzt. Er ermahnte die besitzenden Kreise daran, daß Eigentum mit sozialen Verpflichtungen verbunden sei. Kettelers Vorschlag der Vergenossenschaftlichung (Vergesellschaftung) war richtig. Als undurchführbar erwies sich nur der Weg, auf dem er sein Ziel zu erreichen suchte. Der Appell an die Caritas, die nur durch freie Betätigung in Werken der Liebe wirkt, brachte keinen praktischen Erfolg. Die Kirche war nicht für den Aufbau der Produktivassoziationen zuständig. Auch nicht die von kirchlicher Seite gegründeten Gesellen-, Handwerker- und Arbeitervereine vermochten das soziale Problem zu lösen und die Mißstände zu beseitigen. Ketteler hätte die Zeitgenossen aufrufen sollen, durch eine aktive christliche Politik und Gesetzgebung für die Bildung von Produktivassoziationen zu sorgen. Der Mainzer Bischof hat die Autonomie des Staates in wirtschaftlicher Beziehung noch nicht scharf genug erkannt. Er räumte vielmehr der Kirche die dominierende Stellung ein und sah nicht die umfassende Bedeutung des Staates, Hüter des Gemeinwohls zu sein. Andererseits ist es Kettelers Verdienst, darauf hingewiesen zu haben, daß die materiellen wie wirtschaftlichen Lebensbedingungen und Bedürfnisse der Menschen Angelegenheit der Moral und Pastoral sind. Dem trennenden Klassenkampf versuchte er als verantwortungsvoller und weitschauender Seelsorger mit dem ganzen Einsatz seiner Persönlichkeit entgegenzuwirken und die Herzen der Menschen für soziale Gerechtigkeit und Liebe zu gewinnen. Sein Bemühen zielte darauf hin, den Arbeiterstand als einen integrierenden Bestandteil der gesellschaftlichen Ordnung und des gesellschaftlichen Lebens anzuerkennen (207). Durch die Schaffung von Produktivassoziationen sollte der Arbeiterstand die Möglichkeit erhalten, Eigentum zu bilden und nicht für immer zum sklavischen Dienst des abhängigen Lohnarbeiters verdammt zu sein. Er befürwortete durch seinen konkreten Vorschlag der Produktivassoziation das Verhältnis der Gegenseitigkeit, die Kooperation, die Solidarität zwischen Arbeit und Kapital.

Die Hauptanklage des Bischofs gegen die kapitalistische Wirtschaftsgesinnung war die Versklavung des Menschen, die Mißachtung des Eigenwertes der menschlichen Persönlichkeit. Er setzte sich für die naturrechtlichen Forderungen und für die christliche Wertung des Menschen ein. In diesem Anliegen der sittlichen Wertung der menschlichen Persönlichkeit begegneten sich die sozialistische Gesellschaftskritik (wenn auch die Begründung der Menschenwürde bei Lassalle und Karl Marx eine andere ist) und das christliche Denken. Beide wollten den Menschen das Bewußtsein einprägen, daß sie wesentlich eine Gemeinschaft bilden und "Brüder" oder "Genossen" sind.

In der Idee der Produktivassoziation glaubte man vielfach im 19. Jahrhundert das beste Mittel zur Lösung der Arbeiterfrage gefunden zu haben (208). Neben den Vorzügen dieser Genossenschaft erkannte man bald ihre Nachteile, unter denen August Fläxl (209) folgende als besonders schwerwiegend ansah: Schwierigkeit der Gründung von Produktivgenossenschaften durch mangelnde Eignung derjenigen Persönlichkeiten, die Leiter eines industriellen Unternehmens werden; Mangel des Anlagekapitals; Fehlen einer einheitlichen Verwaltung und Disharnomie der werktätigen Mitglieder.

Man muß bedenken, daß die Produktivassoziation die höchste Stufe der Genossenschaft ist. Sie erfordert bei den Geschäftsleitern einen besonders hohen Stand von Zuverlässigkeit und technischer und kaufmännischer Tüchtigkeit, bei den anderen Mitgliedern aber sehr viel Gemeinsinn, Verträglichkeit und Strebsamkeit. Es sind Eigenschaften, die nur durch längere Schulung im allgemeinen im Vereinsleben erworben werden können. Dabei spielt die Frage der Über- und Unterordnung eine große Rolle; sie ist von ausschlaggebender Bedeutung für ein erfolgreiches Gelingen gerade dieser Genossenschaft.

Die Hoffnungen, die man auf die Produktivgenossenschaften setzte, erfüllten sich nicht. Diese Genossenschaften konnten keine entscheidende Bedeutung für die Lösung der sozialen Spannungen im wirtschaftlichen Leben des 19. Jahrhunderts erlangen. Die meisten Gründungen dieser Art waren nicht lebensfähig. Keine hat eine bemerkenswerte Bedeutung erlangt. Vielleicht waren die Zeitumstände und die Menschen noch nicht reif genug, um das hohe Ideal der Produktivgenossenschaft zu verwirklichen. Auch Ketteler schrieb, daß dieser Gegenstand noch nicht spruchreif sei: "Wenn ich es aber unternehme, die Lage des Arbeiterstandes und die Mittel ihm zu helfen, vom christlichen Standpunkt aus zu besprechen, so bin ich doch weit von der Anmaßung entfernt, diesen Gegenstand erschöpfen zu wollen. Er ist überhaupt noch nicht spruchreif." (210) Erwähnenswert war nur der Versuch, der durch den Industriellen André Godin in der französischen Kleinstadt Guise gemacht wurde. Er versuchte, in seiner Fabrik für Heizapparate Fouriers Ideen zu verwirklichen. Im Jahre 1859 richtete André Godin für die Arbeiter seiner Fabrik einen Genossenschaftspalast (Familistère) für 1200 Personen ein, der Gemeinschaftswohnungen, Konsumgenossenschaften, ferner Schulen, Apotheken, ein Genossenschaftstheater und andere soziale Einrichtungen besaß. Einige Jahre später - nach längerer Vorbereitung - schloß er einen Kontrakt mit seinen Arbeitern, der die Umwandlung der Fabrik in eine Produktivgenossenschaft (211) einleitete. Dieses Unternehmen existierte noch im ersten Weltkrieg. Es mußte seine Tätigkeit einstellen, als Guise längere Zeit Frontgebiet war.

Preuß (212) konstatiert, "daß von all den Versuchen, die im 19. Jahrhundert gemacht wurden, Produktivgenossenschaften zu gründen, so gut wie nichts übrigblieb, während die Konsumgenossenschaftsbewegung in derselben Zeit immer mehr an Boden gewann und bald viele Millionen von Mitgliedern umfaßte. Es ist daher nicht verwunderlich, daß der produktivgenossenschaftliche Gedanke schließlich von der internationalen Arbeiterbewegung wie auch von der internationalen Ge-

nossenschaftsbewegung als ein Fehlgedanke und eine nicht zu verwirklichende Utopie angesehen wurde und immer mehr an Zugkraft verlor, und es läßt sich nicht bestreiten, daß der Produktivgenossenschaft auch heute im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft keinerlei Bedeutung zuzusprechen ist. In Amerika sind industrielle Produktivgenossenschaften überhaupt unbekannt. In England existiert zwar ein produktivgenossenschaftliches Zentrum in Leicester; allein die Zahl der in den 35 Produktivgenossenschaften, die in England existieren, beschäftigten Arbeiter übersteigt nicht 4500, fast alle in handwerklichen Kleinbetrieben verschiedener Art. In Deutschland, Österreich, Belgien und den meisten anderen europäischen Ländern ist die eigentliche Produktivgenossenschaft wenig verbreitet. In Belgien existieren zwar einige durch den bekannten Genossenschaftstheoretiker Professor Bernard Lavergne bekanntgewordene genossenschaftliche "Regiebetriebe", die aber keine eigentlichen Produktivgenossenschaften sind, sondern öffentliche Betriebe, wie Eisenbahnen zum Beispiel, an deren Verwaltung staatliche und munizipale Instanzen beteiligt sind und in denen in der Art, wie sie ihre Betriebsüberschüsse zur Verteilung bringen und im System der Verwaltung selbst gewisse grundlegende Rochdale-Prinzipien zur Anwendung kommen. Auch in den skandinavischen Ländern ist die eigentliche industrielle Produktivgenossenschaft im wesentlichen unbekannt, in der Schweiz existieren zwar einige Betriebe dieser Art, vor allem in der Holzbearbeitung und im Hoch- und Tiefbau; allein die Zahl der in ihnen Beschäftigten ist unbedeutend.

Selbst in denjenigen Ländern, in denen der produktivgenossenschaftliche Gedanke am ehesten festen Fuß gefaßt hatte, wie Frankreich und Italien, spielen sie heute keine große Rolle. In Frankreich bestanden im Jahr 1955 556 Produktivgenossenschaften, von denen mehr als die Hälfte nach 1945 gegründet worden waren; von ihnen waren aber nur 324 eigentliche industrielle Betriebe, die insgesamt 15 000 Arbeiter beschäftigten, von denen aber nur etwa 40% Genossen der Betriebe waren, vor allem im Holz-, Metall-, Papier- und Textilgewerbe. Weitere 10 000 bis 15 000 Personen waren in sogenannten Unternehmergenossenschaften im Baugewerbe beschäftigt. Die Mehrzahl der in Italien registrierten Produktivgenossenschaften (die Zahl wird auf etwa 4 000 mit über 300 000 Mitglieder geschätzt) sind aber keine eigentlichen industriellen Produktivgenossenschaften, sondern Baugilden und Unternehmerkorporativen für öffentliche und Bauarbeiten, deren Wirken und Entwicklung anderen Gesetzen unterliegt als denen der industriellen Korporativen.

Eigentlich nur in Frankreich hat nach dem zweiten Weltkrieg eine Renaissance der produktivgenossenschaftlichen Bewegung in neuartiger Form eingesetzt, die vielleicht auf eine zukunftweisende Entwicklung dieses Zweiges deuten kann. In 50 Arbeiterproduktivgemeinschaften ("Communautés de Travail"), deren bekannteste das Unternehmen "Boimondau" (Abkürzung für "Boitiers de Montres du Dauphine" - Uhrenhülsen) ist, die heute in Frankreich existieren und ungefähr 1 000 Mitglieder zählen, ist eine neue Form produktivgenossenschaftlicher Arbeitsgemeinschaft entstanden, die auf der Grundlage gemeinsamen Eigentums, gemeinsamer Leitung und einer Synthese privater und ge-

meinschaftlicher Lebensweise aufgebaut ist. ... Über die Aussichten dieses interessanten Experiments ist es verfrüht, ein Urteil abzugeben."

Aus dieser zusammenfassenden Übersicht ergibt sich, daß die produktivgenossenschaftliche Bewegung in der freien Wirtschaft bis heute nicht aus dem Versuchsstadium herausgekommen ist.

Die Frage der Produktivgenossenschaft ist bis zur Stunde problematisch geblieben (213); in den Gedankengängen Martin Bubers (214) erweist sie sich als eine Aufgabe, deren Lösung der Zukunft vorbehalten ist. Gegenwärtig werden wieder Versuche einer Realisierung von Produktivgenossenschaften gemacht. Wenn auch die Experimente der Vergangenheit gegen die Idee der Produktivgenossenschaft sprechen, kann uns die Zukunft eines anderen belehren.

Heute haben die Produktivgenossenschaften in den kommunistischen Ländern des Ostens eine gewaltige Bedeutung erlangt und eine ungeheure Verbreitung gefunden. Es würde im Rahmen dieser Arbeit zu weit führen, auf diese geschichtlichen Vorgänge näher einzugehen. Hier muß ein kurzer Hinweis genügen.

Konkrete Beispiele existieren in Israel und Spanien. Bedeutsam ist die Bildung und Entwicklung der Produktivgenossenschaften im Staate Israel. Hier bestehen verschiedene Modelle dieser Art der Genossenschaft in der Stadt und auf dem Lande. Die bekannten Kibbuzim sind Siedlungsgemeinschaften mit genossenschaftlicher Produktion (kommunistisches Ideal, jedoch auf freiwilliger Grundlage wie die Gütergemeinschaft der ersten Christen in Jerusalem). Einen anschaulichen Bericht über diese Verhältnisse gibt L. F. Rushbrook Williams (215).

Interessant ist auch eine Schilderung über die landwirtschaftliche Produktivgenossenschaft in dem spanischen Dorf Zuniga (216). Auf religiöser Basis - jahrelang vorbereitet durch Predigt, Pflege des liturgischen Lebens und ein aktives katholisches Gemeindeleben - hat der spanische Geistliche Don Florentino die "Cooperativa Agricola 'Santa Maria' de Zuniga" begründet. Vor ungefähr 10 Jahren machte er sich große Sorgen wegen der schlechten wirtschaftlichen Lage seiner Gemeinde. Auf Grund eingehender ökonomischer Studien arbeitete er einen Plan zur Verwirklichung eines katholischen, bäuerlichen Gemeinschaftswerkes aus. Die 63 Ackerlandbesitzer von Zuniga schlossen sich freiwillig unter seiner Leitung zu einer landwirtschaftlichen Produktivgenossenschaft zusammen. Jeder einzelne aber bleibt der Eigentümer seines Besitzes, so daß er ihn nach der vereinbarten Kündigungsfrist zurückerhalten kann. Der gesamte Ertrag wird genau verteilt in Naturalien und Geld nach dem Schlüssel von Besitz und Leistung. Die oberste Leitung und Verwaltung hat die frei gewählte "Lokalkommission" mit Don Florentino als Beirat. Am 6. Oktober 1958 erhielt diese landwirtschaftliche Produktivgenossenschaft ihre letzte staatliche Genehmigung.

In der Gegenwart haben die Päpste wiederholt den Gesellschaftsvertrag empfohlen und damit die Idee der Produktivgenossenschaft als wertvoll anerkannt. Pius XI. sagt in "Quadragesimo anno" (65):

"Für den heutigen Stand der gesellschaftlichen Wirtschaft mag immerhin eine gewisse Annäherung des Lohnarbeitsverhältnisses an ein Gesellschaftsverhältnis nach Maßgabe des Tunlichen sich empfehlen. Erfreuliche Anfänge sind ja bereits gemacht zum beiderseitigen nicht geringen Vorteil, der Arbeitnehmer wie der Produktionsmittelbesitzer. Arbeiter und Angestellte gelangen auf diese Weise zu Mitbesitz oder Mitverwaltung oder zu irgendeiner Art Gewinnbeteiligung."

"Hodiernis tamen humanae consortionis condicionibus consultius fore reputamus si, quoad eius fieri possit, contractus operae per societatis contractum aliquantum temperetur, quemadmodum diversis modis fieri iam coepit, haud exiguo operariorum et possessorum emolumento. Ita operarii officialesque consortes fiunt dominii vel curationis, aut de lucris perceptis aliqua ratione participant." (217)

Pius XII. erklärte in seiner Rede an die Teilnehmer des Internationalen Kongresses für Sozialwissenschaften in Rom am 3.6.1950:
"Man verkennt ebensowenig die Nützlichkeit dessen, was man bis jetzt in diesem Sinn (d.h. bezüglich der Anpassung des Lohnvertrages an den Gesellschaftsvertrag) in verschiedenen Formen bereits verwirklicht hat zum gemeinsamen Vorteil der Arbeiter und der Eigentümer."
"...On ne méconnaît pas pour autant de l'utilité de ce qui a été jusqu'ici réalisé en ce sens, de diverses manières, au commun avantage des ouvriers et des propriétaires (Acta Ap. Sedis vol. 23 pag. 199);.." (218)

Es ist wichtig in diesem Zusammenhang zu bemerken, daß die Päpste in ihren Enzykliken und Verlautbarungen nicht so verstanden werden dürfen, als ob es nicht möglich sei, das Lohnverhältnis jetzt oder später in ein Gesellschaftsverhältnis zu überführen, es abzuschaffen und durch ein Gesellschaftsverhältnis zu ersetzen. Die Aussagen der Päpste zeigen, daß sie keine grundsätzliche Entscheidung fällen wollten, sondern zur Frage der Zweckmäßigkeit Stellung nahmen, bei der selbstverständlich die zeitgeschichtlichen Umstände besonders zu berücksichtigen sind. Wahrscheinlich ist es praktisch nicht möglich, das Lohnverhältnis völlig aufzuheben. Aber es ist möglich und unbedingt eine Forderung der Zeit, das Lohnverhältnis immer mehr dem Gesellschaftsverhältnis anzupassen.

Papst Johannes XXIII. hat in seiner Sozialenzyklika "Mater et Magistra" (219) vom 15. Mai 1961 den Gesellschaftsvertrag ausführlich behandelt und auf die Vorteile aufmerksam gemacht, die der Gesellschaftsvertrag in den letzten Jahrzehnten gebracht hat. Gleichzeitig weist der Papst aber darauf hin, daß sowohl die staatliche Gewalt wie die gesellschaftlichen Zusammenschlüsse ihre Interessen in Übereinstimmung mit den Forderungen des Gemeinwohls verfolgen und dem einzelnen die volle Entfaltung seiner Person gestatten und erleichtern müssen. Der Papst hat durch seine Erklärung über den Gesellschaftsvertrag eine problematische Frage der katholischen Soziallehre eindeutig beantwortet und die berechtigten Bestrebungen der arbeitenden Menschen in der heutigen Zeit anerkannt.

Immer wieder ist vor allem in den letzten Jahrzehnten in katholischen Kreisen der Gesellschaftsvertrag erörtert worden, ohne daß die Diskussionen zu einem befriedigenden Ergebnis gekommen sind. Erst

Papst Johannes XXIII. hat, wie bereits bemerkt, durch seine Enzyklika einen gewissen Schlußstrich gezogen. Im Hinblick auf diese Entwicklung der katholischen Soziallehre muß man die Aufgeschlossenheit und das Eintreten des Bischofs Ketteler für den Gesellschaftsvertrag anerkennend erwähnen.

Es sieht so aus, als ob die Menschheit in Zukunft immer mehr für die Vergesellschaftung der wirtschaftlichen Bereiche aufgeschlossen ist. Eine klare Prognose erscheint heute noch verfrüht. Das 18. Jahrhundert des ausgeprägten Rationalismus' sah im Menschen nur das selbständige Vernunftwesen; es übersah die tiefen Bindungen des einzelnen an die Gemeinschaft. Auf dieser Basis entwickelten sich die Strömungen des Individualismus und Liberalismus. Der Gegenschlag ließ nicht lange auf sich warten. Heute droht die Gefahr einer gegenteiligen Überspannung im materialistisch orientierten Kollektivismus. Beide Tendenzen sind Verzerrungen eines richtigen Prinzips. Der Mensch ist nämlich sowohl ein eigenständiges wie auch gemeingebundenes Wesen. Der Mensch als Individuum und als Glied der Gemeinschaft stellt die in seinem Wesen begründeten Ansprüche, deren Achtung und Erfüllung erst seine freie Entfaltung möglich macht.

Alle Wesensansprüche von Mensch zu Mensch, von Mensch zu Gott, von Mensch zur Gemeinschaft, von der Gemeinschaft zum Menschen begründen ein Recht, das sich in der sittlichen Haltung der Gerechtigkeit zu entfalten hat. Die Wirtschaftsordnung beruht auf der sittlichen Ordnung und ist eine politische Aufgabe. Daher darf das Wirtschaftsleben nicht nur "innerhalb der Naturgesetze" stehen bleiben, sondern in ihm muß die Ordnung des Rechtes und des Staates anerkannt werden. Die Wirtschaft und das Kapital haben dem Menschen zu dienen. Auch die Wirtschaftsordnung erstrebt als höchstes Ziel die Verwirklichung der Gerechtigkeit, d.h. eine soziale Ordnung, in welcher die Rechte und Pflichten des einzelnen entsprechend geachtet werden. Wenn die Wirtschaftsordnung eine sittliche Aufgabe ist, dann ist ein gewisser Zusammenhalt und eine bestimmte Zusammenarbeit unter den Menschen notwendig.

Die Aufgabe des Christentums besteht darin, für die soziale Gerechtigkeit in der Wirtschaft einzutreten. Eine für alle Zeiten geltende Wirtschaftsform gibt es nicht. Kapitalismus und Sozialismus als Wirtschaftsformen sind ökonomische Begriffe, die religiös neutral sind. Der Produktivgenossenschaft liegt der christliche Gedanke zugrunde, daß der Mensch - wie bereits erwähnt - seinem Wesen nach ebenso sehr Individuum wie Gemeinschaftsglied ist, während Karl Marx den Menschen wesentlich als Gemeinwesen betrachtete. In dieser Synthese besteht das Ideal der Produktivassoziation. Die Freiheit des Individuums wie der Gemeinschaft muß und soll in der Produktivassoziation gewährleistet sein und entfaltet werden. Der Mensch soll wirtschaftlich wieder frei und selbständig werden, und zwar durch die Vergenossenschaftlichung der Produktionsmittel. Es geht hier also im letzten um ein Ideal, das die Kirche anerkennt und empfiehlt. Diese Wirtschaftsform verletzt in keiner Weise das Privateigentum. Beide Formen können ohne jede Schwierigkeit in der Wirtschaft eines Staates friedlich nebeneinander arbeiten und bestehen.

Die Kardinalfrage der Gegenwart ist die soziale Frage, die in einem weltgeschichtlichen Ringen zwischen Ost und West ausgetragen wird. Der Westen ist hierin grundlegend - geistesgeschichtlich betrachtet - gekennzeichnet durch die Betonung der Einzelpersönlichkeit. Der personalistische Typ steht im Vordergrund. Der Osten ist der Vertreter des kollektivistischen Typs. Weder die Vergottung der Person (Individualismus) noch der Gemeinschaft (Kollektivismus) ist die Lösung. Sie liegt vielmehr in der Mitte, in der Idee der Genossenschaft, der Solidarität, der Brüderlichkeit.

Wenn nicht alle Zeichen trügen, erkennt die Menschheit heute immer mehr, daß sie zusammengehört und auch wirtschaftlich im letzten eine Familie ist. Die Parole der genossenschaftlichen Idee aber lautet: Alle für einen, einer für alle! Das personelle Element muß ernst genommen werden und das gemeinschaftliche. Diese Sicht ist biblisch im Schöpfungsglauben verankert. Heute weiß niemand, wie und wann die verwickelten wirtschaftlichen und menschlichen Probleme der Welt sich einmal befriedigend lösen werden. Die Spannungen sind groß, aber nicht unüberbrückbar. Der genossenschaftliche Gedanke, den Bischof Ketteler in besonderer Weise für die Entspannung in der Arbeiterfrage aufgriff und christlich ausmünzte, könnte auch ein fruchtbarer und segenbringender Hinweis und eine Richtlinie für die Gestaltung der Zukunft des wirtschaftlichen Lebens unseres Volkes und der Welt sein, um das Problem von Kapital und Arbeit zu einer gerechten und befriedigenden Lösung zu bringen. Ideal ist die Genossenschaft - in der Betonung dieses Gedankens liegt die überzeitliche Bedeutung des Bischofs Ketteler -, die mit christlichem Geist erfüllt ist.

In der Gegenwart zeigt sich deutlich die Tendenz zur Vergesellschaftung. Ein bekanntes Beispiel aus jüngster Zeit ist die Vergesellschaftung des Volkswagenwerkes mit der Ausgabe der VW-Aktie. Demgegenüber war es gerade für einen katholischen Bischof in der verwickelten und schwierigen geistigen Auseinandersetzung des vorigen Jahrhunderts nicht leicht, sich für den fortschrittlichen Gedanken der Produktivassoziation zu entscheiden und einzusetzen (220). Hier hat Bischof Ketteler wertvolle und nachhaltige Pionierarbeit geleistet, da er den aller Produktionsmittel "enterbten" arbeitenden Menschen wieder zu einem vollgültigen und gleichberechtigten Partner im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben machen wollte. In diesem Zusammenhang sei nochmals abschließend Kettelers Definition der Produktivassoziation erwähnt: "Das Wesen der Produktivassoziationen haben wir in der Teilnahme der Arbeiter am Geschäftsbetriebe erkannt. Der Arbeiter ist in ihnen zugleich Geschäftsunternehmer und Arbeiter und hat daher einen doppelten Anteil an dem Einkommen, den Arbeiterlohn und seinen Anteil an dem eigentlichen Geschäftsgewinne." (221)

Zurück- und vorwärtsschauend darf man wohl sagen, daß der Einsatz Kettelers für menschliche Solidarität und soziale Gerechtigkeit richtungweisend bleibt für die Bemühungen und Wege, die immer wieder in der Frage der Vergesellschaftung unternommen werden.

Mit Ketteler ruft heute die Kirche die Menschen auf, eine neue Welt mit neuen Formen auf dem göttlichen Inhalt des Christentums aufzubauen, weil Christus das Heil der Welt ist. "Christus ist das Alpha und Omega, der Anfang und das Ende (Apok. 1, 8) aller Dinge. Auf ihn beziehen sich zuletzt alle Fragen, die unter den Menschen sich erheben; in ihm allein haben sie alle ihre wahre, endliche und erhabenste Lösung. Wie aber Christus, der ... durch das Wort seiner Kraft alles trägt (Hebr. 1, 3), auch alle Fragen, die der Menschengeist stellt, trägt und ihnen Lösung und Licht gibt, so ist auch seine Kirche ... notwendig in alle Kämpfe hineingezogen, die auf Erden für und gegen Christus gekämpft werden." (222)

D. ANHANG

Quellenmaterial über die Produktivassoziationen (in Auswahl)

1. Ketteler

Ketteler, Die Arbeiterfrage und das Christenthum, S.138ff.:

"Das Wesen der Produktivassoziationen haben wir in der Teilnahme der Arbeiter am Geschäftsbetriebe selbst erkannt. Der Arbeiter ist in ihnen zugleich Geschäftsunternehmer und Arbeiter und hat daher einen doppelten Anteil an dem Einkommen, den Arbeiterlohn und seinen Anteil an dem eigentlichen Geschäftsgewinne.

Es ist nicht nötig, hier den großen Wert der Produktivassoziationen für die Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes weiter zu begründen. Wir wissen nicht, ob es jemals gelingen wird, allen Arbeitern oder auch nur dem größten Teil derselben die Vorteile dieser Genossenschaften zu bieten. Es liegt aber in ihnen eine herrliche Idee, die unsere Teilnahme und Unterstützung im allerhöchsten Grade verdient. Sie bietet, soweit sie ausführbar ist, die unmittelbarste und handgreiflichste Lösung des gestellten Problems, da sie ja außer dem durch den Marktpreis auf die niedrigste Stufe herabgedrückten Arbeiterlohn, den der Arbeiter jetzt erhält, dem Arbeiter noch eine neue Quelle des Einkommens eröffnet. Lassalle will diesen Plan verwirklichen durch Kapitalvorschüsse aus der Staatskasse. Wir haben die Ansicht ausgesprochen, daß wir diese Hilfe wenigstens als allgemeines Prinzip, d.h. als eine Zwangspflicht für die wohlhabenden Klassen, in Weise einer aufzubringenden Steuer aus ihrem Vermögen dem Arbeiterstande die nötigen Kapitalien zu geben, für einen Eingriff in das Eigentumsrecht und eine Überschreitung der rechtmäßigen Grenzen des staatlichen Besteuerungsrechtes ansehen müssen, und daß wir ferner auch die Ausführbarkeit dieser Maßregel in der Art, daß damit eine friedliche, geordnete, staatliche Entwickelung bestehen könnte, bezweifeln müssen. Der verdienstvolle Professor Huber will deshalb denselben Gedanken teils durch Anstrengung der Arbeiter selbst, teils durch freiwillige Unterstützungen verwirklichen und schlägt vor, überall in ganz kleinen Verhältnissen mit diesen Assoziationen zu beginnen. Die Schwierigkeit, die Produktivassoziationen zu gründen, liegt hiernach in der Beschaffung der nötigen Kapitalien. Die großen Geschäftsunternehmer sind die reichen Kapitalisten oder jene Gesellschaften, die Millionen zusammenschießen. Diese reichen Gesellschaften oder Kapitalisten machen aber die Konkurrenz anderer Geschäfte derselben Art unmöglich, wenn ihnen nicht auch bedeutende Kapitalien zu Gebote stehen. Geschäftsunternehmungen armer Arbeiter mit geringem oder gar keinem Kapital werden ja von diesen Riesengeschäften, die überall entstehen, in immer wachsenden kolossalen Verhältnissen, förmlich zertreten und erdrückt. Woher sollen deshalb die Arbeiter die Kapitalien nehmen? Wenn der Lassallesche Plan unberechtigt und unausführbar ist, wie wir unbedingt

glauben, und wenn es daher keine anderen Mittel gibt, als die Herr Professor Huber vorschlägt, so wäre man versucht, den ganzen herrlichen Gedanken der Produktivassoziationen als eine schöne, unfruchtbare Phantasie aufzugeben oder jedenfalls darauf zu verzichten, ihn in einer solchen Ausdehnung zu realisieren, daß dadurch doch wenigstens einem namhaften Teile der armen Arbeiter geholfen werde. Es behält immer seinen Wert, wenn von Tausenden, die dem Ertrinken nahe sind, auch nur einer gerettet wird. Die Rettung des einen ist aber im Vergleich zur Not aller Ertrinkenden immer nur eine sehr schwache und ungenügende Hilfe. Vom bloß natürlichen Standpunkt aus möchte ich dies auf den Arbeiterstand anwenden bezüglich der Gründung der Produktivassoziationen. Ich fürchte, daß es mit den Mitteln, die die Welt aufzubieten hat, nimmermehr gelingen wird, den herrlichen Gedanken der Produktivassoziationen in einer Ausdehnung auszuführen, der mit der Masse des Arbeiterstandes und mit der Größe der Arbeiternot in irgendeinem Verhältnis steht. Was wird es aber der unermeßlich großen Masse des Arbeiterstandes helfen, wenn es hie und da unter besonders glücklichen Verhältnissen einigen wenigen unter ihnen glückt, eine solche Genossenschaft zustande zu bringen und, während ihre Arbeitsbrüder mit dem elenden Arbeitslohne verkümmern, sich durch Teilnahme am Geschäftsgewinne eine etwas behaglichere Existenz zu verschaffen?

So oft ich aber diese Verhältnisse und Schwierigkeiten überlegt habe, so oft ist auch die Zuversicht und die freudige Hoffnung in mir aufgelebt, daß die Kräfte, die im Christentum die Herzen bewegen, auch auf diesem Gebiete dem Arbeiterstande zu Hilfe eilen und die Idee der Produktivassoziationen im größeren Umfange verwirklichen werden. Es gehören dazu große Kapitalien, und ich bin weit von dem Gedanken entfernt, daß sich diese Hilfe für den Arbeiterstand wie auf einmal und plötzlich und überall verwirklichen werde; ich sehe aber diese Verwirklichung wie von ferne und hoffe, daß die Fundamente hierzu von christlichen Seelen bald hier, bald dort in Angriff genommen werden. Das Christentum ist bei allen seinen Unternehmungen eine Kraft, die von innen heraus wirkt, langsam voranschreitet, dann aber auch unfehlbar die allererhabensten und unerwartetsten Dinge zum Heile der Menschen vollbringt. Es mögen noch viele Zwischenfälle eintreten, bis dieses Wirken des Christentums die nötige Ausdehnung gewinnt. Der Geist des Christentums hat auch Jahrhunderte gearbeitet, bis die großen alten römischen Familien ihre Sklaven zu Tausenden entließen und ihnen die Freiheit gaben. Vielleicht wird noch mancher Schulze-Delitzsch auftreten und dem Arbeiterstande Rettung und Heil verkünden, bis auch der Turm, den der letzte von ihnen aufbaut, zusammenstürzt und dem armen Arbeitervolke die neue traurige Erfahrung bietet, daß es getäuscht ist und seine Hoffnungen eitel waren. Vielleicht muß sogar die Welt auch das Lassallesche Programm praktisch durchprobieren und nach allen großen Trübsalen, die aus diesem gefährlichen Manöver, namentlich wenn es in die Hände schlechter Demagogen übergehen sollte, entstehen können, an sich selbst erfahren, daß auch die Demokraten ihnen nicht zu helfen vermögen, wenn sie ihre philantropischen Ideen auf den bloßen Flugsand menschlicher Ansichten, statt auf den Fels des Christentums bauen. Wie und wann daher das Christentum

auch in dieser Weise dem Arbeiterstande helfen wird, können wir nicht wissen. Dagegen zweifeln wir nicht, daß, was immer Wahres und Gutes und Ausführbares in der Idee der Produktivassoziationen liegt, durch das Christentum vollbracht werden wird. Freilich steht in diesem Augenblicke jener Stand, der hier Großes wirken könnte, der Stand der reichen Kaufleute, der reichen Industrie und der großen Kapitalisten in seiner Mehrzahl dem Christentum ziemlich ferne; er bildet ja jetzt vor allem die bewegende, bezahlende, besoldende Macht der großen liberalen Partei. Doch hat auch hier noch das Christentum seine treuen Anhänger, und was anderen abgeht, braucht nicht immer so zu bleiben. Es war eine Zeit, da auch die alten reichen römischen Patrizierfamilien, in denen die römische Matrone nur zum Putze ihres Körpers sich von einigen hundert Sklavinnen bedienen ließ, dem Christentume sehr ferne standen, und doch kam die Zeit, wo die Kinder dieser Familien die Sklaven entließen, mit ihrem ganzen Vermögen Italien mit Wohltätigkeitsanstalten für die armen Sklaven bedeckten und selbst aus Liebe für Christus ihr Leben dahingaben. Das Christentum ist so wunderbar! Wer heute sein Feind ist, fällt morgen vor dem Kreuze anbetend nieder, und der Sohn des Mannes, der das Christentum verflucht hat, gibt aus Liebe zu Christus sein Blut dahin. Doch dem sei, wie ihm wolle; das Christentum ist so überreich an Mitteln, daß es, wenn es so Gottes Wille ist, die Herzen der Christen auf dieses Gebiet hinzulenken, nicht schwer fallen wird, nach und nach auch die größten Kapitalisten zusammenzubringen, die zur Schaffung der Produktivassoziationen nötig wären. Es sind zwei Systeme der Besteuerung, das eine übt der Staat, das andere das Christentum. Der Staat besteuert durch äußeren Zwang nach Steuergesetzen, Steuerlisten und durch Steuerboten, das Christentum besteuert durch das innere Gesetz der Liebe, und der Steuerzwang und die Steuertaxe und der Steuerbote sind da der freie Wille und das Gewissen. Alle großen Staaten Europas gehen fort und fort mit ihren Steuersystemen zugrunde, und aus diesen Geldverlegenheiten ist jenes Geheimnis der Iniquität und Korruption, jenes weltumspinnende Netz der Börsenspekulation mit aller sittlichen Korruption, die aus diesem Sumpfe entsteht, hervorgegangen. Das Christentum dagegen mit seinem Steuersystem hat noch für alle seine großen Unternehmen immer den reichsten Überfluß aller denkbaren Mittel gefunden. Welche Kapitalien hat das Christentum durch seine freiwilligen Besteuerungen im Gewissen und im Herzen guter Christen schon zusammengebracht? Wenn wir an alle diese Kirchen, alle diese Klöster, alle diese Anstalten der christlichen Liebe, für jede denkbare menschliche Not und Gebrechlichkeit, alle die in der ganzen Welt gegründeten Pfarreien und Bistümer, alle die in der ganzen Welt angesammelten Armenfonds, alle die durch das Christentum gegründeten Schulen und Lehranstalten, alle diese alten Universitätsfonds denken und uns vorstellen, daß fast das alles ohne Ausnahme durch freiwillige Gaben geschaffen und gegründet ist, welche Vorstellung müssen wir uns dann von der Lebenskraft des Christentums machen? Und so war das Christentum nicht nur in alten Tagen, ganz so ist es ja heute noch. Wenn wir die Wohltätigkeitsanstalten, die in der Dauer unseres Lebens durch freiwillige Gaben geschaffen wurden, zusammenrechneten, welche Summe würde sich ergeben? Hat doch diese freiwillige Besteuerung des christlichen Geistes in den letzten fünf Jahren allein dem

Hl. Vater dreiundzwanzig Millionen dargereicht. Mögen unsere Gegner von dem Nutzen der Verwendung dieser Gaben denken, was sie wollen; sie müssen doch wenigstens zugeben, daß eine Kirche, die eine solche Realität zutage bringt, eine entsprechende innere Kraft besitzt, die sie nicht haben. Wie sollten da dem Christentum die Mittel vorenthalten bleiben zur Schaffung der nötigen Anstalten für den Arbeiterstand?

Das, was die Herzen angeregt hat zu allen Werken der Barmherzigkeit im Christentum, ist das übernatürliche Feuer, das Jesus, der Sohn Gottes, auf die Welt gebracht hat, und von dem er selbst gesagt hat: "Ich habe ein Feuer auf die Welt gebracht, und was will ich anders, als daß es brenne." So kommen die christlichen Werke zustande. Aus diesem göttlichen Feuermeer der Liebe fällt ein zündender Funke bald in dieses, bald in jenes Christenherz, und wenn es sich dort zur Flamme entzündet, dann wirkt es die großen Werke und die großen freiwilligen Opfer, die nötig sind, um große und wunderbare Dinge ins Leben zu rufen. Das ist meine Hoffnung und mein Vertrauen für die Zukunft. Je mehr die Welt mit allen ihren Unternehmungen, dem Arbeiterstande zu helfen, Bankerott macht, desto gewisser naht die Zeit, wo Gott durch das Christentum dem Arbeiterstande wieder helfen wird.

Möge daher Gott in seiner Gnade bald die Männer erwecken, die diese fruchtbare Idee der Produktivassoziationen im Namen Gottes auf dem Boden des Christentums in Angriff nehmen und zum Heile des Arbeiterstandes zur Ausführung bringen. Ein großer Teil der Arbeiter in den zahlreichsten Fabrikbezirken ist jetzt in Händen glaubensloser Männer und an ihren Lohn angewiesen; ihre Existenz ist doppelt gefährdet. Sie hängen nicht nur mit ihrer Lebensnotdurft von dem Tagelohn, der ihnen täglich entzogen werden kann, ab; sie sind überdies in Gefahr, daß ihre reichen Fabrikherren ihnen für diesen elenden Lohn auch noch ihren Glauben und ihr Gewissen abkaufen. Das ist ja so überaus betrübend und empörend bei dieser neuen Sklaverei unserer Tage. Wie manche reiche Fabrikherren benutzen den ganzen Einfluß, den sie dadurch haben, daß diese armen Leute ihnen dienen müssen, um ihnen ihren Christenglauben aus der Seele zu reißen. Ich sage, dadurch, daß sie ihnen dienen m ü s s e n; denn wenn man mir antwortet, daß der Fabrikarbeiter freiwillig arbeite, so antworte ich, daß diese Freiwilligkeit eine Täuschung ist. Hier verhält es sich wieder wie mit der Konkurrenz und wie mit diesem ganzen liberalen volkswirtschaftlichen System, es ist voll Schein und Widerspruch mit der Wirklichkeit. Der arme Arbeiter lebt da in seiner Heimat, in der Nähe des Geschäftes. Man sagt ihm, es besteht Freizügigkeit, du kannst dir wo anders dein Brot suchen. Wie kann aber dieser Mann mit Frau und Familie auf Reisen gehen, um diesen Versuch zu machen! Er kann nicht einen Tag den Tagelohn entbehren, ohne zu hungern; wie kann er auf den Zufall hin, ob er Arbeit findet, wochenlang auf Reisen gehen und nicht nur den Lohn entbehren, sondern auch die Reisekosten bestreiten! Er würde dem offenbaren Bettel und Hungertode entgegengehen; für ihn besteht keine Freizügigkeit, denn er kann keinen Gebrauch davon machen; er ist durch Naturgesetze an den Platz seiner Heimat gebunden. Die liberale Partei sagt ihm ferner: es besteht Gewerbefreiheit, wähle dir auf der ganzen weiten Welt ein anderes Gewerbe, du brauchst dich

mit dem Tagelohn des Fabrikherrn nicht zu begnügen; wenn du es tust, ist es deine Sache. Das ist aber alles wieder unwahr. Der arme Arbeiter, von dem wir reden, ist Familienvater; er hat die ersten zehn besten Jahre seiner Jugend in der Fabrik gearbeitet; er hat dort schon den besten Teil seiner Gesundheit zugesetzt; er hat auch bei der Teilung der Arbeit in der Fabrik keine andere Geschicklichkeit erlangt, als diese eine kleine mechanische Verrichtung, dieses eine Stück einer Gesamtarbeit, das für sich gar keinen Wert hat. Seine Fabriklebensdauer ist vielleicht höchstens vierzig Jahre, und er fängt jetzt schon an, kränklich zu werden, da, wo er zugleich die meisten Bedürfnisse hat. Mag die liberale Partei noch so viel von Gewerbefreiheit reden, für diesen Mann (und das ist fast der Zustnnd aller Arbeiter in der Welt in einem gewissen Alter) gibt es weder Gewerbefreiheit noch Freizügigkeit; er ist, wenn er nicht verhungern will, mit seiner Familie an diesen bestimmten Ort und an dieses bestimmte Geschäft angewiesen; er muß bei diesem reichen Fabrikherrn arbeiten, und dieses muß ist für ihn ebenso zwingend, wie für jeden Sklaven, dem man das muß mit der Peitsche und Kette beibringt. So sind zahllose Arbeiter in den Fabrikbezirken, und die Not dieser armen Menschen, die so von dem Willen ihres Fabrikherrn abhängen und von dieser Abhängigkeit das tiefste Bewußtsein haben, mißbraucht man oft noch, während man zugleich von Humanität und Toleranz in Redensarten überfließt, um sie religiös und sittlich zu ruinieren. Wer kennt nicht solche Fabrikherren, deren große Arbeitshäuser nichts mehr sind als Anstalten, wo unser armes, armes Christenvolk, namentlich unsere christliche Jugend, Liederlichkeit, Religionsspötterei und jede schlechte Leidenschaft lernt? Was würde es nun für eine Wirkung haben, wenn man beginnen könnte, in diesen modernen Sklavenbezirken der weißen Sklaverei, wo das arme christliche Volk von unchristlichen Fabrikherren mißbraucht wird, auf christlicher Basis eingerichtete Produktivassoziationen zu gründen? Wenn die christliche Liebe die nötigen Hilfsmittel zusammenbrächte, die zu einer Geschäftseinrichtung nötig sind, und nun die Arbeiter aufforderte, bei diesem Geschäft unter der Bedingung zu arbeiten, daß ein Teil des Gewinnes, der nicht zum Geschäftsbetrieb und nötigen Reservefonds notwendig ist, ihnen von der christlichen Liebe als Eigentum zufließen solle? Der Erfolg würde groß sein, und dieser fluchwürdige Einfluß einer von Gott abgefallenen Industrie auf unsern Arbeiterstand wäre vielleicht damit bleibend gebrochen. Möge die Aufmerksamkeit aller christlichen Denker, die durch den christlichen Geist angetrieben sind, über die Not des Arbeiterstandes und die Mittel, ihnen zu helfen, nachzudenken, sich diesem Gegenstande zuwenden; möge Gott die Menschen erwecken, die Einsicht und Mittel haben, für diesen Zweck zu arbeiten. Wenn man mit solchen Industriezweigen begänne, welche kein sehr bedeutendes Kapital erfordern und dem Unternehmen am Anfang keine allzu große Ausdehnung geben würde, so müßte die Ausführung nicht gar zu schwer sein. Es gibt auch Stände in unserer Zeit, die den Drang haben, für ihre Mitmenschen Gutes zu wirken. Der Adel hat in früherer Zeit einen Teil der großen Klosterstiftungen der Kirche als Opfer dargebracht. Mit scheint, es könnte kaum etwas Christlicheres und Gottgefälligeres geben, als wenn eine Korporation zusammenträte, um für diesen Zweck

an einer Stelle, wo die Not der Arbeiter besonders groß ist, eine derartige Produktivassoziation der Arbeiter auf christlicher Grundlage zu begründen.

Zur Förderung dieser großen Angelegenheit ist es vor allem notwendig, daß der Gedanke der Produktivassoziationen selbst und die Art und Weise der möglichen Ausführung derselben nach allen Seiten hin besprochen und klar gemacht werde. Nur wenn die Einsicht in die Wichtigkeit dieser Verbindungen für den Arbeiterstand, sowohl im Arbeiterstand selbst, wie außerhalb desselben, eine große und allgemeine Verbreitung findet, wenn recht viele von ihrem großen Nutzen lebhaft überzeugt sind, wenn sie zugleich sehen, in welcher Weise und durch welche Mittel ihre Ausführung möglich ist, können wir hoffen, daß sich die Versuche mehren werden, sie ins Leben zu rufen."

Pfülf, Bischof von Ketteler, Bd. 2, S. 197ff.:

"Unterdessen hatte Ketteler von seinem Gedanken, Produktiv-Assoziationen für Arbeiter ins Leben zu rufen, nicht gelassen. Noch am 18. August 1864 wandte er sich an die Redaktion der "Deutschen Bürgerzeitung" in Berlin, um die Statuten einer solchen dort bestehenden Genossenschaft für Zigarren-Arbeiter zu erhalten. Am 20. September wurden ihm dieselben - ursprünglich von Schulze-Delitzsch selbst verfaßt - durch Stadtrat Riedel mit einem höflichen Begleitschreiben zugesendet.

Unter Kettelers nachgelassenen Papieren befindet sich aus jener Zeit noch der Entwurf einer Denkschrift, durch welche er die von ihm geplante Gründung ankündigen und näher erläutern und zur Unterstützung des Unternehmens auffordern wollte. Mit dem Hinweis auf den Höhepunkt der sozialen Not begründet er zunächst die Notwendigkeit der Assoziation der Arbeiter und bespricht und kritisiert deren verschiedene Arten. Er beginnt mit der englischen Trade-Union, deren verhältnismäßig große Erfolge er anerkennt:

> "Die erste Klasse bilden jene Arbeitergenossenschaften, welche als Gegensatz zu den Folgen der auflösenden Doktrin der Manchesterschule in der äußersten Not, im Verzweiflungskampfe um das tägliche Brot zuerst entstanden. Dieses tägliche Brot für den Arbeiter hing nämlich von seinem Taglohn ab, der Taglohn aber - nachdem der Arbeiter jeden andern Schutz verloren hatte, selbst jeden moralischen, und zwar in Folge jener Theorie von dem täglich sich verschiebenden Marktpreis für Arbeit - in dieser Lage bildeten sich zur Notwehr Genossenschaften unter den Arbeitern in England. Sie waren anfänglich g e h e i m , denn die Gesetze der liberalen Partei hatten den Arbeiter isoliert, ja verboten ihm eben jedes Zusammentun. Arbeiter, die sich vereinten zum Schutz, verfielen der Strafe. Sie waren aber nur auf Schutz des Tagelohnes gerichtet - in doppelter Richtung, von wo der Tagelohn gefährdet war: gegen den Arbeitsherrn . . . und gegen die Mitarbeiter."

Kettelers Urteil über diese Arbeiter-Verbindungen kann nach seiner Beschreibung derselben nicht zweifelhaft sein:

> "Sie sind berechtigt wie die Schnitte am kranken Körper; setzen Krankheitszustände voraus; in Krankheitszuständen aber relativ gut. Deshalb dem Arbeiter freizulassen, alle Hemmnisse der Assoziationen in der Gesetzgebung zu beseitigen. Auf der andern Seite aber nicht an dem Betrug der Arbeiter teilnehmen, als ob diese TRADE-UNION ihnen allein helfen könne."

Auf solche dem englischen Boden entstammten Vereinigungen war nach Kettelers Urteil die damalige Bewegung unter den Arbeitern in Deutschland hauptsächlich gerichtet, aber auch Deutschland selbst hatte schon eigene Arten von Arbeitervereinen hervorgebracht, die freilich nicht immer zum bloßen Vorteil der arbeitenden Klassen wirkten. Ketteler wird auch ihnen gerecht:

"Von diesen Genossenschaften (TRADE-UNION) unterscheiden sich jene, die wir unter dem Namen Schulze-Delitzsch zusammenfassen: Vorschußvereine, Sparkassenvereine, Rohstoffvereine, Lebensmittelvereine etc. Sie haben den Genossenschafts-Sinn erweckt - großer Vorteil! - eine gute Rückkehr in's finstere Mittelalter! Sie haben den Arbeitern auch mannigfache Vorteile gebracht: kleine Vorschüsse zu erhalten, wohlfeilere Stoffe, Handwerkszeug, wohlfeilere Nahrungsmittel usw., also ein plus zu den Vorteilen jener ersten Klasse. Sind sie aber nicht mißbraucht, weil ihre Leitung fast überall in den Händen der religionsfeindlichen liberalen Partei lag? Sie sind mißbraucht gegen die Religion, sie sind mißbraucht, indem ihre Leiter, eben weil ihnen (den Arbeitern) selbst die Schlauigkeit fehlte, sie oft benützten nicht für die Arbeiter, sondern für sich. Manche Vorschußvereine sind mit ihrem Scheine der Fürsorge bare Lügen, so auch manche Rohstoffvereine, nur Bereicherungsmittel der humanen liberalen Herren, die durch Kunstmittel lieber ihren Geldbeutel füllen. Sie können (indes, wenn) redlich, immer etwas helfen."

Nun erst kommt Ketteler zu dem, was ihm eigentlich vor Augen schwebt:

"Von dieser Klasse von Genossenschaften unterscheiden sich wesentlich jene, die die Arbeiter nicht bloß verbinden zur Abwehr von Beschränkung und täglichem Wechsel des Taglohns, die ihn nicht bloß verbinden, um billigere Lebensmittel zu erhalten, sondern ihn verbinden zur Produktion als Eigentümer oder Teilnehmer am Geschäft und dadurch auch am Geschäftsgewinn.

Der Unterschied dieser Klassen der Vereine liegt zu Tage. In jenen Vereinen ist er nur ein armer Arbeiter, der sich täglich seiner Haut wehrt; in diesen ist er, wenn auch nur zu einem kleinen Teilchen, Mitherr, Mitnießer des Geschäftes.

Diese letzte Klasse von Gesellschaften, die gar nicht hoch genug geschätzt werden können, entwickelt sich in unsern Tagen in drei Formen mit mannigfacher Verschiedenheit: die reine Produktivgesellschaft, (die Genossenschaft für handwerksmäßigen Betrieb d.i. Anpassung der Genossenschaft auf das Handwerk) und die Partner-Gesellschaft. Leider haben wir noch keine Namen und insbesondere keine deutschen Namen, die diesen Unterschied durch ihren Wortsinn klar machen."

Der Bischof bespricht nun zunächst die "reine Produktiv-Assoziation", bei welcher die Arbeiter zugleich die alleinigen Eigentümer des Geschäftes sind. Er verkennt jedoch nicht die mannigfachen Schwierigkeiten und Gefahren, welche von innen und außen solche Arbeiter-Vereinigungen bedrohen. Mit Vorliebe verweilt er dagegen bei der Partner-Gesellschaft. Hier steht ein Eigentümer und Geschäftsmann an der Spitze. Von den Aktien, welche das im Geschäfte ruhende Kapital darstellen, behält er einen Teil für sich, den andern Teil bietet er zum Ankauf für Beamte und Arbeiter des Geschäftes, ja gewährt selbst den Arbeitern zur Erwerbung derselben besondere Erleichterungen. So werden mit der Zeit gerade die besseren und verlässigeren Arbeiter

zu Teilnehmern am Geschäfte und am Geschäftsgewinn, während auf der andern Seite namentlich durch die Einheitlichkeit der Leitung und das Vorhandensein eines genügenden Grundkapitals die Übelstände der reinen Produktiv-Genossenschaft vermieden werden. Der Bischof kommt jetzt auf seinen Plan, welchen er kurz begründet: "In der Förderung dieses (ganzen bisher beschriebenen) Genossenschaftswesens, in Pflege alles darin Guten und Berechtigten, liegt eine Hauptaufgabe der Zeit, eine der schönsten Aufgaben der christlichen (Nationen mit Vermeidung alles Streites)." (223)

Er erklärt daher, einen großen Verein ins Leben rufen zu wollen zur Förderung aller dieser Hauptrichtungen des Genossenschaftswesens: der Vereine von Schulze-Delitzsch, der Handwerkertage, der Produktiv-Assoziationen in ihren verschiedenen Formen. Er entrollt den Plan dieses Unternehmens und schließt dann mit der Erklärung: "Zur Förderung gebe ich jährlich 5000 fl. auf 6 Jahre, wenn ich so lange lebe. Ich bemerke dabei, daß ich bereit bin . . . . " mit diesen Worten bricht die Skizze plötzlich ab.

Das angekündigte eingehende Statut des Unternehmens findet sich nicht beim Manuskript. Ersatz bietet dafür die Skizze eines anderen ähnlichen Entwurfes gleichfalls aus der Zeit, welche dem Erscheinen der "Arbeiterfrage" unmittelbar vorherging:

I. Gründung einer Volksbank

II. Zweck:

1. Darlehen zum geringsten Preis für kleine Geschäftsleute.
2. Annahme von Ersparnissen, Sparkassen.
3. Förderung aller genossenschaftlichen Bestrebungen unter den Arbeitern z. B. Darlehen an Arbeiter für Erleichterung der Gründung oder Fortführung von Produktiv-Assoziationen oder Partnergeschäften ohne Prozent oder zu geringen Prozenten, bis das Geschäft in gutem und blühendem Betrieb ist. Dafür einen bleibenden Einfluß, sittlich, auf das Geschäft.
4. Prämien jährlich für das beste im Druck erschienene volkswirtschaftliche Werk.

III. Der Fonds gebildet durch Aktien zu 10 fl.

Die Gesellschaft beginnt, wenn 1000 Aktien untergebracht sind. Ich gebe dazu mein Einkommen auf fünf Jahre umsonst. Kann die Gesellschaft nach X Jahren es zurückgeben, so soll es an eine Anstalt . . .

IV. Alle Aktionäre verwalten. Sie wählen einen Vorstand und Präsidenten, der vom Besitzstand Rechenschaft geben muß.

V. Nach 10.000 fl. zusammentreten zur definitiven Annahme der Statuten und Wahl des Rates.

Fortschreitende Erkenntnis brachte indes Ketteler dazu, seinen großen Plan allmählich mehr abzugrenzen und dadurch mehr in das Gebiet des Erreichbaren zu rücken. Ein Entwurf, welcher erst nach der Veröffentlichung der "Arbeiterfrage" und im engen Anschluß an diese entstanden ist (zwischen 1864 und 1866), trägt bereits die mehr bestimmte Aufschrift: "Produktiv-Assoziationen". Derselbe geht von dem Grundgedanken aus, daß es die Aufgabe der sozialen Reform sei, dem Arbeiter über den Tagelohn hinaus noch ein plus zu gewähren. Darin bestehe die Lösung der Nahrungsfrage, die Beseitigung der sozialen Frage, soweit sie eine "Magenfrage" ist. Über dieses Maß hinaus können die wirtschaftlichen Zustände der Masse der Menschen nicht gebracht werden.

Dieses Ziel wollen die liberalen Volksbeglücker erreicht sehen lediglich durch Bildung und Selbsthilfe, durch die es den Arbeitern gelingen soll, die Schwierigkeiten und Unzuträglichkeiten, unter welchen sie leiden, zu beseitigen. Die radikale Partei will Staatshilfe, und damit alles, Staatshilfe durch Umsturz und dies als Universalmittel. Staatshilfe als Universalmittel verwirft Ketteler im Prinzip; im Zurückstoßen des Arbeiters auf die bloße Selbsthilfe sieht er dessen endgültiges Verderben. Er glaubt ein drittes Mittel gefunden zu haben, das der Nahrungsfrage abhelfen kann, wenn auch nicht als Universalmittel. Es ist die Beschaffung des zu Produktiv-Assoziationen nötigen Kapitals durch die christliche Liebe.

Er selbst will, wie er schon im Briefe an Lassalle es andeutet, für das Großherzogtum Hessen eine Gesellschaft ins Leben rufen, welche für ein auf eine bestimmte Anzahl von Arbeitern berechnetes Geschäft das Kapital aufbringen soll. Das Kapital wird ganz auf das Geschäft verwendet, jedoch ohne den Arbeitern Eigentumsanteil zu gewähren. Hierfür die Statuten:

1. Zweck der Gesellschaft:

   Gründung von Fabriken oder handwerkschaftlichen Geschäften in der Absicht, um tätigen Arbeitern außer dem Tagelohn den ganzen Geschäftsgewinn zuzuwenden.

2. Art der Ausführung:

   Sobald hinreichende Mittel vorhanden sind, wird mit einem Geschäfte der Anfang gemacht. Es wird ein Geschäft gewählt, das wenig Schwankungen, einen möglichst sicheren Betrieb hat und kein zu großes Anlage-Kapital kostet.

   Wenn ein Geschäft im Betrieb ist, und es ist Kapital da, so wird ein zweites gegründet.

   Die angenommenen Arbeiter erhalten zunächst ihren Tagelohn. Am Ende des Jahres wird Rechnung gelegt. Der gesammte Gewinn - nach Abzug der Betriebskosten, des Tagelohnes, der Zinsen des etwa verzinslich aufgenommenen Kapitals - wird für die Arbeiter verwendet; die Hälfte bar, die Hälfte durch Veranlagung im Geschäfte. Alle Arbeiter zu gleichen Teilen.

3. Aufbringung der Geldmittel:

   1) Grundkapital von v.D.K.
   2) Unverzinsliche Beiträge.
   3) Verzinsliche Anleihe.

4. Ausnahmen von 2 (oben).

   Nur brave christliche Arbeiter werden angenommen, die andern ausgeschlossen. An dem Gewinn haben nur jene Anteil, die sittlich brav gewesen sind.

5. Mitglieder der Gesellschaft.

   Mitglieder der Gesellschaft sind alle, die entweder ein Kapital von 1000 Gulden geben oder in sicher anzuweisendem Wege zehn Jahre lang 100 fl. bezahlen.

6. Leitung.

   1) Engerer und weiterer Ausschuß.
   2) Ersterer besteht aus X Mitgliedern, letzterer aus XX.
   3) Kann nach Bedürfnis geordnet werden.
   4) Jährlich Generalversammlung der sämtlichen Mitglieder.
   5) Der Bischof von Mainz hat ein Veto bei Abänderung der Statuten.

Einladung . . . .

Allein so viel guter Wille auch vorhanden war, Ketteler konnte sich der Einsicht nicht verschließen, wie große Schwierigkeiten einem solchen Unternehmen entgegenstehen würden, und welch umfassende Geschäftserfahrung und kaufmännische Geriebenheit eine glückliche Durchführung desselben voraussetze. V.A. Huber hatte in seinem ersten Schreiben gerade hierauf sehr nachdrücklich aufmerksam gemacht. Überdies aber fehlte die Ausgiebigkeit der Mittel, zumal nachdem der große Gutskauf in Kleinzimmern die gehegten Hoffnungen nicht erfüllt, und dem Bischof nur eine ungeheuere Schuldenlast aufgebürdet hatte. Daß vor allem im Mangel an Mitteln das Hemmnis lag, verrät sich in einer Äußerung des "Mainzer Journals" gegenüber den Angriffen des "Frankfurter Journals" auf Bischof Ketteler, 26. Juni 1864 (224):

> "Dem "Frankfurter Journal" beliebt es, fortwährend den katholischen Klerus seinen Lesern vorzuführen als eine "geldhungrige Kaste", welche die Völker aussaugt. Allein wir glauben dem Fr. J. bemerken zu dürfen, daß, wenn die Hunderttausende und Millionen reichen Fabrikherrn und alle die übrigen strotzenden Geldmagnaten einmal ihre Herzen erweitern und von ihren jährlichen Revenuen nur in derselben Weise den zehnten Teil ungefähr für gemeinnützige Zwecke verwenden wollten, wie es der vom Fr. J. so oft schon geschmähte hochwürdigste Bischof von Mainz alljährlich fast mit seinem ganzen Einkommen tut, - dann wäre die Arbeiterfrage glücklich gelöst, und es würden Produktiv-Assoziationen der Arbeiter, jährliche Dividenden für die Arbeiter, wohltätige Anstalten für die kranken und arbeitsunfähigen Arbeiter in großartigster Weise ins Leben treten, und alles, was an den mo-

dernen Systemen von Schulze-Delitzsch und Lassalle irgendwie Gutes und Brauchbares ist, würde auf dem Boden der christlichen Nächstenliebe die herrlichsten Früchte tragen."

Das waren die Gedanken, wie sie Ketteler erfüllten. Einige Monate später kam ihm eine eigentümliche Warnung zu. In Oberleutensdorf in Böhmen hatte P. Theodosius O. Cap., natürlich mit fremden Geldern, eine Tuchfabrik gegründet. Alles war in echt christlichem Geist organisiert. Anteil am Reingewinn war den Arbeitern zugesichert, sobald das Haus nur einigermaßen entlastet wäre; Schulen, Kranken- und Waisenpflege waren mit der Fabrik in Verbindung gebracht; eine christliche Tagesordnung war eingeführt, alles geleitet und beaufsichtigt von den "Schwestern vom hl. Kreuz", wie sie P. Theodosius zu seinen menschenfreundlichen Zwecken herangebildet hatte. Das Unternehmen war für die ganze Umgegend von besonderer Bedeutung, da die dortigen Fabriken, meist im Besitz ausländischer Protestanten, ohne Schonung und Erbarmung den Arbeitern gegenüber ihr ausschließliches Interesse verfolgten. Alles war wohl geplant und ließ Erfolg hoffen. Da starb plötzlich P. Theodosius. Ungestüm drängten nun die Gläubiger; namhafte Summen wurden gekündigt; das Unternehmen geriet in eine überaus kritische Lage. Der Geistliche, welcher die Leitung der Kreuzschwestern in Oberleutensdorf hatte, wandte sich hierhin und dorthin um Rat und Hilfe; einer der ersten, die er (11. März 1865) anrief, war der Bischof von Mainz. Ketteler ist unter diesen Umständen nie zu einem praktischen Versuch gekommen, aber noch manche Jahre später hat der Gedanke ihn beschäftigt. Doch sein Blick ging weiter; er notiert um diese Zeit:

"1. An die Stelle der individuellen Selbsthilfe des Liberalismus muß genossenschaftliche Selbsthilfe treten, ohne dabei eine vernünftige Unterstützung seitens des Staates auszuschließen.

2. Ich halte deshalb die Notwendigkeit einer Organisation fest, der alle Arbeiter angehören müssen.

3. Als Anhalt die Gewerkschaft. Ihre Organisation prüfen. Sie zu Vorschlägen veranlassen. Darauf eine Verfassung für den Arbeiterstand ausarbeiten.

4. (Jeder kann unter den verwandten Geschäften jenes Geschäft wählen, dessen Gewerkschaft er angehören will). (225)

5. Die Gewerkschaft muß ihren Mitgliedern materiell und sittlich Schutz gewähren im Sinne der genossenschaftlichen Selbsthilfe.

6. Die Gewerkschaften haben über sich einen "Kreis-Verband" für alle Gewerkschaften innerhalb des Kreises. Dieser bildet:
   a) für die Mitglieder eine Appell-Instanz;
   b) sie verwaltet und verwendet das gemeinschaftliche Vermögen;
   c) organisiert (?) die Verbindung zwischen Staat und Gewerkschaft.

7. (Jede Gewerkschaft hat eigenes Vermögen unter Kuratel des Kreis-Verbandes und der Staatsbehörde). (225)

8. Anerkennung des Kreis-Verbandes durch den Staat . . ."

"Organisation", das war das Zauberwort, in dem allein der Bischof noch Hilfe und Rettung für den Arbeiterstand zu erkennen glaubte, wenn dieselbe nur durch Kirche und Staat nach Bedürfnis geschützt und gestützt würde. Wohl in jeder seiner zahlreichen meist rasch hingeworfenen Skizzen über die Arbeiterfrage aus jenen Jahren kehrt in der einen oder andern Weise dieser Grundgedanke wieder:

"Corporative Organisation des gesamten Staates. - Arbeit - Handwerk. Wiederherstellung der natürlichen Verbände unter den Menschen und Organisierung derselben durch Autonomie innerhalb ihrer eigentümlichen Gebiete und mit hinreichender Garantie, daß durch andere Verbindungen nicht in ihre Rechte eingegriffen wird.- Also drei Gedanken:

Erstens: Ausscheiden, Herstellung der natürlichen Verbände; dann Anerkennung der naturgemäßen Rechte: Staat - Nation - Gemeinde - Adel - Bauern - Handelsstand - Handwerker - Arbeiter etc.

Zweitens: Organisierung derselben. Autonomische Gesetzgebung innerhalb ihrer eigentümlichen Interessen. Staatshilfe notwendig.

Drittens: Garantie, daß andere Stände nicht entmutigen."

Dies wird in einer andern Skizze wieder speziell auf die Arbeiter angewendet:

"Weise Organisierung der Arbeiterstände; eine Verfassung für sie; eine Oberleitung für sie, ein Heranbilden zu einer gewissen Selbständigkeit. Unser Staat kocht die Suppe, macht die Butter; das muß aufhören. Kann einer im allgemeinen Organisierung aller Stände verfolgen? Noch dazu keine Aussicht."

Um so mehr drängte daher der Bischof wieder auf das, was seiner Meinung nach schon jetzt erreicht werden konnte; es war in jenen Jahren, wie er es auch einmal buchstäblich ausgesprochen hat, sein "ceterum censeo": "Endlich Produktiv-Assoziationen durch christliche Liebe! Das Kapital muß der Staat reichen oder die christliche Liebe."

2. Lassalle

Lassalle, Gesammelte Reden und Schriften, Bd. III, S. 69 ff.:

"Den Arbeiterstand zu seinem eigenen Unternehmer machen - das ist das Mittel, durch welches - und durch welches allein - wie Sie jetzt sofort selbst sehen, jenes eherne und grausame Gesetz beseitigt sein würde, das den Arbeitslohn bestimmt!

Wenn der Arbeiterstand sein eigener Unternehmer ist, so fällt jene Scheidung zwischen Arbeitslohn und Unternehmergewinn und mit ihr der bloße Arbeitslohn überhaupt fort, und an seine Stelle tritt als Vergeltung der Arbeit: der Arbeitsertrag!

Die Aufhebung des Unternehmergewinns in der friedlichsten, legalsten und einfachsten Weise, indem sich der Arbeiterstand durch freiwillige Assoziationen als sein eigener Unternehmer organisiert, die hiermit und hiermit allein gegebene Aufhebung jenes Gesetzes, welches unter der heutigen Produktion von dem Produktionsertrag das eben zur Lebensfristung Erforderliche auf die Arbeiter als Lohn und den gesamten Überschuß auf den Unternehmer verteilt, das ist die einzige wahrhafte, die einzige seinen gerechten Ansprüchen entsprechende, die einzige nicht illusionäre Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes.

Aber wie? Werfen Sie einen Blick auf die Eisenbahnen, die Maschinenfabriken, die Schiffsbauwerkstätten, die Baumwollspinnereien, die Kattunfabriken usw. usw., auf die zu diesen Anlagen erforderlichen Millionen, werfen Sie dann einen Blick in die Leere Ihrer Taschen und fragen Sie sich, wo Sie jemals die zu diesen Anlagen erforderlichen Riesenkapitalien hernehmen und wie Sie somit jemals den Betrieb der Großindustrie auf eigene Rechnung ermöglichen sollen?

Und gewiß ist nichts sicherer, nichts festerstehend, als daß Sie dies niemals ermöglichen würden, wenn Sie ausschließlich und lediglich und allein auf Ihre isolierten Anstrengungen als Individuen reduziert bleiben.

Eben deshalb ist es Sache und Aufgabe des Staates, Ihnen dies zu ermöglichen die große Sache der freien individuellen Assoziation des Arbeiterstandes fördernd und entwickelnd in seine Hand zu nehmen und es zu seiner heiligsten Pflicht zu machen, Ihnen die Mittel und Möglichkeit zu dieser Ihrer Selbstorganisation und Selbstassoziation zu bieten.

Und hier lassen Sie sich nicht durch das Geschrei derer täuschen, und irreführen, die Ihnen sagen werden, daß jede solche Intervention des Staates die soziale Selbsthilfe aufhebe.

Es ist nicht wahr, daß ich jemand hindere, durch seine eigene Kraft einen Turm zu ersteigen, wenn ich ihm Leiter oder Strick dazu reiche. Es ist nicht wahr, daß der Staat die Jugend daran hindert, sich durch eigene Kraft zu bilden, wenn er ihr Lehrer, Schulen und Bibliotheken hält. Es ist nicht wahr, daß ich jemand hindere, durch eigene Kraft

ein Feld zu umackern, wenn ich ihm einen Pflug dazu reiche. Es ist nicht wahr, daß ich jemand hindere, durch eigene Kraft ein feindliches Heer zu schlagen, wenn ich ihm eine Waffe dazu in die Hand drücke.

Und obgleich es wahr ist, daß hin und wieder jemand einen Turm erklettert haben mag ohne Strick und Leiter, und obgleich es wahr ist, daß sich einzelne gebildet haben ohne Lehrer, Schulen und öffentliche Bibliotheken, und obgleich es wahr ist, daß die Bauern der Vendée in den Revolutionskriegen hin und wieder den Feind geschlagen haben auch ohne Waffen, so heben doch alle diese Ausnahmen ihre Regel nicht auf, sondern bestätigen sie nur. Und obgleich es also wahr ist, daß unter gewissen besonderen Verhältnissen einzelne Kreise von Arbeitern in England durch eine lediglich aus ihren eigenen Bemühungen hervorgegangene Assoziation auch in gewissen kleineren Zweigen der großen Produktion und in einem gewissen kleinen Umfang ihre Lage etwas verbessern konnten, so bleibt nichts destoweniger das Gesetz bestehen, daß die wirkliche Verbesserung der Lage des Arbeiters, die er gerechterweise zu fordern hat, und für den allgemeinen Arbeiterstand als solchen nur durch jene Hilfsleistung des Staates herbeigeführt werden kann.

Und ebensowenig lassen Sie sich durch das Geschrei derer irreführen und täuschen, die hier etwa gar von Sozialismus oder Kommunismus sprechen und mit derlei billigen Redensarten dieser Ihrer Forderung entgegentreten wollen. Sondern seien Sie von solchen fest überzeugt, daß sie Sie nur täuschen wollen oder aber selbst nicht wissen, was sie sprechen. Nichts ist weiter entfernt von dem sogenannten Sozialismus und Kommunismus als diese Forderung, bei welcher die arbeitenden Klassen ganz wie heute ihre individuelle Freiheit, individuelle Lebensweise und individuelle Arbeitsvergütung beibehalten und zu dem Staat in keiner anderen Beziehung stehen, als daß ihnen durch ihn das erforderliche Kapital resp. der erforderliche Kredit zu ihrer Assoziation vermittelt wird (226). Das aber ist gerade die Aufgabe und Bestimmung des Staates, die großen Kulturfortschritte der Menschheit zu erleichtern und zu vermitteln. Dies ist sein Beruf. Dazu existiert er; hat immer dazu gedient und dienen müssen. Ein einziges Beispiel, statt der Hunderte von Beispielen, die ich Ihnen geben könnte, den Kanälen, Chausseen, Posten, Paketbootlinien, Telegraphen, Landrentenbanken, landwirtschaftlichen Verbesserungen, Einführungen von neuen Fabrikationszweigen usw., bei welchen allen die Intervention des Staates eintreten mußte (227) - ein einziges Beispiel will ich Ihnen geben, aber ein Beispiel, das Hunderte aufwiegt, und zwar ein ganz besonders naheliegendes Beispiel: Als die Eisenbahnen bei uns gebaut werden sollte, da mußte in allen deutschen - und ebenso in den meisten auswärtigen - Ländern, ausgenommen bei einigen ganz kleinen und vereinzelten Linien, der Staat in der einen oder der anderen Weise intervenieren, meistens in der Weise, daß er mindestens die Zinsgarantie für die Aktien - in vielen Ländern noch weit größere Leistungen - übernahm.

Die Zinsgarantie stellte noch dazu folgenden Löwenkontrakt der Unternehmer - der reichen Aktionäre - mit dem Staate dar: Sind die neuen Unternehmungen unvorteilhaft, so soll der Nachteil auf den Staat fallen,

folglich auf alle Steuerzahler, folglich ganz besonders auf Sie, meine Herren, auf die große Klasse der Unbemittelten! Sind die neuen Unternehmungen dagegen vorteilhaft, so soll der Vorteil - die starken Dividenden - uns, den reichen Aktionären, zukommen. Dies wird auch nicht dadurch beseitigt, daß in manchen Ländern, wie z.B. in Preußen, dafür dem Staate in einer sehr, sehr fernen Zukunft damals noch ganz ungewisse Vorteile ausbedungen wurden, Vorteile, deren sich aus der Assoziation des Arbeiterstandes weit schnellere und größere für ihn ergeben würden.

Ohne diese Intervention des Staates, von welcher, wie gesagt, die Zinsgarantie noch die schwächste Form war, hätten wir vielleicht noch heute auf dem ganzen Kontinent keine Eisenbahnen!

Jedenfalls steht die Tatsache fest, daß der Staat hierzu schreiten mußte, daß auch die Zinsgarantie eine und zwar äußerst starke Intervention des Staates war, daß diese Intervention noch dazu der reichen und begüterten Klasse gegenüber stattfand, die ohnehin über alles Kapital und allen Kredit verfügt, und die sich daher der Staatsintervention weit leichter hätte begeben können als Sie, und daß diese Intervention von der gesamten Bourgeoisie gefordert wurde (228).

Warum entstand damals kein Geschrei gegen die Zinsgarantie als eine "unzulässige Intervention des Staates?" Warum erklärte man damals nicht, daß durch die Zinsgarantie die "soziale Selbsthilfe" der reichen Unternehmer jener Aktiengeschäfte bedroht sei? Warum tat man die Zinsgarantie des Staates nicht als "Sozialismus und Kommunismus" in Verruf?

Aber freilich, jene Intervention des Staates fand im Interesse der reichen und begüterten Klassen der Gesellschaft statt, und da ist sie freilich ganz zulässig und immer zulässig gewesen! Nur allemal, wenn es sich um eine Intervention zugunsten der notleidenden Klassen, zugunsten der unendlichen Mehrheit handelt - dann ist sie reiner "Sozialismus und Kommunismus"!

Dies also antworten Sie denen, welche Ihnen ein Geschwätz über die Unzulässigkeit der Staatsintervention und die dadurch gefährdete soziale Selbsthilfe und den darin liegenden Sozialismus und Kommunismus bei dieser dazu nicht den geringsten Anlaß gebenden Forderung erheben wollen. Und fügen Sie ihnen hinzu: Daß, wenn wir doch schon einmal solange im Sozialismus und Kommunismus leben, wie jene Zinsgarantie bei den Eisenbahnen und alle jene anderen oben flüchtig berührten Beispiele zeigen, wir auch weiter darin verbleiben wollen!

Es kommt hinzu, daß so groß auch der durch die Eisenbahnen bewirkte Kulturfortschritt war, er doch noch zu einem verschwindenden Punkte zusammensinkt gegenüber jenem gewaltigsten Kulturfortschritt, der durch die Assoziation der arbeitenden Klassen vollbracht würde. Denn was nützen alle aufgespeicherten Reichtümer und alle Früchte der Zivilisation, wenn sie immer nur für einige wenige vorhanden sind und die große unendliche Menschheit stets der Tantalus bleibt, welcher vergeblich nach diesen Früchten greift? Schlimmer als Tantalus, denn dieser hatte wenigstens nicht die Früchte hervorgebracht, nach denen sein dürstender Gaumen vergeblich zu lechzen verdammt war.

Wenn je also, so würde dieser gewaltigste Kulturfortschritt von allen, welche die Geschichte kennt, eine hilfreiche Intervention des Staates rechtfertigen.

Es kommt hinzu, daß der Staat durch die großen Kredit- und Zirkulationsinstitute (die Banken), wie hier nicht weiter ausgeführt werden kann, in der leichtesten Weise und ohne irgendeine größere Verantwortlichkeit auf sich zu nehmen, als durch die Zinsgarantie bei den Eisenbahnen geschah, Ihnen diese Möglichkeit gewähren kann (229). Endlich aber, meine Herren: was ist denn der Staat?

Werfen Sie einen Blick auf die Statistik und zwar auf die amtliche, von den Regierungsanstalten veröffentlichte Statistik, denn nicht mit eigenen Schilderungen und Berechnungen will ich Ihnen nahen.

Das königlich preußische, von dem königlich preußischen Geheimrat Professor Dieterici damals redigierte amtliche statistische Bureau veröffentlichte 1851 auf Grund der amtlichen Steuerlisten eine Berechnung, wie sich die Bevölkerung nach ihrem Einkommen verteilt (230).

Ich setze Ihnen die Resultate dieser Berechnung mit wörtlicher und zahlenmäßiger Treue hierher. Hiernach besitzen von der Bevölkerung des preußischen Staates:

ein Einkommen		über	1000	Taler	1/2	Proz.	d.	Bevölkerung
"	"	von 400 bis	1000	"	3 1/4	"	"	"
"	"	von 200 bis	400	"	7 1/4	"	"	"
"	"	von 100 bis	200	"	16 3/4	"	"	"
"	"	von unter	100	"	72 1/4	"	"	"

Und dieses Einkommen fällt auf den klassensteuerpflichtigen Kopf der Bevölkerung, welcher nach Dietericis Annahme durchschnittlich eine Familie von fünf Personen repräsentiert, fällt also durchschnittlich auf eine Familie von fünf oder mindestens über drei Personen (231). Und analog muß es sich natürlich in den anderen deutschen Staaten verhalten.

Diese stummen amtlichen Zahlen, wenn sie auch als statistische Durchschnittszahlen durchaus nicht auf mathematische Genauigkeit Anspruch haben, zumal vor der Steuer jeder seine Einnahmen gern verkleinert, was aber eine wesentliche und hier in Betracht kommende Differenz nicht im geringsten begründen kann, werden Ihnen deutlicher sprechen als dicke Bücher! 72 1/4 Prozent der Bevölkerung mit einem Einkommen von unter 100 Taler, also in der elendesten Lage! Andere 16 3/4 Prozent der Bevölkerung mit einem Einkommen von 100 bis 200 Taler, also in einer kaum besseren, immer noch elenden Lage, andere 7 1/4 Prozent der Bevölkerung mit einem Einkommen von 200 bis 400 Taler, also noch immer in einer gedrückten Lage, 3 1/4 Prozent der Bevölkerung mit einem Einkommen von 400 bis 1000 Taler, also teils in einer eben erträglichen, teils in einer behäbigen Lage und 1/2 Prozent der Bevölkerung endlich in allen möglichen Abstufungen des Reichtums. Die beiden untersten in der allergedrücktesten Lage

befindlichen Klassen bilden also allein 89 Prozent der Bevölkerung, und nimmt man, wie man muß, noch die 7 1/4 Prozent der dritten, immer noch unbemittelten und gedrückten Klasse hinzu, so erhalten Sie 96 1/4 Prozent der Bevölkerung in gedrückter, dürftiger Lage (232). Ihnen also, meine Herren, den notleidenden Klassen, gehört der Staat, nicht uns, den höheren Ständen, denn aus Ihnen besteht er! Was ist der Staat? frage ich, und Sie ersehen jetzt aus wenigen Zahlen handgreiflicher als aus dicken Büchern die Antwort: Ihre, der ärmeren Klassen, große Assoziation - das ist der Staat!

Und warum soll nun Ihre große Assoziation nicht fördernd und befruchtend auf Ihre kleineren Assoziationskreise einwirken?

Diese Frage wollen Sie gleichfalls denjenigen vorlegen, die Ihnen von der Unzulässigkeit der Staatsintervention und vom Sozialismus und Kommunismus bei dieser Forderung schwätzen.

Wollen Sie endlich noch einen speziellen Beleg für die Unmöglichkeit, anders als mit jener fördernden Intervention des Staates durch die freie Assoziation die Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes hervorzubringen, so mag ihn gerade England geben, gerade jenes Land, auf das man sich am meisten beruft, um die Möglichkeit einer lediglich und ausschließlich mit ihren isolierten Kräften hervorzurufenden, die Lage des gesamten Standes verbessernden Assoziation der einzelnen Arbeiter zu behaupten. England, welches in der Tat aus verschiedenen, in seinen besonderen Zuständen wurzelnden Gründen noch am ehesten geeignet erscheinen müßte, dieses Experiment durchzuführen, ohne daß deshalb noch eine gleiche Möglichkeit auch für andere Länder dadurch bewiesen wäre.

Und dieser spezielle Beleg knüpft gerade an jene englische Arbeiterassoziation an, welche bisher als der triumphierende Beweis einer solchen Behauptung angeführt zu werden pflegte. Ich spreche von den Pioniers in Rochdale. Dieser seit 1844 bestehende Konsumverein legte 1858 eine Spinnerei und Weberei an, mit einem Kapital von 5500 Pfund Sterling (zirka 38 000 Taler). In den Statuten dieser Fabrik-Assoziation wurde den in der Fabrik beschäftigten Arbeitern, gleichviel ob sie Aktionärs der Assoziation waren oder nicht, außer dem ortsüblichen Arbeitslohn, ein gleicher Anteil an dem als Dividende zu verteilenden Geschäftsgewinn zugesichert, wie den Aktionärs, da die Bestimmung getroffen war, daß die Jahresdividende ebenso auf den Arbeitslohn, wie auf das Aktienkapital berechnet und verteilt werden sollte. Nun beträgt die Anzahl der Aktionärs jener Fabrik 1600, während in der Fabrik nur 500 Arbeiter beschäftigt sind. Es ist also eine große Zahl von Aktionärs vorhanden, die nicht zugleich Arbeiter der Fabrik sind, wie andererseits nicht alle Arbeiter zugleich Aktionärs sind. Infolgedessen brach unter den Arbeiter-Aktionärs, die nicht Arbeiter der Fabrik waren, und auch unter denen, die Arbeiter und Aktionärs zugleich waren, eine Agitation (1861) dagegen aus, daß auch die Arbeiter, welche nicht Aktionärs seien, einen Anteil an dem Geschäftsgewinn - dem Arbeitsertrage - erhielten.

Man stellte von seiten der Arbeiter-Aktionäre ganz offen und einfach den Grundsatz auf, daß nach dem ganz allgemeinen Brauch in der gesamten industriellen Welt die Arbeit mit dem Arbeitslohn abgefunden sei, und dieser durch Nachfrage und Angebot bestimmt werde (- wir haben offen gesehen, durch welches Gesetz!). "Diese Tatsache" - erzählt Professor Huber in dem Bericht, den er von dieser Angelegenheit gibt - "wurde ohne weiteres von vornherein als der keiner weiteren Motivierung und Legitimierung bedürftige naturgemäße Zustand gegenüber einer ganz ausnahmsweisen, willkürlichen, wenngleich statutenmäßigen Neuerung geltend gemacht." Tapfer, aber nur mit sehr unklaren Gefühlsgründen, wurde dieser Antrag auf Änderung der Statuten von den alten Stiftern und Vorstehern der Assoziation bekämpft. In der Tat stimmte eine Majorität von fünf Achtel der Arbeiter-Aktionäre für die Änderung der Statuten, ganz wie die bürgerlichen Unternehmer handelnd, und die Abänderung der Statuten unterblieb vorläufig nur deshalb, weil zu einer solchen statutengemäß eine Majorität von drei Viertel der Stimmen erforderlich ist. "Niemand aber" - berichtet Professor Huber weiter - "täuscht sich darüber, daß die Sache dabei ihr Bewenden haben wird. Vielmehr stehen dieser Assoziation noch sehr heftige innere Kämpfe bevor, deren Ausgang vielleicht schon nächstes Jahr eine siegreiche Wiederholung jenes Antrages sein dürfte, um so mehr, da die Opposition entschlossen ist, ihren Einfluß auch bei den Wahlen zu den Assoziationsämtern geltend zu machen, wo die absolute Majorität entscheidet, wo dann die dominierenden Stellungen des Vorstandswesens bald in ihren Händen sein könnten." Huber berichtet ferner hierbei: "Die meisten der fabrikmäßig produktiven Vereine haben sich von vornherein dem allgemeinen Brauch angeschlossen, offenbar ohne weiteres Nachdenken oder doktrinäres Bewußtsein; nur einige haben das kooperative Prinzip zugunsten der Arbeit angenommen." Und Huber muß ferner, obwohl sehr wider Willen und mit sehr schwerem Herzen, denn er ist ein Anhänger der bloß von den isolierten Arbeitern ausgehenden Assoziation, gestehen, es sei "gar kein Zweifel, daß diese Fragen sehr bald in allen anderen produktiven Assoziationen zur Erörterung und Entscheidung kommen werden, wo der Gegensatz von Kapital und Arbeit vorhanden ist und sich aus dem industriellen Makrokosmos (d.h. der Welteinrichtung im großen) der Konkurrenz in den kooperativen Mikrokosmos (d.h. der von der Arbeiterassoziation dargestellten Welt im kleinen) reproduziert."

Sie sehen, meine Herren, wenn Sie über diese Tatsachen nachdenken, daß sich die großen Fragen immer nur im Großen, nie im Kleinen lösen lassen. Solange der allgemeine Arbeitslohn durch das oben betrachtete Gesetz bestimmt wird, solange werden auch die kleinen Assoziationen sich dem herrschenden Einfluß desselben nicht entziehen können. Und was gewinnt dann der allgemeine Arbeiterstand, der Arbeiter als solcher dabei, ob er für Arbeiterunternehmer oder für Bourgeois-Unternehmer arbeitet? Nichts! Sie haben nur die Unternehmer, denen der Ertrag ihrer Arbeit zugute kommt, zerbröckelt. Aber die Arbeit und der Arbeiterstand ist nicht befreit! Was er dabei gewinnt? Er gewinnt nur die Depravation, die Verderbnis, die jetzt ihn selbst ergreift und Arbeiter gegen Arbeiter in ausbeutende Unterneh-

mer verwandelt! Die Personen der Unternehmer haben gewechselt, die Sache ist geblieben, die Arbeit, diese einzige Quelle alles Ertrages, bleibt nach wie vor auf den sogenannten Lohn, d.h. die Lebensfristung angewiesen. So groß ist unter der Herrschaft dieses Gesetzes die Verkehrung der Begriffe, daß jetzt sogar jene nicht in der Fabrik beschäftigten Arbeiter-Aktionäre, statt einzusehen, daß sie ihre Dividende der Arbeit der beschäftigten Arbeiter verdanken, daß sie es somit sind, welche den Vorteil aus der Arbeit dieser ziehen, umgekehrt diesen nicht einmal einen Teil von dem Ertrage ihrer eigenen Arbeit, nicht einmal einen Teil von dem gönnen wollten, worauf die Arbeit gerechten Anspruch hat.

Arbeiter mit Arbeitermitteln und Unternehmergesinnungen - das ist die widrige Karikatur, in welche jene Arbeiter verwandelt worden sind.

Und nun endlich noch einen letzten sich hieran knüpfenden scharfen und entscheidenden Beweis.

Sie haben gesehen, daß in jener Fabrik der Pioniers 500 Arbeiter beschäftigt und an ihr 1600 Arbeiter als Aktionäre beteiligt sind. Soviel wird Ihnen auch ganz klar sein, daß, wenn wir uns die Arbeiter nicht gleich geradezu als reiche Leute denken wollen, womit dann freilich alle Fragen in der Illusion gelöst sind, die in einer Fabrik beschäftigte Anzahl von Arbeitern nie ausreichen wird, um auch das für die Fabrik erforderliche Anlagekapital aus ihren eigenen Taschen aufzubringen. Sie werden dazu vielmehr immer eine viel größere Zahl von anderen nicht in der Fabrik beschäftigten Arbeiter-Aktionären in Anspruch nehmen müssen. In dieser Hinsicht ist das Verhältnis bei jener Fabrik der Pioniers - 1600 Arbeiter-Aktionäre auf 500 in der Fabrik beschäftigte Arbeiter, also ein Verhältnis von nur wenig mehr als 3 zu 1 - sogar ein erstaunlich günstiges und seltenes, ein so kleines wie nur irgend möglich zu nennen und erklärt sich nur teils aus der ganz besonders glücklichen Lage der Pioniers, die im Arbeiterstande als eine hohe Ausnahme dasteht, teils daraus, daß jener Fabrikationszweig noch durchaus nicht zu jenen gehört, welche das stärkste Kapitalverhältnis erfordern, teils daraus, daß jene Fabrik noch nicht zu den wahrhaft großen Produktionsanstalten gehört, in denen das Verhältnis auch in diesem Fabrikationszweig noch ein ganz anderes sein würde. Es kommt endlich dazu, daß durch die Entwicklung der Industrie selbst und durch die Fortschritte der Zivilisation dies Verhältnis noch alle Tage gewaltig wachsen muß. Denn die Fortschritte der Zivilisation bestehen gerade darin, daß täglich mehr tote Naturkraft, also mehr Maschinen, an die Stelle der menschlichen Arbeit gesetzt wird, und daß also täglich das Verhältnis der Größe des Anlagekapitals zur Menge der menschlichen Arbeit wächst. Wenn also in jener Fabrik der Pioniers, um das Anlagekapital für 500 beschäftigte Arbeiter zu beschaffen, 1600 Arbeiter-Aktionäre erforderlich waren, und somit ein Verhältnis von 1 zu 3, so wird sich bei anderen Arbeitern und in anderen Branchen und in den größeren Produktionsanstalten und mit den täglichen Fortschritten der Zivilisation das Verhältnis gestalten, wie 1 zu 4, 1 zu 5, zu 6, zu 8, zu 10, zu 20 usf. Bleiben wir indes sogar bei dem Verhältnis von 1 zu 3 stehen! Um also eine Fabrik zu stiften, in welcher 500 Arbeiter Beschäftigung finden, brauche ich 1600 Arbeiter-Aktionäre, um das nötige Anlagekapital zu haben. Gut, solange ich ein, zwei,drei usw. Fa-

briken gründen will, hat das in der Vorstellung - immer in der Vorstellung meine Herren, in der Illusion - keine Schwierigkeit. Ich nehme nur immer in der Vorstellung die dreifache, vierfache Anzahl usw. von Arbeiter-Aktionären zu Hilfe. Wenn ich aber die Assoziation auf den gesamten Arbeiterstand ausdehne - und von diesem, nicht von einzelnen, die emporkommen wollen, handelt es sich hier doch - wenn ich also im Lauf der Zeit soviel Fabriken gründen will, daß der ganze Arbeiterstand darin beschäftigt ist - woher nehme ich denn dann noch die 3-, 4-, 5-, 10-, 20fache Anzahl des gesamten Arbeiterstandes, die nun noch als Arbeiter-Aktionäre hinter den in den Fabriken beschäftigten Arbeitern stehen müßte, um diese Fabriken anzulegen? (233)

Sie sehen also, meine Herren, daß es geradezu eine mathematische Unmöglichkeit ist, den Arbeiterstand auf diesem Wege durch die Anstrengungen seiner Mitglieder als bloß isolierter Individuen zu befreien; daß nur ganz unklare unkritische Vorstellungen sich diesen Illusionen hingeben können, und daß der einzige Weg hierzu, der einzige Weg zur Aufhebung jenes grausamen, den Arbeitslohn bestimmenden Gesetzes, an welches der Arbeiterstand wie an einen Marterpfahl geschmiedet ist, die Förderung und Entwicklung der freien, individuellen Arbeiterassoziationen durch die helfende Hand des Staates ist. Die auf die rein atomistisch-isolierten Kräfte der Arbeiterindividuen gebaute Arbeiterassoziationsbewegung hat nur den Wert gehabt - und dieser Wert ist ein immenser -, handgreiflich den Weg, den praktischen Weg zu zeigen, auf welchem die Befreiung vor sich gehen kann, glänzende, praktische Beweise zur Beseitigung aller wirklichen oder vorgeschützten Zweifel über die praktische Ausführbarkeit zu liefern und es eben dadurch dem Staat zur gebieterischen Pflicht zu machen, seine stützende Hand diesem höchsten Kulturinteresse der Menschheit zu leihen.

Zugleich habe ich Ihnen bereits den Beweis geliefert, daß der Staat überhaupt gar nichts anderes als die große Organisation, die große Assoziation der arbeitenden Klassen ist, und daß also die Hilfe und Förderung, durch welche der Staat jene kleineren Assoziationen ermöglichte, gar nichts anderes sein würde, als die vollkommen natur- und rechtmäßige, vollkommen legitime soziale Selbsthilfe, welche die arbeitenden Klassen als große Assoziation sich selbst, ihren Mitgliedern als vereinzelten Individuen, erweisen.

Noch einmal also, die freie individuelle Assoziation der Arbeiter, aber die freie individuelle Assoziation ermöglicht durch die stützende und fördernde Hand des Staates - das ist der einzige Weg aus der Wüste, der dem Arbeiterstand gegeben ist.

Wie aber den Staat zu dieser Intervention vermögen?

Und hier wird nun sofort sonnenhell die Antwort vor Ihrer aller Augen stehen: dies wird nur durch das allgemeine und direkte Wahlrecht möglich sein. Wenn die gesetzgebenden Körper Deutschlands aus dem allgemeinen und direkten Wahlrecht hervorgehen - dann und nur dann werden Sie den Staat bestimmen können, sich dieser seiner Pflicht zu unterziehen.

Dann wird diese Forderung in den gesetzgebenden Körpern erhoben werden, dann mögen die Grenzen und Formen und Mittel dieser Intervention durch Vernunft und Wissenschaft diskutiert werden, dann werden - verlassen Sie sich darauf! - die Männer, die Ihre Lage verstehen und Ihrer Sache hingegeben sind, mit dem blanken Stahl der Wissenschaft bewaffnet zu Ihrer Seite stehen und Ihre Interessen zu schützen wissen! Und dann werden Sie, die unbemittelten Klassen der Gesellschaft, es jedenfalls nur sich selbst und Ihren schlechten Wahlen zuzuschreiben haben, wenn und solange die Vertreter Ihrer Sache in der Minorität bleiben.

Das allgemeine und direkte Wahlrecht ist also, wie sich jetzt ergeben hat, nicht nur Ihr politisches, es ist auch Ihr soziales Grundprinzip, die Grundbedingung aller sozialen Hilfe. Es ist das einzige Mittel, um die materielle Lage des Arbeiterstandes zu verbessern.

(Auszug aus dem "Offenen Antwortschreiben")

3. Schulze-Delitzsch

Hermann Schulze-Delitzsch's Schriften und Reden, Bd. I, S. 235 ff.:

"Das letztere, der gemeinsame Betrieb eines Gewerbes selbst durch eine Anzahl von Handwerkern und Arbeitern für Rechnung und Gefahr der Gesamtheit, geschieht erst in der zweiten Klasse der Assoziation, der eigentlich gewerblichen oder produktiven. In ihr begrüßen wir den Gipfelpunkt des Systems, und sie hatten wir hauptsächlich bei der Lösung der schwierigen Aufgabe, mit welcher wir uns beschäftigen, im Sinne. Während jene ersterwähnten Assoziationen niederer Stufe ihren Mitgliedern nur in einzelnen Beziehungen die Vorteile eines größern Kapitals in ihren kleinen Geschäften und Haushalt sichern - freilich schon immer eine erhebliche Verbesserung der bisherigen Sachlage - setzt erst die Produktivassoziation die ihrigen in den Stand, ein Etablissement auf großem Fuß, mit allen Vorteilen der neuern Betriebsweise zu errichten und so die unermeßliche Kluft auszufüllen, welche den Arbeiter und Kleinmeister bisher von der Klasse der großen Unternehmer schied.

Was die rechtliche Form und geschäftliche Einrichtung der Arbeiterassoziationen anlangt, ihre bisherige Ausbreitung so wie die von ihnen erzielten Resultate, so wird darüber in den folgenden Abschnitten besonders gehandelt werden. Dagegen haben wir hier der heilsamen Einwirkung, welche sie nach den verschiedensten Richtungen hin auf die Hebung der arbeitenden Klassen ihrem Wesen nach ausüben können und müssen, eine eingehende Betrachtung zu widmen.

An der Spitze steht hier, wie wir schon andeuteten, die Ermöglichung der gewerblichen Selbständigkeit, welche von Tag zu Tag einen immer größern Kapitalbesitz erfordert, auch für die unbemittelten Arbeiter. Hierbei sind die Handwerker ebenmäßig wie die Fabrikarbeiter interessiert, da sich beide Klassen den großen Etablissements gegenüber, welche die kleinen Geschäfte der erstern erdrücken und die letztern in ewiger Dienstbarkeit festhalten, in gleicher Lage befinden. Von dieser ungünstigen Stellung werden sie durch die Assoziation erlöst, und es ist durch mehrfache gelungene Versuche, welche lediglich von unbemittelten Arbeitern ausgingen, dargetan, daß sowohl die dem bisherigen Handwerk angehörigen, als die von jeher fabrikmäßig betriebenen Gewerbezweige bei Umsicht, Tüchtigkeit und beharrlichem Sinn der Mitglieder in der Assoziationsform vortrefflich gedeihen, und ihren Teilhabern die erheblichsten Vorteile abwerfen. Schon die Aussicht auf ein solches Ziel muß höchst vorteilhaft auf die ganze Lebenshaltung der Arbeiter, ihre geschäftliche Tüchtigkeit und Sittlichkeit zurückwirken. Sicher wird der Einzelne darin einen weit größern Sporn zur Sparsamkeit, Enthaltsamkeit, Fleiß und Ausbildung in seinem Fache finden, wenn er weiß, daß er durch alle diese Dinge sein eigner Herr werden, eine zugleich würdigere und lohnendere Stellung in Zukunft einnehmen kann. Auch wird dadurch das Verhältnis zu seinem Arbeitgeber ein besseres, dem er durch die Möglichkeit, wohl noch selbst

einmal zu seinem Range emporzusteigen, menschlich und geschäftlich näher tritt. Gerade hierin lag ein Hauptsegen des alten Handwerks, dem wir die Kernhaftigkeit unseres Bürgerstandes zum Teil mit verdanken: daß die geschäftliche Unselbständigkeit, der Lohndienst bei einem Andern, nur als notwendiger Durchgangspunkt zur endlichen eignen Selbständigkeit galt, daß Lehrling und Geselle in ihrem Brotherrn nur die ihnen selbst mit der Zeit zufallende Würde ehrten, an seinem Familienleben Teil nahmen, und nicht, als Angehörige einer niedrigern, tief unter ihm stehenden Kaste, ganz von fern scheu zu ihm aufblickten. Und was die im Lohndienst verbleibenden Arbeiter anlangt, so ist die Konkurrenz, welche die Assoziationsgeschäfte ihrer bisherigen Genossen den Arbeitgebern machen, auch für sie von den günstigsten Folgen. Denn muß nicht die solchergestalt vermehrte Nachfrage seitens der Unternehmer zum Vorteil der Arbeiter rücksichtlich der Lohnbedingungen ausschlagen? Sind nicht die Inhaber der großen Etablissements dadurch genötigt, ihren Arbeitern möglichst gute Bedingungen zu bieten, weil sie sonst riskieren, daß dieselben zu einer der bestehenden Assoziationen übertreten oder gar selbst eine dergleichen gründen, wozu natürlich die geschicktesten und strebsamsten Arbeiter am Ersten geneigt sein werden? - Gewiß, nur auf die Weise: indem die Arbeiter selbst den Arbeitgebern Konkurrenz bieten, läßt sich ein dauernder Einfluß auf die Lohnerhöhung, auf eine günstigere Stellung der Arbeiter im ganzen ausüben, den man mittelst gesetzlicher Zwangsmittel, wie wir früher gesehen haben, oder durch die Appellation an die Humanität niemals allgemein und mit Sicherheit erreicht. Nur auf diese Weise wird man auch am Ende zur Verwirklichung desjenigen Verhältnisses zwischen Arbeitern und Unternehmern gelangen, welches von den Sachkundigen entschieden als das in jeder Hinsicht den beiderseitigen Interessen gemäßeste, den Forderungen der Gerechtigkeit und Humanität gleich entsprechende anerkannt ist, und welches unter den bisherigen Umständen ein frommer Wunsch blieb: daß nämlich der Arbeiter, außer dem gewöhnlichen nach den marktgängigen Sätzen regulierten Lohne, einen wenn auch noch so bescheidenen Anteil am Reingewinn des Geschäfts erhalte. Die großen Vorzüge einer solchen Einrichtung gegen bloße Lohnerhöhungen springen in die Augen. Eben weil das Maß der Löhne von dem Gange der Geschäfte, den Konjunkturen des Marktes und allen Umständen, welche auf die Höhe des disponiblen Lohnfonds influieren, notwendig berührt wird, und man z. B. dem Unternehmer nicht zumuten kann, in flauen Perioden, wo ihn schon ohnehin empfindlichste Verluste treffen, den kaum halb beschäftigten Arbeitern die volle Gage zu gewähren: eben deshalb ist es billig, daß, wenn jene Perioden durch andere von desto reichlicherem Gewinn aufgehoben werden, dem Arbeiter auch von dieser Gunst der Umstände etwas zugute kommt, wie er von der Ungunst derselben mit betroffen wurde. Nicht nur, daß er dadurch in den Stand gesetzt wird, die letztern eher mit zu übertragen, ist auch nichts so geeignet, sein Interesse mit dem des Arbeitgebers zu verschmelzen, als indem man den Geschäftsgewinn, den Gewinn des letztern zu seinem eignen macht. Es kann nicht fehlen, daß dies seinen Eifer, seine Wachsamkeit und Umsicht bei seinen geschäftlichen Operationen außerordentlich steigern muß, und dem Unternehmer wird das gebrachte

Opfer mit guten Zinsen vergütet, und die Unbequemlichkeit oder das Unliebsame, das für ihn in der Darlegung seines Geschäftsstandes vor den Arbeitern etwa liegen möchte, reichlich aufgewogen.

Daß sich die Stellung der Handwerker und Arbeiter durch Gründung eines Assoziationsgeschäfts nicht dergestalt ändert, daß aus jedem Einzelnen nunmehr ein Fabrikherr, ein großer Unternehmer wird, brauchen wir wohl kaum anzudeuten. Im Gegenteil bleibt jeder für seine Person Arbeiter und erhält aus der Geschäftskasse den gewöhnlichen Lohn, und selbst die an die Spitze des Ganzen oder einzelner Geschäftsbranchen gestellten Personen stehen immer nur im Dienste der Assoziation, von welcher sie besoldet werden. Allein da die Gesamtheit der Genossen Inhaberin des Geschäfts ist, so trägt sich ein Teil dieser Inhaberschaft auch wieder auf die Einzelnen über, und jeder erhält demgemäß seinen Anteil am Geschäftsgewinn in Gestalt einer Dividende noch über den Lohn für die wirklich geleistete Arbeit, wie er denn eben deshalb auch bei dem Risiko, bei eintretenden Verlusten mit haften muß, zu welchem Zwecke diese Dividenden in der Regel bis zu einem gewissen Betrage in der gemeinsamen Kasse zurückbehalten werden, um daraus Geschäftsanteile für die Einzelnen zu bilden und so allmählich einen eignen Fonds anzusammeln. Grade in dieser Doppelstellung, vermöge deren jeder als Unternehmer und Arbeiter, als Herr und Diener zugleich in Betracht kommt, finden wir den größten Segen indem einzig dadurch die wahre Versöhnung zwischen Arbeit und Kapital, die gerechte Verteilung der Früchte der Produktion zwischen beiden angebahnt wird. Indem sie die beiden Gegensätze, zwischen denen sich das Leben des Menschen bewegt, Mühe und Genuß, deren Trennung und willkürliche Verschiebung sich hier durch Blasiertheit, dort durch Verkümmerung rächt, wiederum in dem einen und ganzen Menschen, als sich gegenseitig bedingend, zur Erscheinung bringt, entfernt sie eine der Hauptursachen des blutigen Bruderzwistes und stellt uns die Annäherung an die höchsten Ziele unseres Geschlechtes in friedlicher Aussicht hin. Insbesondere wird auf solche Weise aber auch einer schlimmen Konsequenz des Industrialismus vorgebeugt, auf welche Proudhon in seiner Weise aufmerksam gemacht hat. Unleugbar wirkt die von der Großindustrie unzertrennliche Arbeitsteilung insofern ungünstig auf die intellektuelle und sittliche Haltung der Arbeiter ein, als sie dieselben auf wenige, ganz spezielle mechanische Verrichtungen beschränkt, bei denen sie ihre Fertigkeit nur höchst einseitig ausbilden, die Totalität der Produktion völlig aus dem Auge verlieren und sich gewöhnen, ohne weiteres Nachdenken, gleich den seelenlosen Rädern einer Maschine ihr Tagewerk zu verrichten. Von einer solchen Apathie kann bei einer Assoziation gar nicht die Rede sein, indem das Unbewußte, Blindmechanische, wozu den Arbeitern sonst wohl die Wiederholung einer und derselben Geschäftsoperation inklinieren könnte, durch das lebhafte Interesse desselben für das Geschäftsganze aufgewogen wird, für dessen Prosperität ja ein jeder mit durch Rat und Tat zu sorgen, seine ganze Existenz mit eingesetzt hat. Dadurch entsteht ein ganz neuer Impuls, in den Geist so wie alle Details der Unternehmung einzudringen und sich so bei dem höhern, geistigen Teile der Gesamtarbeitsaufgabe zu beteiligen, worauf die Beratung, die Debatte unter den Genossen fördernd einwirkt. Es kann aber nicht fehlen, daß

die Erweiterung des geschäftlichen Gesichtskreises die Einsicht und Erfahrung des Einzelnen, sein ganzes intellektuelles Niveau erhöht, und ebenso vorteilhaft auf seinen sittlichen Standpunkt zurückwirkt. Denn mit dem gesteigerten Selbstgefühl einer gehobenen Stellung wird zugleich das Bewußtsein dessen, was er sich und Andern schuldig ist, mehr und mehr rege, und der ganze Mensch nimmt in einem solchen Läuterungsprozesse allmählich eine andere Gestalt an.

Daß die Früchte einer solchen Hebung der arbeitenden Klassen für die ganze Gesellschaft, für alle übrigen Klassen der Bürger nicht ausbleiben, versteht sich von selbst. Zunächst werden durch ein solches System, wo die Arbeiter das lebhafteste Interesse an den Erfolgen des Geschäfts haben, die Leistungen derselben außerordentlich gesteigert und dadurch die Gesamtmasse der Güter natürlich immer reichlicher und billiger hergestellt, was dem ganzen konsumierenden Publikum zustatten kommt. Sodann aber gewinnen wir auch auf diesem Wege die Erhaltung und Kräftigung eines tüchtigen Mittelstandes, dieses unentbehrlichen Trägers jeder gesunden politischen wie sozialen, geistigen wie materiellen Entwickelung. Ist nur erst eine Anzahl solcher Assoziationsetablissements von den Arbeitern errichtet, und das bisherige Monopol der Großunternehmer hierbei durchbrochen, so kann es nicht ausbleiben, daß sich die enormen Gewinne derselben, welche sie früher ausschließlich zogen, vermindern, weil sie den Arbeitern ihr Teil davon zukommen lassen müssen. Während also der Reichtum von der einen Seite etwas bescheidenere Dimensionen annehmen wird, schwindet auf der andern Seite der Notstand mehr und mehr, und die Zustände beginnen sich dem Niveau eines allgemeinen Wohlstandes zu nähern. Damit ist sowohl dem Mammonismus wie dem Pauperismus eine Grenze gezogen, diesen unseligen Auswüchsen unsrer Industrie, in denen wir zwei gleich feindliche Mächte wahrer Kultur erblicken. Denn so ist einmal der Mensch geartet, daß er nur da wahrhaft gedeiht, wo ihm einerseits nicht Not und Mangel Zeit und Kraft zu jedem höhern Streben rauben, andrerseits aber doch das Erreichen wünschenswerter Zustände als ein durch seine Tätigkeit erst zu gewinnendes Ziel vor Augen schwebt und sein Streben immer rege hält. Wie das Elend seine Kraft verzehrt, seinen Gedankenflug in die niedere Fessel der gemeinsten Notdurft schlägt, so erschlafft dagegen sein Streben nur gar zu leicht im faden Genügen des Überflusses, und jedes edlere Gefühl wird in geiler Genußsucht erstickt. Darum ist auch in Deutschland insbesondere von jeher das Bedeutendste und Tüchtigste in Wissenschaft und Kunst, wie auf den praktischen Lebensgebieten, aus dem Schoße des Mittelstandes hervorgegangen, und ihm fast ausschließlich gehören die wahrhaft großen Männer an, die im 16. wie im 18. Jahrhundert die gewaltigen Bewegungen auf geistigem und materiellem Gebiete leiteten und unserm Volke den Rang sicherten, den noch jetzt unter den gebildeten Nationen Europas einzunehmen sein Stolz ist. So mag, was dem Mittelstande zugut kommt, dem ganzen Volke frommen, und wir dürfen hoffen, sobald wir ihn wieder in jeder Hinsicht gesichert und gekräftigt sehen, daß aus ihm heraus der Genius Deutschlands unaufhaltsam seinen erhabenen, durch die Ungunst der Zeiten gehemmten Flug wieder aufnimmt, um zu dem materiellen Besitz alle die idealen Güter zu erobern, die uns bisher noch vorenthalten worden sind.

Zum Schlusse fügen wir dem Gesagten noch eine Verwahrung bei, indem wir gegen das Mißverständnis protestieren, als gehe unsre Meinung dahin: daß künftig die Assoziation die allein herrschende industrielle Betriebsform zu werden bestimmt sei. Sicher ist jede anmaßliche Prophezeihung über die Zukunft höchst überflüssig, allein das wird niemandem einfallen, dem Kapital, der Intelligenz, wenn sie dem Einzelnen in genügender Weise zu Gebote stehen, ihre große Bedeutung absprechen zu wollen, obenein da die Anlage eines gewerblichen Etablissements durch einen solchergestalt günstig gestellten Einzelnen allemal leichter als die Organisierung eines tüchtigen Assoziationsgeschäfts ist. Sicher wird ein solcher Unternehmer, auch wenn bereits in der gleichen Branche Geschäfte letzterer Art mit Erfolg konkurrieren, immer noch Arbeiter genug finden, die es vorteilhafter finden, anstatt in der Assoziation ein eignes Risiko mit zu übernehmen, im Lohnverhältnis zu bleiben, besonders wenn dasselbe in der oben angedeuteten Weise angemessener geregelt wird. Ebensowenig ist es unsre Meinung, daß sich die Assoziation auf Arbeiter oder Handwerker gewisser Gewerbszweige beschränken müsse. Vielmehr ist es im Interesse aller wünschenswert, daß sich bei ihrer Gründung Leute aus allen Fächern beteiligen, daß Kapitalisten, Kaufleute, Techniker und eigentliche Arbeiter gleich von Haus aus zusammentreten und so die verschiedene Vorbildung und Begabung, ja selbst einen Teil der materiellen Mittel mitbringen, welche zu einem schwunghaften Angriff der Sache so förderlich sind. Nur darauf kommen wir immer wieder zurück: daß, ehe nicht die Arbeiter sich aus eigner Kraft und aus eignem Triebe an dergleichen Unternehmungen wagen und tatsächlich die Möglichkeit dartun, daß sie es allenfalls auch allein, ohne Beteiligung der übrigen Klassen durchzusetzen vermögen, man sich von Seiten dieser wohl hüten wird, ihnen dabei entgegenzukommen, weil man viel zu sehr dabei interessiert ist, sie in der bisherigen Abhängigkeit zu erhalten. Erst wenn dieser Beweis bis zu einem durch die Konkurrenz fühlbaren Grade von ihnen geliefert ist, erst nachdem sie den Unternehmern einmal selbst als Unternehmer entgegengetreten sind, dürfen sie auf Beachtung ihrer Wünsche, auf das Entgegenkommen des Publikums, insbesondere der Kapitalisten rechnen, welche sie erst dann als Leute zu betrachten anfangen werden, welche im Verkehr auch mit zählen, während sie ihnen bis dahin für bloße Nullen galten, die beim Exempel selbständig für sich gar nicht in Ansatz kamen. Auf dem Gebiete des Erwerbs hat einmal das Eigeninteresse die unbestrittene Herrschaft, und Ansprüche und Strebungen, mögen sie noch so gerecht und billig sein, finden nur dann erst Geltung, wenn sie in sich selbst so weit erstarkt sind, daß sie in tatsächlichen, lebenskräftigen Gestaltungen sich unabweisbar hervordrängen."

(Auszug aus der Schrift "Die arbeitenden Klassen und das Associationswesen in Deutschland als Programm zu einem deutschen Congreß".1858.)

Hermann Schulze-Delitzsch's Schriften und Reden, Bd. I, S. 804 ff.:

"Genossenschaften zum Gewerbebetrieb auf gemeinsame Rechnung und Gefahr

Geschichtliches

Daß die nicht bloß auf Beschaffung der Vorbedingungen des gewerblichen Einzelbetriebes, sondern auf den gemeinsamen Gewerbebetrieb selbst gerichteten Genossenschaften in den letzten Jahren in Deutschland in lebensfähiger Weise Platz gegriffen haben, ist im Eingange dieses Buches bereits bemerkt. Besonders hat sich seit dem Ende des französischen Krieges eine große Regsamkeit in den beteiligten Arbeiterkreisen gezeigt, so daß der mehrerwähnte statistische Jahresbericht des Verfassers über die Resultate der Genossenschaften pro 1871 bereits 116 in den verschiedensten Gewerben nachweist, worunter sich indessen 23 Baugenossenschaften befinden, welche insofern nicht hierher gehören, als sie nicht den Betrieb des Baugewerbes als Nahrungszweig der Mitglieder, sondern deren Versorgung mit Wohnungen zum Zwecke haben, und nicht von Gewerbetreibenden, sondern von Wohnungsbedürftigen gebildet werden. Am zahlreichsten vertreten sind die Genossenschaften der Schneider mit 17, der Weber (in Wollen-, Baumwollen- und Leinen-Waren) mit 16 und der Tischler mit 10 Vereinen.

Die Gründe, weshalb diese Gattung der Genossenschaften erst zuletzt in die Reihe der übrigen zur Entwicklung gelangte, sind ebenfalls im ersten Hauptstück behandelt. Der Verfasser hat selbst in seiner Stellung an der Spitze des deutschen Genossenschaftswesens das Seine dazu beigetragen, mit dem Vorgehen zurückzuhalten. Und wie sehr er damit recht hatte, wenn er davor warnte:

> "zur Bildung von Produktivgenossenschaften unvorbereitet, ohne eine genossenschaftliche Vorschule und ohne die Anfänge der unerläßlichen Kapitalansammlung zu schreiten",

beweist der Erfolg. Wie rasch gingen jene Treibhauspflanzen, mit denen man in Frankreich und vereinzelt auch bei uns 1848 begann, wieder zugrunde. Wie ganz anderen Bestand hatte dagegen die Sache in England, wo man erst nahezu zehn Jahre nach Beginn der genossenschaftlichen Organisation mit den Konsumvereinen (stores) dazu schritt und den ersten derartigen Unternehmungen durch Anlehnung an die stores gleich einen erprobten Halt gab. Und dasselbe zeigt sich auch gegenwärtig bei uns. Die zum großen Teile mit Umsicht und nach einer genossenschaftlichen Vorschule begonnenen Produktivgenossenschaften, bei deren Einrichtung und Förderung der Verfasser vielfach tätig einzugreifen imstande war, bewegen sich meist in vielversprechenden Anfängen, und eine Zahl davon bereits auf gesicherter geschäftlicher Grundlage. Überall erschienen in dieser Hinsicht folgende Erwägungen maßgebend.

Vorbedingungen bei der Gründung von Produktivassoziationen

Wenn die Produktivgenossenschaft, die Vereinigung einer Anzahl von Kleinmeistern oder von Lohnarbeitern zum Geschäftsbetrieb im großen auf gemeinsame Rechnung und Gefahr, die höchste Stufe der Genossenschaft ist und am unmittelbarsten an die Lösung der sozialen Frage herantritt, so ist sie unbestreitbar auch die schwierigste, diejenige, welche die größten Anforderungen in jeder Hinsicht an ihre Mitglieder macht, und zwar sowohl an ihre Tatkraft und Ausdauer, an ihre Einsicht und Geschäftsgewandtheit, wie rücksichtlich des dazu erforderlichen Kapitals. Mit welchen Opfern und Mühen die Gründung und Durchführung solcher Geschäfte verbunden ist, beweist ihre Geschichte in England und Frankreich zur Genüge, und diese Schwierigkeiten den Leuten zu verhehlen, würde zur schwersten Verantwortung gereichen. Welche Entsagungen und Entbehrungen mußten sich die Mitglieder überall auferlegen, ehe das Geschäft sich bis zur befriedigenden Sicherstellung ihrer wirtschaftlichen Lage hob. Da gehörte Mut, fester Entschluß und zähe Ausdauer dazu, um nicht zu verzagen und die Sache zum guten Ende zu führen. - Weiter: wo soll ohne Vorbereitung den Mitgliedern die Fähigkeit herkommen, große Geschäfte einzurichten und zu leiten, wenn sie sich nicht allmählich in kleineren Verhältnissen erst bilden und einarbeiten? Mögen sie noch so tüchtig in ihren technisch-mechanischen Arbeitsleistungen sein, eine Übersicht über das Geschäftsganze eines größeren Unternehmens, wo in Bezugs- und Absatzquellen die Verhältnisse des Weltmarktes berücksichtigt werden müssen, bringen sie aus der Werkstätte nicht ohne weiteres mit. Und was sie ferner aus ihrer gegenwärtigen isolierten Stellung nicht mitbringen, ist der echte genossenschaftliche Geist. Gerade unseren deutschen Arbeitern wird das Aufgehen im Ganzen, die Unterordnung unter eine feste, aus ihrer eigenen Mitte hervorgegangene Leitung schwerer als den Franzosen und Engländern. Noch herrscht der Sondergeist zu sehr vor, noch erschweren Neid und Mißtrauen die gemeinschaftliche Operation, besonders wenn irgendeiner der bisherigen Genossen in hervorragender Stellung an die Spitze gestellt werden muß. Indem sich alle als Herren des Geschäfts fühlen, fällt es schwer, sie an die nötige Disziplin zu gewöhnen; das hat jeder erfahren, der mit solchen Dingen praktisch zu tun hat. Und doch ist eine feste, einheitliche Leitung, eine strenge Ordnung bei Unternehmungen dieser Art unerläßlich, wenn sie nicht sicherem Ruin entgegengehen sollen.

Endlich, was ein Hauptpunkt ist, handelt es sich um die Beschaffung des Gründungs- und Betriebsfonds, wo eine vorgängige Kapitalansammlung seitens der Mitglieder, wie sie irgend nach deren Verhältnissen ermöglicht werden kann, als erste Bedingung obenan steht. Denn mag man auch bezüglich dieser Fonds bei einem Genossenschaftsgeschäft noch mehr wie bei jedem anderen auf Kredit angewiesen sein, so muß doch dieser Kredit auf einer annehmbaren Grundlage beruhen. Die Solidarhaft der Mitglieder an und für sich allein bildet diese aber noch nicht, vielmehr bedarf es des Vorhandenseins von äußerlich erkennbaren Momenten, welche auf die Lebensfähigkeit des Unternehmens schließen lassen, und dadurch das Kapital anziehen. In der Tat liegt die Sache bei der Produktivgenossenschaft in dieser Hinsicht nicht völ-

lig so, wie bei den Vorschuß-, Rohstoff- und Konsumvereinen. Die Mitglieder der letzteren stehen sämtlich bereits in einem gesicherten Erwerbsverhältnisse, besitzen entweder ein eigenes Geschäft oder arbeiten in einem fremden um Lohn. Und darin gerade liegt die Gewähr ihrer Solidarhaft für den Fall des Mißerfolges des Genossenschaftsunternehmens, indem ihr eigener Erwerbszweig dadurch nicht unmittelbar betroffen wird, sie also durch ihren Verdienst daraus die Mittel erhalten, welche zur Deckung der Genossenschaftsschulden herangezogen werden können. Anders bei der Produktivgenossenschaft. Hier geben die Mitglieder (Kleinmeister wie Lohnarbeiter) ihre bisherige Erwerbsquelle auf, um aus dem gemeinsamen Geschäft selbst ihren Unterhalt zu ziehen. Die Insolvenz des Genossenschaftsgeschäftes ist demnach der Regel nach zugleich ihre eigene, und der Gläubiger hat außerdem nicht, wie bei den anderen Arten der Genossenschaft, in den Privatgeschäften von deren Mitgliedern einen Anhalt, welcher diese fähig macht, für die Verbindlichkeiten der Genossenschaft in solchen Fällen aufzukommen. Die finanzielle Lebensfähigkeit der Produktivgenossenschaft muß daher in greifbarer Weise hervortreten, wenn sich ihr der Kredit zuwenden soll. Und dazu gehört vor allem ein von den Mitgliedern erspartes Kapital, mit dem sich mindestens die ersten Geschäftseinrichtungen treffen lassen. Außer der materiellen Garantie, welche ein solcher Vermögensbesitz bietet, erhält das Publikum dadurch zugleich die Überzeugung von dem Vorhandensein der erforderlichen Einsicht und Tatkraft auf seiten der Mitglieder, und somit die ganz unerläßliche moralische Garantie, durch welche die etwaigen Mängel der materiellen ergänzt werden. Durch das sparweise Ansammeln eines solchen Grundstockes bezeugen die Mitglieder, daß sie Verständnis für die kommerziellen Bedingungen ihres Unternehmens und zugleich die sittliche Kraft besitzen, sich zum Zweck ihres Emporkommens Opfer und Entbehrungen aufzuerlegen und um künftiger dauernder Vorteile willen auf augenblickliche Genüsse zu verzichten. Nur aus der Betätigung dieser Eigenschaften in solcher Weise erwächst das Vertrauen zur Lebensfähigkeit ihres Unternehmens; nur indem sie sich kreditwürdig zeigen, werden sie kreditfähig. Soviel also muß, ehe man das Geschäft eröffnet, Barschaft angesammelt sein, daß man z. B. die ersten Anzahlungen auf die nötigen Baustellen, Gebäude, Maschinen u. dgl. machen kann, worauf dann die weiteren Termine recht wohl kreditiert werden können. Und soviel an Kapital ist durch eine größere Anzahl assoziierter Arbeiter in wenigen Jahren recht wohl zusammenzubringen, wie die Erfahrung zeigt. Um ein Beispiel aus einem Gewerbszweige, der ein besonders hohes Anlagekapital erfordert, zu geben, verweisen wir auf die Produktivgenossenschaft der Maschinenbauarbeiter in Chemnitz, von denen einige Hundert in ca. zwei Jahren ungefähr 13 000 Taler zusammenbrachten und damit ein sehr passendes Grundstück in der Vorstadt mit Fabrikgebäuden, Dampf- und sonstigen Maschinen für 31 000 Taler ankauften. Nach Anzahlung von 10 000 Talern erhielten sie nicht nur einen Teil des Kaufgelderrückstandes auf Hypothek kreditiert, sondern überdem auch den erforderlichen Kredit zum Betriebe ihres Geschäfts durch die Vermittelung der sächsischen Kreditvereine, bis das im besten Gange befindliche Etablissement durch den Krieg von 1866 leider zur Auflösung gebracht wurde. Ähn-

lich, wenn auch nicht in so großem Maßstabe, ging es bei den Genossenschaften der Zigarrenmacher in Berlin und Delitzsch, der Lampenmacher in Berlin, der Uhren- (Regulatoren-) Fabrikanten in Freiburg (Schlesien) und anderer, die zu den ersten bei uns zählen und einen guten Fortgang genommen haben. An mehreren Orten gründete man, auf den Rat des Verfassers, um das erforderliche Kapital zunächst zusammenzubringen und sich an die gemeinschaftliche Operation zu gewöhnen, förmliche Sparvereine *), und setzte sich die Ansammlung einer bestimmten Summe als festes Ziel, bevor die Eröffnung des Produktivgeschäftes erfolgen sollte. Natürlich war hierbei der Anschlag über die zur Gründung und Inbetriebsetzung des Geschäftes erforderlichen Geldbeträge maßgebend. Daß vor allen Dingen die Beteiligten einen solchen speziellen Anschlag selbst aufstellen, muß stets das erste sein, worauf man sie verweist, weil sie nur dadurch beweisen können, daß sie von dem, was zu ihrem Unternehmen gehört, überhaupt einen Begriff haben. Dabei hat man vor allem die Kosten zur Beschaffung der Geschäftslokalien, der Werkzeuge und Rohstoffe, sowie den Aufwand an Arbeitslöhnen für die erste Zeit ins Auge zu fassen, ehe an Eingänge durch Absatz der fertigen Produkte gedacht werden kann. Denn, wie wir bereits bemerkten, ehe nicht der Geschäftsbetrieb begonnen, das Unternehmen nicht wirklich existiert, kann von Kredit im eigentlichen Sinne, der auf Vertrauen zur Existenzfähigkeit desselben beruht, nicht die Rede sein. Begründen müssen daher die Genossen das Geschäft selbst, und der Hauptsache nach mit eigenen Mitteln, ehe ihnen fremde Mittel zur Fortführung und Erweiterung desselben zu Gebote gestellt werden. Das Verlangen, daß ihnen die Mittel zum Beginnen von Haus aus, ohne ihr Zutun, von anderer Seite gegeben werden - wie die Sozialisten dies vom Staat fordern -, ist nichts weiter, als das Bekenntnis der eigenen Unfähigkeit zu einem solchen Unternehmen. Handwerker und Arbeiter, welche weder den Grad von Einsicht, noch die sittliche Kraft haben, um sich die erforderliche Disziplin, die notwendigen materiellen Opfer, als die Saat der künftigen Ernte, vorher aufzuerlegen, besitzen nicht das Zeug dazu, eine Sache durchzuführen, welche so nachhaltige Anstrengungen erfordert. Dies ist von allen, welche sich mit diesen Dingen zu schaffen machen, wohl zu beachten. Denn wenn es auch an der Zeit ist, bei dem Stande der Arbeiterbewegung in unserm Vaterlande auf die Produktivgenossenschaft als eines der wichtigsten Mittel zur sozialen Ausgleichung hinzuweisen, ihre Bedingungen zu diskutieren und Organisationspläne an die Hand zu geben, so hüte man sich doch, bestimmte Personen dazu förmlich aufzufordern. Ist unter den Arbeitern selbst nicht Drang und Lust in solchem Grade vorhanden, daß sie die Initiative aus sich heraus ergreifen, so sind sie eben nicht die Leute dazu. Nicht das ist daher die Auf-

---

*) Diese Sparvereine sind bei ihrer höchst einfachen Aufgabe, welche nur die einfachsten Geschäftsoperationen bedingt, nicht als Genossenschaften, sondern als einfache Privatgesellschaften zu organisieren. Insbesondere müssen eigentliche Kreditgeschäfte zum Behufe der zinsbaren Unterbringung der Spargelder vermieden, und diese durch Belegung bei einem sicheren Bankhause bewirkt werden, um jedes Risiko möglichst zu vermeiden.

gabe, solche unreife und der inneren Begründung entbehrende Unternehmungen auf diesem Felde hervorzurufen, sondern ihnen durch Belehrung zu rechter Zeit und verständige Vorbereitungen vorzubeugen und die Beteiligten auf den rechten Weg zu bringen, will man nicht die übelsten Folgen erleben. Einmal bringt man eine Anzahl Menschen, die ihre früheren Erwerbsverhältnisse aufgeben und ihre Existenz an ein solches Unternehmen knüpfen, in die traurigste Lage, wenn dasselbe mißglückt. Und sodann, dies ist noch besonders zu beachten, wird durch ein einziges eklatantes Mißlingen die Sache nur gar zu leicht im allgemeinen diskreditiert.

Verhältnis der Produktiv- zu den andern Arten der Genossenschaften

Gedenken wir noch des Verhältnisses der Produktiv- zu den andern Genossenschaften, so ist im allgemeinen bei uns nicht von einem Anlehnen, wie es in England an die Konsumvereine stattfand, die Rede. Zwar schreitet neuerdings eine Anzahl der größeren Konsumvereine auch bei uns zur Produktion einzelnen Verbrauchsartikel. Indessen kann die Entstehung von Produktivgenossenschaften hieraus, mittels Ablösung von den Muttervereinen, nicht abgeleitet werden, vielmehr ist dieselbe regelmäßig in voller Selbständigkeit vor sich gegangen. Dagegen hat sich dann später vielfach ein für beide Teile fruchtbares Verhältnis zwischen ihnen angeknüpft. Nicht nur sind die Konsumvereine die sichersten Kunden der Produktivgenossenschaften für solche Waren, die sie auf Lager führen, sondern sie vermitteln denselben auch den Absatz anderer Artikel unter ihren Mitgliedern, indem die Gleichheit der wirtschaftlichen Ziele, wie der sozialen Lage des Hauptstammes der Mitglieder in beiden, ihnen die gegenseitige Förderung schon aus sympathischen Regungen nahelegt. Ebenso knüpfen sich Beziehungen mit den Vorschuß- und Kreditvereinen mehr und mehr an, in deren Aufgabe, sobald sie sich zu eigentlichen Volksbanken zu entwickeln beginnen, es liegt, den Produktivgenossenschaften durch bankmäßigen Kredit - Diskontierung der Geschäftswechsel, Eröffnung von laufenden Rechnungen und dgl. - Betriebsmittel zuzuführen, weshalb die letzteren bereits mehrfach den ersteren als Mitglieder beigetreten sind.

Stille Gesellschafter

Weiter ist noch der stillen Gesellschafter Erwähnung zu tun, welche in mehrfacher Hinsicht bei den Produktivgenossenschaften in Betracht kommen. Nicht selten finden sich Leute, die, ohne an das Unternehmen wegen ihres Erwerbes gewiesen zu sein, aus Hinneigung und Vertrauen dazu eine mäßige Kapitaleinlage daran zu wagen bereit sind. Schon ihre Stellung meist außerhalb der beteiligten Arbeitsbranche läßt ihnen den Eintritt in die Mitgliedschaft nicht rätlich erscheinen, noch mehr aber scheuen sie sich, solidarisch mit ihrem Vermögen für die Verbindlichkeiten des Geschäfts mit einzustehen, und dadurch ihre ohnedies gesicherte Existenz dabei einzusetzen. Für solche Fälle ist das in unse-

rem Handelsrecht anerkannte Institut der stillen Gesellschaft (Allg. Deutsch. Handelsgesetzbuch Art. 250 ff.) recht eigentlich angezeigt. Der stille Gesellschafter haftet darnach nur bis zur Höhe seiner Einlage für die Geschäftsverbindlichkeiten, und wird das Nähere über Teilnahme an Gewinn und Verlust, sowie die sonstigen geschäftlichen Beziehungen, durch Vertrag festgesetzt. Dabei ist das ganze Verhältnis der Bekundung nach außen, besonders auch der Kenntnisnahme des Handelsgerichts entzogen, und darf in der Firma nicht einmal angedeutet werden, indem der stille Gesellschafter zu dem Geschäft, in dessen Eigentum seine Einlage übergeht, nicht sowohl die Stellung eines Teilhabers, sondern die eines Gläubigers einnimmt, welcher sich anstatt der Zinsen die Partizipation an Gewinn und Verlust ausbedungen hat.

Noch förderlicher wird die Form der stillen Gesellschaft in einem anderen häufig vorkommenden Falle sein. Das ganze Unternehmen wird regelmäßig bei der Eröffnung sich in engen Grenzen bewegen, wie dies einerseits in dem beschränkten Kapital seinen Grund hat, andererseits aber auch deshalb durchaus geboten ist, weil die Befähigung zur Geschäftsleitung beim Großbetrieb nur allmählich erlangt werden kann. Da kommt es denn nicht selten vor, daß die zur Gründung der Genossenschaft zusammentretenden Arbeiter nicht sämtlich in dem Etablissement sogleich beschäftigt werden können, sondern zum Teil in ihrem früheren Lohnverhältnis bei anderen Unternehmern einstweilen ausharren müssen. Wenn man nun ihrer Beteiligung für die Gründung und den Aufschwung des Geschäfts bedarf, namentlich der Ausfall ihrer Kapitaleinlagen eine empfindliche Lücke machen würde: so steht doch ihrer sofortigen Proklamation als Mitglieder ein wesentliches Hindernis entgegen. Dies ist die Entlassung aus dem bisherigen Arbeitsverhältnis, welche fast ohne Ausnahme erfolgt, sobald ihre Arbeitgeber erfahren, daß sie sich bei Gründung eines Konkurrenzgeschäftes beteiligt haben. Dies ist aber nicht zu verhüten, da die öffentliche Auslegung der Mitgliederlisten bei eingetragenen Genossenschaften ebenso unbedingt seitens der Gerichte zu erfolgen hat, als von der Beteiligung stiller Gesellschafter niemand etwas zu erfahren braucht. Deshalb hat man bei solcher Lage der Dinge auf den Rat des Verfassers vielfach dies Aushilfsmittel angewendet, und die für das erste nicht von der Genossenschaft beschäftigten Teilhaber bis dahin, wo dies möglich wird, als stille Gesellschafter eintreten lassen, und ihr Verhältnis kontraktlich, unter Verleihung eines gewissen Einflusses auf die Gesellschaftsangelegenheiten, geregelt. Die Wichtigkeit der Sache macht die schriftliche Regelung eines solchen Abkommens wünschenswert, obschon das Allg. Deutsche Handelsgesetzbuch davon absieht. Auch mit den stillen Gesellschaftern der erstgedachten Art sollten schriftliche Abkommen getroffen werden.

Einfluß der Produktivgenossenschaften auf die Arbeiterverhältnisse

Zum Schlusse der Besprechung der allgemeinen Voraussetzungen bei diesem hochwichtigen Zweige der Genossenschaften wird noch ein Wort über die Zukunft und den Einfluß desselben auf die Gestaltung der Arbeiterverhältnisse am Platze sein.

Ist einerseits durch die lediglich von Arbeitern bewerkstelligte Gründung einer nicht geringen Zahl existenzfähiger Produktivgenossenschaften die Haltlosigkeit des sozialistischen Dogmas von der Unmöglichkeit solcher Gestaltungen tatsächlich dargetan, so hüte man sich doch, in das entgegengesetzte Extrem zu verfallen, wonach man die Genossenschaft für die herrschende industrielle Form der Zukunft ausgibt. Immer wird der mit Intelligenz und Kapital genügend ausgestattete Unternehmer schon wegen der unerläßlichen Einheit der Leitung einen großen Vorsprung behaupten. Aber wenn auch die Zahl der Produktivgenossenschaften hiernach eine verhältnismäßig beschränkte bleiben dürfte, so kann es doch nicht fehlen, daß durch sie auf die berührten Verhältnisse eine wohltätige Wirkung geübt wird. Zum Teil ersetzt sie einigermaßen eine der besten Seiten der alten handwerksmäßigen Betriebsweise, welche durch deren unaufhaltsamen Übergang in die Großindustrie mehr und mehr in Abnahme geraten ist. Es ist dies die Stellung des Meisters als Unternehmer zu den Arbeitern, den Lehrlingen und Gesellen, vermöge deren die letzteren die Aussicht haben, es bei regelmäßigem Verlauf der Dinge früher oder später selbst zum Meister zu bringen. Wie sehr dies dazu beitragen mußte, die gesellschaftliche Kluft niemals in der Schroffheit aufkommen zu lassen, wie sie sich zwischen den beiden Klassen in der Fabrikindustrie gestaltet hat, springt in die Augen. Wenn daher mehr und mehr die Möglichkeit, selbst mittels der Genossenschaft zur gewerblichen Selbständigkeit zu gelangen, den tüchtigsten Elementen der Arbeiter sich zeigt, wenn sie deshalb sich darauf hingewiesen sehen, auch ihrerseits die Aufgaben und die Stellung des Unternehmers näher in das Auge zu fassen: so kann dies nur zur Verbesserung des ganzen Verhältnisses, zu einer besseren Würdigung der gegenseitigen Leistungen und größeren Mäßigung in den gegenseitigen Anforderungen führen. Aber auch materiell auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen der außerhalb der Genossenschaften verbleibenden Arbeiter muß der Bestand von Produktivgenossenschaften günstig zurückwirken, da die Arbeitgeber, um sich ihre tüchtigsten Arbeiter zu erhalten, welche am meisten Drang und Befähigung zu genossenschaftlichen Bildungen besitzen, zu Konzessionen dadurch mehr geneigt gemacht werden. Wohl mag dann das noch in den ersten Anfängen begriffene System der Beteiligung der Arbeiter am Gewinn, ja das weitere der Aufnahme in die Teilhaberschaft am Geschäft sich einbürgern. Und würde nicht so der Weg zu einer höheren und vollendeteren Form der industriellen Genossenschaft beschritten, in welcher die sämtlichen Faktoren der modernen Industrie - die technische und die kaufmännische Kapazität, die physisch-mechanische Arbeitsverrichtung und das Kapital - in ihren Trägern zu gemeinschaftlichem Unternehmen ihre Stelle fänden, jedes dem Werte seiner Leistungen gemäß gelohnt? - In der Tat eine Aussicht für Ausgleichung

der Klassengegensätze und Steigerung der industriellen Leistungsfähigkeit mit ihrer segensreichen Rückwirkung auf die wirtschaftliche, humane und bürgerliche Entwicklung unserer Zeit, wie sie nicht schöner eröffnet werden könnte."

(Auszug aus der Schrift "Die Genossenschaften in einzelnen Gewerbszweigen". 1873.)

II. Berichte über Produktivassoziationen

1) Israel

L. F. Rushbrock Williams, Der Staat Israel, Hamburg-Wandsbek 1959 (Fischer-Bücherei Nr. 288), S. 83-86:

"Diese religiöse Hingabe ist vielleicht am ausgeprägtesten in den Kibbuzim, den Kollektivdörfern, die immer noch ein Drittel aller 720 jüdischen landwirtschaftlichen Siedlungen Israels ausmachen. (Dieser Anteil scheint sich allerdings langsam zu verringern.) Das Charakteristische dieser Organisationen ist, daß es in ihnen kein Privateigentum im gewöhnlichen Sinne gibt: Keine bezahlte Arbeit wird gestattet, und alles gehört der Gemeinschaft. Jeder Mann, jede Frau wird aus den Mitteln des Kibbuz bekleidet und ernährt. Je nach dem Stand der Mittel gibt der Kibbuz alles, was nötig ist: zuerst die allerwesentlichsten Dinge wie Handwerkszeug und Gerät, dann Bücher, Radioapparate und sogar Stipendien zum Studium an den Hochschulen. Wenn es der Siedlung gut geht, haben auch die einzelnen Mitglieder ein angenehmeres Leben. Regierungsdarlehen werden zuerst zurückgezahlt; dann kann der Kibbuz seine Wirtschaft etwas weniger karg gestalten.

Jeder leistet die Arbeit, für die er sich nach der Ansicht des Verwaltungsrates am besten eignet. Dieser Rat wird, meist für ein Jahr, von der Gesamtbevölkerung der Siedlung gewählt und hat besondere Komitees für spezielle Aufgaben. Als Gegenleistung erhält der einzelne, was er braucht, aus dem gemeinsamen Eigentum. Es gibt eine Gemeinschaftsküche, einen gemeinsamen Speisesaal, ein gemeinsames Kulturzentrum. Die Kinder führen ein eigenes Leben ganz für sich: zuerst in der Dorfkrippe, dann im Dorfkindergarten, dann in der Dorfschule. Sie wohnen für sich. Jedes Ehepaar hat eine eigene Wohnung. Aber das Dorf übernimmt die Verantwortung für die Erziehung der Kinder. Eltern und Kinder treffen sich am Feierabend und an Feiertagen und Samstagen unter dem elterlichen Dach.

Dieser Organisationstyp verlangt seinen Mitgliedern schwere Opfer ab, hat sich aber in Zeiten der Not und Gefahr als außerordentlich lebensfähig erwiesen. Die seltsame Mischung fast puritanischen Eifers, unermüdlichen Fleißes und hoher Intelligenz macht die Bewohner des Kibbuzim zu eindrucksvollen Pioniertypen - anspruchslos, abgehärtet und unternehmend, mit dem Gewehr ebenso bei der Hand wie mit dem Traktor, stets bereit, für ihre Gemeinschaft und für ihr Land zu kämpfen. Die Kibbuzim waren die Felsen, an denen die arabischen Angriffe der Jahre 1936, 1947 und 1948 meist erfolglos zerschellten. Die meisten Siedlungen hielten erfolgreich stand. Die wenigen, die überwältigt wurden, verkauften ihr Leben teuer. Jeder Kibbuz denkt, plant und handelt als Einheit. Die Verantwortung für die Leitung der vereinten Kräfte und für die beste Ausnützung der vorhandenen Hilfsquellen - am Anfang meist mitleiderregend schlecht - ist deshalb schwer. Der allgemeine Erfolg des Systems im ganzen Land zeigt je-

doch, daß die Verwaltungskomitees ihrer Aufgabe gewachsen sind. Manche der älteren Kibbuzim haben aus eigener Kraft ein erkleckliches Vermögen an Land, Vieh, Gerät, Maschinerie, Gemeinschafts- und sogar Fabrikgebäuden zusammengebracht. Ihre Mitglieder sind zwar zunächst und vor allem Bauern, zeigen aber ein ausgeprägtes Geschick für die Schaffung und den Betrieb leichter Industrien und moderner Verarbeitungsanlagen. Diese älteren und größeren Siedlungen, die manchmal bis zu zweitausend Mitglieder zählen, sind der Stolz des ganzen Landes. 'Ein Gev' ist eine der bekanntesten. Es liegt südöstlich vom See Genezareth, nahe der syrischen Grenze. Sein Ruhm beruht nicht nur auf seinem Ruf als Stützpunkt, dessen Verteidiger viele Angriffe tapfer abgeschlagen haben, sondern auch auf den großen alljährlichen Musikfestspielen, die dort veranstaltet werden und die viele israelitische und fremde Künstler anziehen. Es ist ein aufregendes Erlebnis, einen Kibbuz im Frühstadium zu besuchen, wenn der Grundriß noch kaum fertig ist, die Straßen noch holperig sind und die meisten Baulichkeiten noch Behelfscharakter haben. Man hört den Ton der stolzen Zuversicht in der Stimme, die einem erklärt, wie jene bleibende Konstruktion diese Ansammlungen von Behelfsbauten ersetzt. Man erfährt, welche Schwierigkeiten schon überwunden sind und welche kühnen Pläne für die Zukunft bestehen. Man sieht die unermüdliche Arbeit, die oft vierundzwanzig Stunden währt. Man sieht die Kinder, deren Gebäude immer zuerst fertiggestellt werden, voll Feuereifer und Stolz auf die neue Siedlung. Nicht alle Menschen in Israel stimmen mit den Ideen der Kibbuzim-Siedler überein. Es gibt Menschen, die ihre strenge Weltanschauung ablehnen, ihre Dörfer häßlich und ihre Einmischung in das Familienleben abstoßend finden. Es hat den Anschein, daß die Kibbuzim an Boden verlieren. Das kommt wahrscheinlich daher, daß die neue israelitische Generation, besonders die jüngeren Menschen, die in Israel geboren sind, eine neue Art Patriotismus entwickeln, der weltlich und an das Land gebunden ist, während er früher an die jüdische Religion und Rasse gebunden war. Diese jungen Menschen neigen dazu, die Ideale, welche die Kibbuzim beseelen, als überholt anzusehen, als Ideale, die ihren Zweck mit der Schaffung des Staates Israel erfüllt hatten. Aufs Ganze gesehen, scheint sich die Landwirtschaft vom Kollektivismus hinwegzuentwickeln. Am anderen Ende der Skala gibt es die Kleinbauernsiedlungen auf kooperativer Basis, wo jede Familie ihr eigenes Land hat, das vom Jüdischen Nationalfonds oder einer anderen Treuhandgesellschaft zu einem nominellen Preis gepachtet wird. Im allgemeinen wird keine Mietarbeit zugelassen. Aber Nachbarn helfen sich gegenseitig aufs ausgiebigste und sind durch ein starkes Gefühl gemeinsamer Interessen verbunden. Warenkauf und -verkauf wird durch einen Konsumverein geregelt. Der Verein schafft auch Traktoren und andere Maschinen für den Gemeinschaftsgebrauch an. Diese Mischung von Privateigentum und gegenseitiger Hilfe scheint sich in Israel wachsender Beliebtheit zu erfreuen, besonders unter den neuen Einwanderern. Das geht auf Kosten der Kibbuzim. Wenn man eine solche Siedlung betritt, sieht man hübsche Häuser mit gutem Anstrich, ordentliche Gärten voller Blumen. Alles strahlt den Stolz aus, den Menschen über Dinge empfinden, die ihnen persönlich und für immer gehören. Wenn Arthur Young heute Israel

besuchte, würde er in den Siedlungen dieser Art einen weiteren Beweis für seine Überzeugung finden, daß es die "Magie des Besitzes" ist, welche Sand in Gold verwandelt.

Zwischen den Kibbuzim einerseits und den Moshavot andererseits gibt es verschiedene Abstufungen von Siedlungsformen, welche die guten Seiten dieser beiden Extreme zu vereinen suchen. Die Moshav Shittufi kommt dem Kibbuz am nächsten und ähnelt ihm in Beziehung auf strenge Disziplin, gemeinsames Eigentum und Kollektivarbeit. Der Unterschied besteht darin, daß in den Moshavim Shittufim Haushaltungen für sich wie gewöhnliche Familien existieren, für ihre eigenen Mahlzeiten sorgen, ihre eigenen Kinder erziehen und ihre eigene Hausarbeit tun - nur die Arbeit für die Gemeinschaft wird auf gemeinschaftlicher Basis getan. Dieses Arrangement ist für große Familien am besten, weil sie für jedes Familienmitglied Anspruch auf Gemeinschaftsmittel haben. Zahlreicher als die Moshavim Shittufim sind die Moshve Ovdim, Dörfer von Kleinbauern, die Höfe gleicher Größe bewirtschaften. Sie unterscheiden sich von den Moshavo Kleinbauernsiedlungen dadurch, daß jede Moshav Ovdim eine geschlossene Einheit darstellt, in die neue Mitglieder nur mit allgemeiner Zustimmung aufgenommen werden können. Wie in den Kibbuzim werden hier die Dorfangelegenheiten durch einen Rat geregelt, der von einer Massenversammlung des ganzen Dorfes gewählt wird. In den Moshve Ovdim ist Lohnarbeit verboten. Es gibt jedoch eine Abart, Moshavim genannt, sogenannte Dörfer für die Mittelklasse, die auf der Basis freien Unternehmertums und entlohnter Arbeit arbeiten und zugleich die Vorteile kooperativer Kaufs- und Verkaufsorganisation wahrnehmen. Letztere sind eigentlich fast allen Siedlungstypen gemein. Bis jetzt sind jedoch die Moshavim weniger häufig als die Kibbuzim oder Moshve Ovdim."

2) Spanien

Stadt Gottes, Katholische Familienzeitschrift zugunsten des Missionswerkes, Postverlagsort Kaldenkirchen, Heft 6/1960, S. 250-253:

"Auf der Nordstrecke der Spanienfahrt überraschte uns nicht stärker als Don Florentinos Wagnis. Schon seit 14 Tagen, als wir in Barcelona zum erstenmal von diesem mutigen Pfarrer und seiner katholischen "Kommunistengemeinde" Zuniga hörten, stand dieser Besuch auf unserem festen Programm.

Nun rollen wir an einem spätsommerlichen Nachmittag durch das Bergland Navarras, das zum Teil bizarre Formen aufweist, von Estella 27 km nordwärts. Da taucht auf der Nordseite einer breiten Talsenke ein grellweißer Fleck auf, Zuniga. Bald biegen wir vor dem Bahnhof in die 1 bis 2 km lange Zufahrt ab.

Eine auffällige Veränderung des Landschaftsbildes! Wenn wir nicht schon um Don Florentinos Wagnis wüßten, müßten wir meinen, in eine große Staatsdomäne gekommen zu sein. Ausgedehnte Ackerflächen auf beiden Seiten, neugefaßte Wasserführungen, gepflegte Feldwege!

Wir fahren in das mit seinen mächtigen Steinkästen wie eine mittelalterliche Kleinfestung wirkende Burgdorf ein. Auf dem Rathaus, dem Sitze des Alcalde, steht in großen Lettern der Ortsname Zuniga, darunter mit dem echt baskischen Klang Eztuinaga. Die enge frisch betonierte Hauptstraße führt zur Kirche und bald hinter ihr durch ein romantisches Tor wieder zum Dorfe hinaus. Neben den Fenstern und kleinen Balkonen grüßt von manchem Hause ein mächtiges in Stein gehauenes Wappen als Zeuge einer stolzen Vergangenheit.

Wir halten auf dem engen Kirchplatz neben dem plätschernden Brunnen. Das Innere der Kirche, im typischen spanischen Barock, erfreut durch seine Frische und Sauberkeit. Leider ist der Pfarrer Don Florentino, der Organisator des neuen Zuniga, nicht zu Hause; er kommt erst in zwei Stunden von Estella zurück.

So gehen wir allein auf Erkundung aus. Hinter dem Dorftor liegt auf dem Druschplatz ein mächtiger Spreuberg. Dahinter zieht sich in großzügiger Anlage die Hühnerfarm der Dorfgemeinschaft hin. Einige Minuten westlich bricht ein Traktor mit modernem Reihenpflug einen gewaltigen Stoppelacker um. Bald haben wir den Traktorführer mit dem aufgeräumten Gesicht unter der Baskenmütze in ein lebhaftes Gespräch verwickelt. Er ist mit der neuen Gütergemeinschaft sehr zufrieden und mit Leib und Seele bei der Sache Don Florentinos. Von den andern Dorfbewohnern sagt er uns das gleiche.

Auf dem Rückweg treffen wir am Dorfrande eine Frau, die gerade mit ihrem schüchternen Kinde eine Taube rupft. Zu ihren Füßen balgen sich vier junge Hunde lustig um die Federn. 'Si, Senores, ja meine Herren, seit Don Florentinos neuer Dorfordnung haben wir es leichter und besser in Zuniga!' - Einige Schritte weiter treffen wir den Schmied in seiner Werkstätte, den Universaltechniker und zugleich Postmeister von Zuniga. Gastlich lädt er uns in seine etwas modernisierte

Wohnung. Und auch hier hören wir nur, manchmal in staunenerregenden Einzelheiten, ein volles Lob über das neue Gemeinschaftsunternehmen. Nun wird es Zeit, daß wir Don Florentino am Bahnhof abholen. Ein elastischer Geistlicher in den ersten Vierzigern entsteigt behend dem Triebwagen aus Estella. Nach ungezwungener, ja herzlicher Begrüßung läßt Don Florentino sich vom Kameramann mit samt seinem Dorf im Hintergrunde konterfeien und dann zu uns Presseleuten in den Wagen laden. Auf der kurzen Fahrt zum Pfarrhaus erfahren wir in regem Frag- und Antwortspiel, daß die Gemeinde 305 Einwohner zählt und aus 34 Familien besteht; daß es Familien mit 10, 11 und 12 Kindern gibt und der Durchschnitt gut bei 5 Kindern liegt; daß zur Zeit aus dem Dorfe im geistlichen Berufe leben: 6 Priester, 14 Schwestern, 1 Ordensbruder, 4 Theologen.

Bald sitzen wir im Pfarrzimmer vor Don Florentinos Schreibtisch. Temperamentvoll, überzeugend, sachlich spricht er über sein Erneuerungswerk. Vor gut 10 Jahren ließ ihn die traurige wirtschaftliche Lage seiner Gemeinde nicht zur Ruhe kommen. Er erkannte als Hauptquelle des Übels die widersinnige Zerrissenheit und unsinnige Zerstreutheit des landwirtschaftlichen Grundbesitzes. Dabei kam er zur Überzeugung, daß hier nur eine radikale und umfassende Lösung Hilfe bringen könne. Auf Grund von eigener Bauernerfahrung und nach gründlichen ökonomischen Studien arbeitete er den Plan eines bisher erstmaligen Wagnisses zur Verwirklichung eines echt katholischen, bäuerlichen Gemeinschaftswerkes bis in alle Einzelheiten aus.

Aber Don Florentino wußte, daß er dies revolutionierende Werk nur mit einer Pfarrgemeinde wagen konnte, die religiös hundertprozentig auf der Höhe war. Er erneuerte und steigerte vor allem das eucharistische Leben. Die Kinder gehen alle bereits mit 7 Jahren zur Erstkommunion. Fast alle Frauen und Mädchen besuchen täglich die heilige Messe und gehen meistens auch zur Kommunion, die Männer sonntags. Auf jeden Fall praktizieren alle und empfangen ausnahmslos die österlichen Sakramente.

Don Florentino führte in seine Gemeinde die liturgische Bewegung ein und erreichte inner- und außerkirchlich ein sehr aktives Pfarrleben. Anregung dazu und nachhaltige Förderung dabei erhielt er von den Steyler Missionaren in Estella. Nicht zuletzt brachte er die Marienverehrung in zeitgemäße Blüte. Täglich wird gegen Abend in der Kirche der Rosenkranz gebetet, woran fast alle Gläubigen teilnehmen. So machte Don Florentino seine Gemeinde reif für seine wirtschaftliche und soziale Neuordnung, deren Fundament und dauernde Lebensquelle nach seinem Plan nur das religiöse Leben bilden sollte und konnte.

Nun wußte sich Don Florentino seiner Sache sicher. Nach viel Gebet trat er im Jahre 1953 mit seinem Plan in die Öffentlichkeit. Im Jahre 1954 entwickelten sich erfolgreiche Planungen bei örtlichen und übergeordneten Instanzen. 1955 konnte das Vertragswerk abgeschlossen werden.

Don Florentino entnimmt einer Aktenmappe das Original des Vertrages über die Cooperativa Agricola 'Santa Maria' de Zuniga. Wir staunen, mit welcher Gründlichkeit hierin alles festgesetzt ist, vom Wesentli-

chen bis in die kleinsten Einzelheiten. Die 63 Ackerlandbesitzer von Zuniga schließen sich freiwillig zu einem bäuerlichen Cooperativ zusammen und geben ihren Grund in gemeinschaftliche Verwaltung und Bearbeitung. Jeder einzelne aber bleibt Eigentümer seines Besitzes, so daß er ihn nach festgelegter Kündigungsfrist wieder zurückziehen kann. Aller Ertrag wird genau verteilt nach dem Schlüssel von Besitz und Leistung. Dies kann in Naturalien und Geld geschehen. Als 1. große Aufgabe wird die Flurbereinigung der 1643 Hektar in Angriff genommen. Aus 1218 Parzellen entstehen 233 große Ackerflächen. 834 Enklaven (von fremdem Grund umschlossene Stücke) werden restlos beseitigt. 11 festangestellte Arbeiter leisten die Hauptfeldarbeit. Bei Stoßarbeiten helfen andere Dorfbewohner mit, deren Leistung genau verbucht und entweder in Geld oder Naturalien vergütet wird. Anstelle der früheren 20 bis 30 Zugpaare, Pferde und Stiere werden 3 Traktoren beschafft. Im Dorfe verbleiben nur mehr 1 Pferdepaar und 1 Stier. Von verschiedenen neuen Gemeinschaftsanschaffungen sind 1 Dreschmaschine und 2 Binder hervorzuheben. Die oberste Leitung und Verwaltung hat die frei gewählte "Lokalkommission" mit Don Florentino als Beirat inne.

Auf diesem vertraglichen Fundament, das am 6. Oktober 1958 die letzte staatliche Genehmigung erhielt, steht und arbeitet die Cooperativa Agricola 'Santa Maria' in Zuniga.

Eindrucksvoll ist es uns inzwischen bewußt geworden, daß die Seele des Ganzen die weitschauende und tatkräftige Persönlichkeit des geistlichen Organisators Don Florentino Ezzura Oroquieta ist. Mit Bewunderung schütteln wir ihm dankend die Hände und wünschen zum Abschied ihm und seinem Werke den weiteren Segen Gottes und den besonderen Schutz der himmlischen Mutter.

Auf der Rückfahrt nach Estella bleibt Zuniga unser Gesprächsstoff. Hier kann man nicht von kommunistischem Kollektiv sprechen; denn diese Gemeinschaft lebt und arbeitet ganz aus dem christlichen Glauben. Auch die Bezeichnung 'Katholische Kolchose' trifft nicht zu; denn jedes Mitglied ist dieser Gemeinschaft in voller Freiheit beigetreten und bleibt selbständiger Eigentümer seines Grundes. Die Erträge gehen nicht in den 'volkseigenen' Säckel des Staates, sondern nach dem Schlüssel von Einsatz und Mitarbeit in den Privatbesitz der Mitglieder. Schließlich sind diese keine Funktionäre oder Kulakken eines Staatsapparates, für dessen Fünfjahresplan und Kollektivsoll sie fronen müssen, sondern stolze Spanier, die ihre eigenen Herrn sein wollen. - Interessiert blättern wir in den Spalten von mitgegebenen Zeitungen und in den Seiten einer neuen Broschüre, die über Zuniga berichten. Wird Don Florentinos Wagnis ein geglückter Modellfall und ein aneiferndes Vorbild für die Zukunft sein? Die Zeichen der Zeit sprechen dafür. Eine Zeitung überschreibt ihren Bericht mit der dicken Balkenzeile: Die Bewohner von Zuniga leben schon im 21. Jahrhundert.

pg."

Anmerkungen

1) Wilhelm Emmanuel von Ketteler, Freiheit, Autorität und Kirche, Mainz 1862, S. 1.

2) Friedrich Lütge, Deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Berlin-Göttingen-Heidelberg 1952, S. 297.

3) Bernhard Miller, Die deutsche Arbeiterbewegung, Leipzig 1863, S. 3 und

vgl. Wilhelm Emmanuel von Ketteler, Die Arbeiterfrage und das Christenthum, Mainz 1864, S. 29 f.

4) Miller, a.a.O., S. 3.

5) Miller, a.a.O., S. 4.

6) Lütge, a.a.O., S. 333.

7) Ebendas., S. 333.

8) Ketteler, Die Arbeiterfrage und das Christenthum, S. 99.

9) Jürgen Kuczinski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis in die Gegenwart, 6. Auflage, Bd. I. Erster Teil 1789 - 1870, Berlin 1954, S. 77-92 und 196-215. Hier findet man aufschlußreiches Material über die Lohnverhältnisse in der damaligen Zeit.

10) Friedrich Syrup - Otto Neuloh, Hundert Jahre Staatliche Sozialpolitik 1839 - 1939, Stuttgart 1957, S. 67 ff.

11) Syrup - Neuloh, a.a.O., S. 52 f.; vgl. Marcel Reding, Der politische Atheismus, Graz-Wien-Köln 1957, S. 212 f.: Montalembert "behauptete sogar zur Entrüstung vieler, Zweck der christlichen Soziallehre sei es, die besitzlose Klasse zur Zufriedenheit mit ihrer Besitzlosigkeit und zum Respekt des fremden Besitzes zu erziehen. Das Privateigentumsrecht nütze sich im gleichen Tempo ab wie das Christentum. Der Glaube an Gott allein könne daher den Besitz wirksam beschützen. Im September 1848 sagt er in der konstituierenden Versammlung: 'Gib dich mit deiner arbeitsreichen Armut zufrieden, du wirst dafür einen ewigen Lohn bekommen. Das sagt die Kirche den Armen seit tausend Jahren, und die Armen haben es geglaubt bis zu dem Tage, wo man ihnen den Glauben aus dem Herzen gerissen hat.' Heute verlange der Entrechtete statt der Hoffnung auf den Himmel einen Teil und zwar den größeren Teil des eigenen Eigentums. Das sei eine Folge des Unglaubens".

12) Syrup - Neuloh, a.a.O., S. 53.

13) Lütge, a.a.O., S. 303.

14) Syrup - Neuloh, a.a.O., S. 58 ff.

15) Vgl. Syrup - Neuloh, a.a.O., S.69ff.

16) Vgl. den Aufsatz: Der Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen, Bericht über seine Entwicklung und Tätigkeit von 1844 bis 1883, in: Der Arbeiterfreund, Berlin 1883, 1ff. und
Victor Böhmert, Die Arbeiterfrage und die innere Mission, in: Der Arbeiterfreund, Berlin 1883, S.373ff.

17) Wilhelm Emmanuel von Ketteler, Die großen socialen Fragen der Gegenwart, Mainz 1878.

18) Vgl. Paul Jostock, Der Deutsche Katholizismus und die Überwindung des Kapitalismus, Regensburg (o.J.), S.15: "Im Kommunistischen Manifest schleuderte Karl Marx die Kapitalismustheorie zu Beginn des Jahres 1848 erstmals in geschlossener, wenn auch noch ganz roher Form in die aufgewühlte Zeit. Mag das geniale Pamphlet auch zunächst nicht die breite Aufmerksamkeit gefunden haben, die ihm spätere Jahrzehnte schenkten, so bedeutet sein Erscheinen doch den eigentlichen Beginn sowohl der Kapitalismus- wie der Sozialismusideologie großen Stils."

19) Miller, a.a.O., S.5f.

20) Syrup - Neuloh, a.a.O., S.69 Fußnote.

21) Vgl. P.H. Josef Bopp, Die Entwicklung des deutschen Handwerksgesellentums unter dem Einfluß der Zeitströmungen, Diss. München 1932, S.62: Es lag "der deutsche Gesellenstand, der bis in die 60er Jahre das Gros der deutschen Arbeiterschaft überhaupt ausmachte, unter der unerbittlich zugreifenden Macht des Absolutismus gefesselt und sozial entrechtet am Boden, bis das Jahr 1868 die allgemeine Koalitionsfreiheit brachte".

22) Max Quarck, Die erste deutsche Arbeiterbewegung, Geschichte der Arbeiterverbrüderung 1848/1849. Leipzig 1924.

23) Paul Jostock, Die katholisch-soziale Bewegung der letzten hundert Jahre in Deutschland, Verlag des Kettelerhauses Köln, (o.J.), S.9.

24) Bopp, a.a.O., S.312 - 357.

25) Syrup - Neuloh, a.a.O., S.184.

26) Ebendas., S.185.

27) Karl Diehl, Art. Lassalle, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 6.Bd., S.248-253.

28) Ferdinand Lassalle, Gesammelte Reden und Schriften, 3.Bd., Berlin 1919, S.7-107.

29) Vgl. Walter Preuss, Das Genossenschaftswesen in der Welt und in Israel, Berlin 1958, Seite 100: "Die moderne Genossenschaftsbewegung wurde in einer Zeit der Herrschaft des Wirtschaftsliberalismus geboren, als die Einflußnahme des Staates auf die Wirtschaft gering und das Prinzip "Laisser faire" vorherrschend war; allein die inneren Gegensätze im kapitalistischen System, die ungerechte Verteilung des Reichtums und die schrankenlose Ausnützung der breiten Volksmassen durch die Arbeitgeber einerseits und den privaten Handel andererseits in jener Zeit, führten dahin, daß weite Kreise der breiten Massen in doppelter Weise ausgenutzt wurden, sowohl in ihrer Eigenschaft als Produzenten (gegenüber dem Arbeitgeber) wie auch als Konsumenten (im Einkauf der notwendigsten Produkte). Das moderne Genossenschaftswesen entstand in dieser Epoche der "Nichtintervention" des Staates als eins der Mittel, durch seine Tätigkeit sowohl von der Seite der Produktion wie auch von der Seite der Konsumtion her die Situation der Arbeiter und des Mittelstandes entscheidend zu ändern oder wenigstens zu beeinflussen. Wie im Anfang keineswegs vorauszusehen war, erwies sich in den meisten europäischen Ländern die Form der genossenschaftlichen Organisierung des Konsums und des Kredits als die überlegenere und aussichtsreichere, so daß diese beiden Genossenschaftszweige bald Massencharakter annahmen."

30) Oswald v. Nell-Breuning S.J., Art. Genossenschaften, in: Staatslexikon der Görres-Gesellschaft, 6. Auflage, Bd. III, S. 753.

31) Werner Ziegenfuß, Die Genossenschaften, Berlin 1948, S. 14 ff.

32) Ebendas., S. 30 ff.

33) Vgl. Albert Franz, Der soziale Katholizismus in Deutschland bis zum Tode Kettelers, Apologetische Tagesfragen, 15. Heft, Volksvereins-Verlag M. Gladbach 1914, S. 32 f. und 230 ff.; und Reding, a.a.O., S. 248.

34) Ebendas., S. 233.

35) Ebendas., S. 33.

36) Ebendas., S. 233.

37) Schulze-Delitzsch's Schriften und Reden, 1. Bd., Berlin 1909, S. 235 und ebendas., S. 28; vgl. Ziegenfuß, a.a.O., S. 68 f.

38) Oswald v. Nell-Breuning S.J., Art. Produktivgenossenschaft, in: Staatslexikon der Görres-Gesellschaft, 5. Auflage, Bd. IV, S. 433: "Die in der kapitalistischen Wirtschaftsweise vollzogene Trennung des Arbeiters von den Produktionsmitteln sollte überwunden, ihre Verbindung wiederhergestellt werden, indem die vergenossenschafteten Arbeiter viele kleine Kapitalteilchen zu einem machtvollen oder doch ausreichenden Genossenschaftskapital zusammentrugen, das sie dann durch ihre persönliche Arbeitsleistung wirtschaftlich nützten - nicht für den

ihnen gegnerisch gegenüberstehenden, mehrwertheischenden Kapitalisten, sondern für sich selbst, denen der durch sie geschaffene Mehrwert als Frucht ihrer Arbeit unverkürzt zukommen sollte."

39) Vgl. August Fläxl, Die Produktivgenossenschaft und ihre Stellung zur socialen Frage, München 1872, S. 8 und Ketteler, Die Arbeiterfrage und das Christenthum, S. 66: Das Wesen der Produktivassoziation besteht darin, "daß die Arbeiter zugleich ganz oder teilweise die Eigentümer des Geschäftes sind, so daß auch der Gewinn desselben ihnen zufällt". Und ebendas., S. 138. -
"Die gewerbliche oder Produktiv-Assoziation ist ein Verein, in dem und durch den den kleinen Gewerbetreibenden in Verbindung vieler miteinander der fabrikmäßige Betrieb des Geschäfts und also die Konkurrenz mit dem großen Kapital möglich gemacht wird; es geschieht dies durch die Verbindung vieler kleinern Kapitalien zu einem großen, dann durch die vermittels der Solidarität bewirkte Herstellung des Kredits, drittens durch die in Verbindung vieler Kräfte ermöglichte Arbeitsteilung" ("Historisch-politische Blätter" 1860. 45. Bd. 374). Mit Recht weist Franz (a.a.O., S. 230 f.) in der Auslegung dieser Definition darauf hin, daß die Produktivassoziation nicht unbedingt eine Erhaltung des Handwerks im Gegensatz zum Großbetrieb erstrebte und daß sie durch die Betonung des genossenschaftlichen Prinzips keine reine kapitalistische Wirtschaftsweise darstellte. Bemerkenswert ist auch der Hinweis, daß die Produktivassoziation sich von der Aktiengesellschaft im kapitalistischen Sinne vor allem durch die aktive Handarbeit der Gesellschafter und durch die in fast allen Assoziationen vorgesehene zeitliche Beschränkung (oder Beschränkung der Mitgliederzahl) des Gesellschaftsvertrags unterschied.
Auffallend war die zurückhaltende und verschiedenartige Beurteilung der Produktivassoziation in der zeitgenössischen katholischen Publizistik ("Historisch-politische Blätter", "Christlich-soziale Blätter", "Mainzer Journal"). Im wesentlichen vertraten die "Christlich-sozialen Blätter" die Produktivassoziationen im Sinne Kettelers. Das "Mainzer Journal" schenkte ihnen wenig Aufmerksamkeit, trotz seiner systematischen Beachtung und Würdigung aller sozialen Erscheinungen (Franz, a.a.O., S. 248-250).

40) Freiheit bedeutete für das 17. Jahrhundert primär religiöse, für das 18. politische und das 19. wirtschaftliche Freiheit. Vgl. A. Müller-Armack, das Jahrhundert ohne Gott, Münster 1948, S. 103 ff. und E. Heimann, Die sittliche Idee des Klassenkampfes und die Entartung des Kapitalismus, Hamburg 1947.

41) Theodor Heuß, Artikel Schulze-Delitzsch, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. IX, S. 149: "Schulze-Delitzsch's ökonomische Grundhaltung wurzelt durchaus im zeitgenössischen Liberalismus - aber dieser bedeutete ihm nicht ein ausschließliches Recht des Wirtschaftsindividualismus, sondern

umfaßte auch dessen Selbstkorrektur durch Solidarität und wechselseitige Haftung in der Freiwilligkeit der Gruppe, der der Staat als Ordnungsmacht der Rechtsgarantie und nicht als Finanzstütze zur Seite tritt."

42) Hermann von Leesen, Frédéric Bastiat, Sein Leben, seine freihändlerischen Bestrebungen und sozialökonomischen Anschauungen, München 1904.

43) Ziegenfuß, a.a.O., S.68f.; und Victor Böhmert, Schulze-Delitzsch als Arbeiterfreund und Socialreformer, in: Der Arbeiterfreund, Berlin 1863, S.161ff.

44) Schulze-Delitzsch's Schriften und Reden, 2.Bd., Berlin 1910, S.26 Fußnote.

45) Ebendas., S.29.

46) Ebendas., S.26.

47) Schulze-Delitzsch's Schriften und Reden, 2.Bd., S.32.

48) Ebendas., S.33.

49) Ebendas., S.34.

50) Ebendas., S.34.

51) Schulze-Delitzsch's Schriften und Reden, 2.Bd., S.48f.

52) Ebendas., S.49.

53) Ebendas., S.57f.

54) Ebendas., S.67.

55) Ebendas., S.68.

56) Schulze-Delitzsch's Schriften und Reden, 2.Bd., S.70.

57) Ebendas., S.70.

58) Ebendas., S.71.

59) Ebendas., S.85ff.

60) Ebendas., S.87.

61) Schulze-Delitzsch's Schriften und Reden, 2.Bd., S.112.

62) Ebendas., S.112.

63) Ebendas., S.112.

64) Ebendas., S.113.

65) Ebendas., S.113.

66) Ebendas., S.113.

67) Ebendas., S.221.

68) Ebendas., S.223.

69) Ebendas., S.232.

70) Ebendas., S.234.

71) Schulze-Delitzsch's Schriften und Reden, 2.Bd., S.90ff.

72) Ebendas., S.93.

73) Ebendas., S.93.

74) Ebendas., S.94.

75) Ebendas., S.95.

76) Ebendas., S.97.

77) Ebendas., S.97.

78) Ebendas., S.99.

79) Ebendas., S.99.

80) Ebendas., S.104.

81) Ebendas., S.104.

82) Ebendas., S.107f.

83) Ebendas., S.108 und vgl. Ketteler, Die Arbeiterfrage und das Christenthum, S.35.

84) Schulze-Delitzsch's Schriften und Reden, 2.Bd., S.125.

85) Ebendas., S.130.

86) Ebendas., S.130.

87) Ebendas., S.130.

88) Ebendas., S.131.

89) Ebendas., S.132.

90) Ebendas., S.134.

91) Ebendas., S.134.

92) Ebendas., S.134.

93) Schulze Delitzsch's Schriften und Reden, 2.Bd., S.135f.

94) Ebendas., S.136.

95) Ebendas., S.137.

96) Ebendas., S.137.

97) Ebendas., S.139.

98) Ebendas., S.141 und vgl. Fläxl, a.a.O., S.173ff.

99) Vgl. Lassalles Reden und Schriften, 3.Bd., S.7-107.

100) Schulze-Delitzsch's Schriften und Reden, 1.Bd., S.235.

101) Ebendas., 2.Bd., S.151.

102) Ebendas., S.153.

103) Ebendas., S.153.

104) Ebendas., S.153.

105) Ebendas., S.153.

106) Ebendas., S.155; vgl. Lassalle, Gesammelte Reden und Schriften, 3.Bd., S.56 f.

107) Schulze-Delitzsch's Schriften und Reden, 2.Bd., S.156.

108) Ebendas., S.156.

109) Ebendas., S.161 und vgl. Lassalle, a.a.O., S.81.

110) Schulze-Delitzsch's Schriften und Reden, 2.Bd., S.163.

111) Ebendas., S.165.

112) Ebendas., S.167 und vgl. Lassalle, a.a.O., S.76f. Fußnote.

113) Schulze-Delitzsch's Schriften und Reden, 2.Bd., S.171 und vgl. Lassalle, a.a.O., S.76ff. Fußnote.

114) Schulze-Delitzsch's Schriften und Reden, 2.Bd., S.171.

115) Otto Pfülf S.J., Bischof von Ketteler (1811 - 1877). Eine geschichtliche Darstellung, Bd.II, S.183f.

116) Pfülf, a.a.O., S.185.

117) Vgl. Seite 60 dieser Arbeit.

118) Ketteler, Liberalismus, Socialismus und Christenthum, Mainz 1871 und
vgl. Peter Tischleder, Der Totalismus in der prophetischen Vorausschau W.E. von Kettelers, Mainz 1947.

119) Ketteler, a.a.O., S.12.

120) a.a.O., S.6.

121) a.a.O., S.7.

122) a.a.O., S.7f.

123) a.a.O., S.8ff.

124) a.a.O., S. 6f.

125) a.a.O., S.12.

126) a.a.O., S.12.

127) a.a.O., S.11. K. zitiert hier Hegel: "Der Staat ist der wirkliche, präsente Gott; er ist göttlicher Wille als gegenwärtiger, sich zur wirklichen Gestalt und Organisation entfaltender Geist. Er ist ein wahrhaft Irdisch-Göttliches; als unbewegter Selbstzweck hat der Staat das höchste Recht über die einzelnen. Das Volk als Staat ist die absolute Macht auf Erden."

128) a.a.O., S.15.

129) a.a.O., S.18f.

130) Vgl. Ketteler, Die socialen Fragen der Gegenwart, S.30. Damals mußte er noch schreiben:
"Ich habe schon seit längerer Zeit mit Aufmerksamkeit vieles gelesen, was die Welt in Vorschlag bringt, um der drohenden Massenarmut zu steuern, und gestehe, noch nichts gefunden zu haben, was im ganzen und großen helfen könnte."

131) Vgl. W.E. von Ketteler, Liberalismus, Socialismus und Christenthum, Mainz 1871, und
Peter Tischleder, Der Totalismus in der prophetischen Vorausschau W.E. von Kettelers, Mainz 1947.

132) Karl Wick, Artikel Konservatismus, in: Wörterbuch der Politik, Heft 5, S.183-190.

133) Johannes Janssen, Die Geschichte des deutschen Volkes seit dem Ausgang des Mittelalters, 19. und 20. Auflage, 1.Bd., Freiburg i.Br. 1913, S.397-437 und
Lütge, a.a.O., S.130-134.

134) Vgl. Jakob Fellermeier, Art. Arbeit, in: Lexikon für Theologie und Kirche, 2.Auflage, Freiburg i.Br. 1957, 1.Bd., S.801-808 und
Ketteler, Die Arbeiterfrage und das Christenthum, S.23: "Arbeit ist Ware geworden, beide kauft man für den geringsten Preis bei der allgemeinsten Konkurrenz von dem Mindestfordernden" und
Wilhelm Emmanuel von Ketteler, Hirtenbriefe, Mainz 1904, S.903-924.

135) Vgl. W.E. von Ketteler, Die Katholiken im Deutschen Reiche, Mainz 1873, S.80 ff. und
vgl. Paul Jostock, Der Deutsche Katholizismus und die Überwindung des Kapitalismus, Regensburg (o.J.), S.69:
Kettelers Kritik "richtet sich nicht in erster Linie dagegen, daß man die Standes- und Zunftverfassung verließ, sondern daß man sie nicht in zeitgemäßen Formen weiterbildete".

136) Ketteler, Die großen socialen Fragen der Gegenwart, S.93ff. und
Jakob Fellermeier, Art. Autorität, in: Lexikon für Theologie und Kirche, a.a.O., 1.Bd., S.1132-1135.

137) Ketteler, Die großen socialen Fragen der Gegenwart, S.43ff. und
Oswald von Nell-Breuning, Art. Liberalismus, in: Wörterbuch der Politik, Heft 5, S.197-220.

138) Ketteler, Die Arbeiterfrage und das Christenthum, S.25.

139) Ebendas., S.25.

140) Ebendas., S.26 Fußnote.

141) Ebendas., S. 36.

142) Ebendas., S. 30.

143) Ebendas., S. 7 Fußnote.
Ketteler versteht "unter Arbeiter nicht nur den Arbeiter im eigentlichen Sinne, den Lohnarbeiter, Taglöhner, sondern auch jene, die zwar ein eigenes Geschäft betreiben, aber mit so kleinem Kapital, daß sie sich in ähnlichen Verhältnissen, wie die Arbeiter für Lohn, befinden, z. B. den kleinen Handwerker, Gewerbsmann usw., ebenso den kleinen Haus- und Grundbesitzer, der hauptsächlich vom Tagelohn lebt".

144) Nach Karl Marx besteht ein unversöhnlicher Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit. Deshalb muß nach Karl Marx das Privateigentum abgeschafft werden. Er fordert eine Enteignung der Kapitalisten und eine Überführung des Eigentums als Gemeingut in die klassenlose Gesellschaft.

145) Ketteler, Die Arbeiterfrage und das Christenthum, S. 28 ff.

146) Pfülf, a. a. O., Bd. 2, S. 192, Fußnote 1.

147) Ketteler, Die Arbeiterfrage und das Christenthum, S. 52.

148) Ebendas., S. 54 und
vgl. Oswald von Nell-Breuning/Hermann Sacher, Art. Sozialanlage des Menschen, in: Wörterbuch der Politik, Heft 1, S. 43-48.

149) Ketteler, Die Arbeiterfrage und das Christenthum, S. 54 f.

150) Ebendas., S. 55 und
vgl. W. E. von Ketteler, Deutschland nach dem Kriege von 1866, Mainz 1867, S. 107 ff. und
Leopold von Wiese, Gesellschaftliche Stände und Klassen, München 1950, S. 42-64 (zeigt als Motor der Klassenbildung seit der Französischen Revolution das Einkommen auf).

151) Vgl. Otto Pfülf, Bischof von Ketteler, Mainz 1899, 3. Bd., S. 296 ff.

152) Ketteler, Die Arbeiterfrage und das Christenthum, S. 56.

153) Ketteler, Die Arbeiterfrage und das Christenthum, S. 132 und vgl. Otto Schilling, Christliche Gesellschaftslehre, München (o. J.), S. 41-46.

154) W. E. von Ketteler, Briefe von und an Wilhelm Emmanuel Freiherrn von Ketteler, Bischof von Mainz. Hrsg. von J. M. Raich, Mainz 1879, S. 300 ff.

155) Vgl. ebendas., S. 299 f und
Pfülf, a. a. O., 1. Bd., S. 266 ff. und 2. Bd., S. 435 und
W. E. von Ketteler, Predigten, Mainz 1878, 2. Bd., S. 42-49.

156) Vgl. Ketteler, Deutschland nach dem Kriege von 1866, S. 107.

157) Ketteler, Die Arbeiterfrage und das Christenthum, S. 56.

158) Pfülf, a.a.O., 2.Bd., S.192 Fußnote.

159) Ketteler, a.a.O., S.59.

160) Ebendas., S.59f.

161) Ebendas., S.61 und
vgl. Schulze-Delitzsch's Schriften und Reden, 2.Bd., S.91.

162) Lassalle, Gesammelte Reden und Schriften, 3.Bd., S.7-107.

163) Pfülf, a.a.O., 2.Bd., S.199.

164) Vgl. Theodor Steinbüchel, Sozialismus, Gesammelte Aufsätze zur Geistesgeschichte I, Tübingen 1950, S.137ff.

165) Lassalle war ein politischer Agitator mit glänzender Beredsamkeit, der die Arbeiter für seine Ideen zu begeistern verstand. Er spielte damals die größte Rolle unter den deutschen Arbeitern. Dieser Umstand ist ein wichtiger Grund, weshalb Ketteler in seiner Schrift "Die Arbeiterfrage und das Christenthum" auf Karl Marx nicht zu sprechen kommt. Ketteler kannte aber die sozialistische Gesellschaftskritik seiner Zeit. Auf seine Reise zum Vatikanischen Konzil nahm er den kurz vorher erschienenen 1. Band des "Kapital" von Karl Marx als Lektüre mit.

166) Vgl. Ketteler, Die großen socialen Fragen der Gegenwart, S.1-18.

167) Ketteler, Die Arbeiterfrage und das Christenthum, S.69.

168) Vgl. Marcel Reding, Der politische Atheismus, Graz-Wien-Köln 1957, S.131: "Der Grund aller Entfremdungen ist nach Marx das Privateigentum als das Produkt der entfremdeten Arbeit. Seine höchste Form ist das Kapital, das heißt ein Wert, der einen Mehrwert schafft. Dieser Mehrwert kann sich nicht einfach daraus ergeben, daß das Geld oder der entsprechende Wert zirkuliert - denn die Zirkulation schafft keine Werte -, er entspringt vielmehr - und das ist das Entscheidende - der Arbeit." und

Vgl. Theodor Steinbüchel, Der Sozialismus als sittliche Idee, Düsseldorf 1921, S.55f.: Engels "sieht die Quelle aller Unsittlichkeit im Privateigentum, das seinerseits Konkurrenz und Handel zeitigt, die beide sowohl von unsittlichen Motiven ausgehen als zu unsittlichen Folgen führen. Der Grundgedanke der Engelsschen Kritik ist die Geißelung des Egoismus, der der Wirtschaftsordnung des Privateigentums zugrundeliegt. Das Privateigentum vernichtet in seinem gewinnsüchtigen Egoismus, in seiner auf Gewinn ausgehenden kapitalistischen Gestalt, die Familie durch die Erfindung des Fabriksystems. Es ist sittlich verwerflich, weil es die große Mehrzahl der Menschen von der notwendigsten Bedingung ihres Lebens, der Erde, ausschließt. Es ist unsittlich, weil es den Zins eingeführt hat, der als Empfangen ohne Arbeitsleistung sittlich nicht zu rechtfertigen ist. Dem Privateigentum ist die Spaltung von Ka-

pital und Arbeit zuzuschreiben, die ganz unnatürlich ist; mit dem Privateigentum wird auch diese unnatürliche Trennung fallen und damit zugleich die Entzweiung "der freien menschlichen Tätigkeit" in Arbeit und Lohn in Wegfall kommen.

Unsittlich sind auch die Wirkungen des Privateigentums, der schon erwähnte Handel und die Konkurrenz. Denn die Motive des Handels sind rein egoistisch: Neid, Argwohn, Habgier, Gewinnsucht, Geldgier. Die Folgen des Handels sind ebenso verwerflich: Krieg, Anwendung von List und Gewalt. Die gleichen sittlichen Werturteile fällt Engels bei der Betrachtung der Konkurrenz. Sie erzeugt Feindseligkeit unter den Menschen, sie verursacht das Monopol, das das Wohl der Gesamtheit beeinträchtigt, sie ist die Ursache der Handelskrisen, die die größte Unsittlichkeit mit sich bringen, die Schwankung der Preise, die dem Handel alles sittliche Rückgrat raubt, sie zwingt "zur Aufgebung aller wahrhaft menschlichen Zwecke". Die Konkurrenz hat den Malthusianismus gezeitigt, den Engels aus sittlichen Gründen als "infame, niederträchtige Doktrin", als "scheußliche Blasphemie gegen die Natur und Menschheit" verwirft".

"Wie Engels so hat sich auch Marx der sittlichen Beurteilung ökonomischer Zustände und sozialer Einrichtungen nicht enthalten. In der Heiligen Familie, die die Überleitung zum "wissenschaftlichen", auf der materialistischen Geschichtstheorie aufbauenden Sozialismus bildet, verurteilt Marx das Privateigentum aus sittlichen Gründen, weil es zur Erhaltung des Reichtums, zur Bildung, zum Fortbestand und zur Entmenschlichung einer ganzen Gesellschaftsklasse, des Proletariates, notwendig führen mußte. Mit der Aufhebung des Privateigentums schwindet auch die unterdrückte Proletarierklasse."

169) Ketteler, a.a.O., S. 73 f.

170) Ebendas., S. 75.

171) Ebendas., S. 76 und
vgl. W.E. von Ketteler, Ist das Gesetz das öffentliche Gewissen?, Frankfurt a.M. 1866.

172) Ketteler, Die Arbeiterfrage und das Christenthum, S. 76.

173) Ebendas., S. 79.

174) Ebendas., S. 82.

175) Ketteler, Die Arbeiterfrage und das Christenthum, S. 138.

176) Ebendas., S. 138.

177) Ingwer Paulsen, Victor Aimé Huber als Sozialpolitiker, Berlin 1956, 2. Auflage.

178) Vgl. Franz, a.a.O., S. 236: "In einer im Jahre 1868 in der 'Augsburger Allgemeinen Zeitung' gegebenen Auslassung sagt er: 'Die soziale Frage ist vor allem eine Bildungsfrage für alle dabei beteiligten Elemente. Sie ist dies vor allem in ihrer sitt-

lichen Bedeutung, und solange nicht alle Bildungsanstalten und Bildungsmittel dahin wirken, das Bewußtsein eines sozialen Berufs und damit verbundener Pflichten zu wecken und zu nähren, wie dies hinsichtlich des allgemein sittlich-religiösen und menschlichen und des politischen Berufs längst anerkannt ist, so lange hat unsere nationale Bildung eine höchst bedenkliche Lücke."

179) Paulsen, a.a.O., S.63 Fußnote 11.

180) Ebendas., S.125.

181) Ebendas., S.71 und 140f.

182) Ebendas., S.83.

183) Ebendas., S.84.

184) Pfülf, a.a.O., 2.Bd., S.186.

185) Ketteler, Die Arbeiterfrage und das Christenthum, S.140.

186) Ebendas., S.141.

187) Ebendas., S.141.

188) Ketteler, Die Arbeiterfrage und das Christenthum, S.148.

189) Karl Borgmann, Art. Caritas, in: Lexikon für Theologie und Kirche, 2.Auflage, Freiburg i.Br. 1958, S.941-947.

190) Pfülf, a.a.O., 2.Bd., S.197.

191) Ebendas., S.198.

192) Pfülf, a.a.O., S.197ff.

193) Ebendas., S.200.

194) Ebendas., S.200ff.

195) Pfülf, a.a.O., S.202.

196) Ebendas., S.203.

197) Ebendas., S.203.

198) W.E. von Ketteler, Die Arbeiterbewegung und ihr Streben im Verhältniß zu Religion und Sittlichkeit, 3.Aufl., Mainz 1869, S.21.

199) Christlich-sociale Blätter, 6.Nov.1869, Nr.10.

200) Ebendas., S.151.

201) Ebendas., S.151.

202) Ebendas., S.151.

203) Ketteler, Briefe von und an Wilhelm Emmanuel von Ketteler, S.411 f.

204) Pfülf, a.a.O., 3.Bd., S.290.

205) Ketteler, Die Katholiken im Deutschen Reiche, S.85f.

206) Pfülf, a.a.O., S.299f.

207) Vgl. Ketteler, Deutschland nach dem Kriege von 1866, S.107-112.

208) Auch Karl Marx schreibt in der "Inauguraladresse der internationalen Arbeiter-Assoziation" (1864) den Produktivgenossenschaften eine zentrale Bedeutung zu. Vgl. hierzu Martin Buber, Pfade in Utopia, Heidelberg 1950, S.145ff.

209) Fläxl, a.a.O., S.34.

210) Ketteler, Die Arbeiterfrage und das Christenthum, S.5.

211) Walter Preuss, a.a.O., S.163f.

212) Ebendas., S.164ff.

213) Adolf Weber, Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit, 6.Aufl., Tübingen 1954, S.33f.: "Nun ist allerdings neuerdings die Frage wieder aufgeworfen worden, ob nicht zu Lebzeiten der freien Marktwirtschaft das Lohnarbeiterverhältnis als solches überwunden werden könnte. Prof. von Nell-Breuning bejaht diese Frage. Der Weg zur echten wirtschaftlichen Mitbestimmung im vollen Sinne des Wortes sei erst durch Überwindung des Lohnarbeitsverhältnisses aufgebrochen. Zu dem Zweck schlägt er Organisationen vor, für die ihm die Offene Handelsgesellschaft als Modell dient. Wenn es sich nicht, wie bei der OHG, um einen Senior- und nur einen Juniorpartner handelt, sondern um eine Vielzahl von Menschen, würden die Dinge natürlich verwickelter. Im Prinzip aber ändere sich nichts. Die Geschäfte könnte allerdings ähnlich wie bei der AG nur ein kleiner Kreis von Personen führen. So würde es möglich sein, daß der Profit, der 'Mehrwert', denen anheimfalle und bei denen verbleibe, die ihn geschaffen hätten. Dabei verstehe es sich 'am Rande', daß die Partner mit diesem Profit oder Mehrwert genau so verfahren müßten, wie unter den heutigen Verhältnissen der verantwortungsbewußte Unternehmer, sie also nicht zu gesteigertem Konsum, sondern im Interesse der volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten zu verwenden hätten. Auf Grundlage der vorgeschlagenen neuen Organisation habe eine neue Unternehmerschaft die Chance, es besser zu machen, als das bisherige, aus einer begrenzten gesellschaftlichen Schicht sich rekrutierende Unternehmertum.

Das, was Nell-Breuning hier vorschlägt, ist im Grunde genommen dasselbe, was schon 1864 Bischof Ketteler empfahl. In seiner bereits erwähnten Schrift über die "Arbeiterfrage und das Christenthum" tritt er für 'Produktivassoziationen' ein: 'Das Wesen der Produktivassoziationen haben wir in der Teilnahme der Arbeiter am Geschäftsbetrieb selbst erkannt. Die Arbeiter sind zugleich Geschäftsunternehmer und Arbeiter, und sie haben daher einen doppelten Anteil an dem Einkommen, den Arbeitslohn und den Anteil an dem eigentlichen Geschäftsgewinn'. Lassalle schlug zur selben Zeit Ähnliches vor. Immer

wieder aber scheiterten die zahlreichen Versuche, die mit derartigen an und für sich gewiß sympathischen Vorschlägen gemacht wurden."

214) Martin Buber, Pfade in Utopia, Heidelberg 1950.

215) L. F. Rushbrook Williams, Der Staat Israel, Hamburg-Wandsbek 1959 (Fischer-Bücherei Nr. 288), S. 83-86 (siehe Anhang dieser Arbeit S. 109 ff.) und
Walter Preuss, a.a.O. P. bietet zuverlässiges Material über die verschiedenen Modelle der Produktivgenossenschaften in Stadt und Land im Staate Israel.

216) Stadt Gottes, Katholische Familienzeitschrift zugunsten des Missionswerkes, Postverlagsort Kaldenkirchen, Heft 6/1960, S. 250-253 (siehe Anhang S. 112 ff.)

217) In: Die sozialen Rundschreiben Leos XIII. und Pius' XI., 3. Aufl., Verlag Ferdinand Schöningh Paderborn 1960, Veröffentlichung der Görres-Gesellschaft, herausgegeben von Gustav Gundlach S. J.

218) AAS 42 (1950), S. 487.

219) Der lateinische Text ist veröffentlicht im Osservatore Romano vom 15. Juli 1961.

220) Vgl. Steinbüchel, Sozialismus, S. 262: Ketteler "hat sofort auch Gegner gefunden, die sarkastisch hinwiesen auf die 'sozialistisch-kommunistischen Kanzelreden' und auf die 'demokratischen Ecclesiasten, die so scharf sprechen wie westfälische Kommunisten'. Der westfälische Baron hat sich daran nicht gestört und die Zeit verstanden".

221) Ketteler, Die Arbeiterfrage und das Christenthum, S. 138.

222) Ketteler, Hirtenbriefe, S. 312; vgl. Reding, a.a.O., S. 353 ff.

223) Die richtige Entzifferung dieser Worte ist zweifelhaft.

224) 1864 Nr. 147.

225) Die richtige Wiedergabe dieser Worte ist zweifelhaft, da die Schrift kaum zu entziffern.

226) Mit diesem Satz wäre eigentlich, wenn er buchstäblich zu nehmen wäre, die Kritik des Lassalleschen Vorschlages von selbst gegeben, und es bliebe höchstens fraglich, wie Lassalle als Sozialist und Kommunist ein Mittel vorschlagen konnte, das nach ihm weiter entfernt vom Sozialismus und Kommunismus sein sollte, als irgendein anderes. Aber schon das eingeschobene Wort "sogenannten" zeigt, daß Lassalle hier einen inneren Vorbehalt macht und sich nur gegen das Zerrbild vom Sozialismus und Kommunismus verwahrt, das in den Reihen der Gegner gang und gäbe war. Andererseits hielt er es für taktisch richtig, zunächst die Forderung der Staatshilfe für Produktivgenossenschaften in der möglichst unanstößigen Weise aufzustellen und die Konsequenzen sich von selbst entwickeln zu lassen. Kein Zweifel, daß er nicht verpflichtet war, gleich mit

seinem letzten Wort herauszuplatzen. Aber ein Fehler war die obige Erklärung doch, sie brachte ihn, wie an anderer Stelle bereits gezeigt, wiederholt in Widerspruch mit sich selbst und führte, mehr als die Gegner, die eigenen Anhänger zeitweise irre. D.H.

227) England, welches immer als das Land angeführt zu werden pflegt, in welchem keine solche Intervention des Staates stattfindet, ist im Gegenteil noch heute stolz auf seine durch die Parlamentsakte von 1833 bewirkte Ablösung der Sklaverei in den Kolonien, welche nur durch Intervention des Staates möglich war und ihm eine Entschädigung von nicht weniger als 20 Millionen Pfund Sterling (133 Millionen Taler) gekostet hat. Die Befreiung der unendlichen Mehrheit der eigenen Nation von jenem den Arbeitslohn bestimmenden Gesetz muß den Staat noch mehr interessieren als die Befreiung einer fremden Rasse in den Kolonien und wäre noch dazu ohne jene Opfer zu vollbringen, welche diese erfordert hat.

228) Gegen diesen Vergleich wurde von der liberalen Presse der Einwand erhoben, daß bei den Zinsgarantien für die Eisenbahnen es sich eben nicht darum gehandelt habe, den Aktionären Kapitalien zu verschaffen, sondern umgekehrt, sie zur Hergabe von Kapital für einen Kulturzweck zu veranlassen. Rein äußerlich betrachtet ist das freilich richtig. Der Gegensatz ist aber doch nur ein formeller. Die Hauptsache ist, daß die Intervention des Staates für Unternehmungen in Anspruch genommen wurde, die von Kapitalisten für Kapitalisten verwaltet wurden. Übrigens ist, wie Lassalle richtig hervorhebt, dieser Fall der Zinsgarantien nur ein verhältnismäßig mildes Beispiel der Inanspruchnahme der Staatshilfe für die Kapitalistenklasse. D.H.

229) Wie leicht das zu einer allmählich im Lauf der Zeit über den gesamten Arbeiterstand sich erstreckenden Assoziation erforderliche Kapital respektive vielmehr der dazu erforderliche Kredit beschafft werden könnte, kann hier nicht weiter ausgeführt werden, da hierzu eine finanztheoretische Erörterung der sozialen Funktion des Geldes und Kredits vorausgeschickt werden müßte. Überdies würde gegenwärtig eine jede solche, den Exekutionsmodus betreffende Erörterung doch völlig wirkungslos und überflüssig sein. Einen praktischen Wert wird sie erst in der weiter unten näher zu bestimmenden Zeit haben, wo an die Verwirklichung dieser Forderung gedacht werden kann. Hier also nur, außer den soeben gegebenen Andeutungen, noch folgende: Diese Assoziationen würden natürlich erst allmählich und im Lauf der Zeit den gesamten Arbeiterstand umfassen. Sie würden zu beginnen haben in solchen Industriezweigen, welche sich durch ihre Natur, indem sie verhältnismäßig die stärkste Arbeiterzahl beschäftigen, am meisten zur Assoziation eignen. Sie würden zu beginnen haben in solchen Distrikten und Lokalitäten, welche durch die Art ihrer Gewerbstätigkeit, durch die Dichtigkeit ihrer Bevölkerung, sowie durch die freiwillige Disposition derselben zur Assoziation - alles drei in

der Regel zusammenfallende Momente - vor den andern sich zur Assoziation eigneten. Sie würden, sobald erst eine Anzahl solcher Assoziationen bestehen, immer spielender und leichter für alle anderen Gewerbszweige und Lokalitäten einzuführen sein, da natürlich alle mit Hilfe des Staates sich bildenden Assoziationen in einen Kreditverband untereinander zu treten hätten und treten würden. Außer dem Kreditverband könnte ein Assekuranzverband die verschiedenen Vereine umfassen, welcher etwaige eintretende Geschäftsverluste durch ihre Verteilung bis zur Unmerklichkeit ausgliche. Der Staat würde endlich keineswegs den Diktator bei diesen Gesellschaften zu spielen haben, sondern ihm nur die Feststellung und respektive Genehmigung der Statuten und eine zur Sicherung seiner Interessen ausreichende Kontrolle bei der Geschäftsführung zustehen. Wöchentlich würde den Arbeitern zunächst der orts- und gewerbsübliche Arbeitslohn zu entrichten und am Schlusse des Jahres der Geschäftsgewinn des Vereins als Dividende unter sie zu verteilen sein. Die praktische Ausführbarkeit und höchst lukrative Existenzfähigkeit solcher Assoziationen überhaupt könnte ja nur von der Unwissenheit geleugnet werden, welcher es unbekannt ist, daß bereits sowohl in England wie in Frankreich zahlreiche Arbeiter-Assoziationen bestehen, welche, und obwohl unter den schwierigsten Umständen und ohne jede Hilfe und Unterstützung entstanden, rein auf die Anstrengungen der isolierten Arbeiter angewiesen, die sie bilden, dennoch zu hoher Blüte gelangt sind. So - um der sogenannten Pioniers von Rochdale ganz zu geschweigen - bestanden schon 1861 in der Grafschaft Lancashire allein 31 solcher Assoziationen zur fabrikmäßigen Produktion, meist erst neuerdings gegründet, von denen gleichwohl bereits mehrere eine Dividende von 30 bis 40 Prozent vom Kapital abwarfen. Um einiger französischer Arbeiter-Assoziationen zu erwähnen, so erzielte die Assoziation der ouvrièrs maçons in Paris schon im Jahre 1856 bis 1857 einen Geschäftsgewinn von 56 Prozent ihres Kapitals; im Jahre 1858 betrug der Geschäftsgewinn 130 000 Fr., wovon 30 000 Fr. zur Reserve genommen und 100 000 Fr. als Dividende verteilt wurden, und zwar 60 Prozent hiervon auf die Arbeit, 40 Prozent auf das Kapital (die Gesellschaft hat associés non travailleurs, welche je mindestens 10 000 Fr. Kapitaleinschuß machen); ähnliche Blüte bei den ouvrièrs lampistes, bei den ouvrièrs en meubles usw. Man sehe die Geschichte der Arbeiter-Assoziationen in den Werken von Professor Huber, Cochut, A. Lemercier (Etudes sur les associations ouvrières) u.a. - Die Statuten und Reglements dieser Vereine geben zugleich äußerst schätzbare Beiträge für die innere Gestaltung dieser Assoziationen an die Hand. Alle diese Gesellschaften waren recht eigentliche "Pioniere", Pioniere der Zukunft, welche mit harter Hand den Weg brachen und durch die schlagenden praktischen Resultate, die sie trotz der ihnen entgegenstehenden Unmöglichkeiten erreichten, zeigen, welche ganz andere Resultate zu erreichen sind, wenn der Staat die Hand zur Überwindung

dieser Unmöglichkeiten bietet. Blind muß sein, wer nicht sieht, daß unsere gesamte Geschichte und Entwicklung auf diesen Weg hindrängt. Das Umsichgreifen der Aktienunternehmungen selbst hat eben dies zu seinem letzten und wahrhaft zivilisatorischen Inhalt gehabt, diesen Weg zu eröffnen.

230) Dieterici, Mitteilungen des statistischen Bureaus, Jahr 1851, Bd. IV, S. 226; vgl. Bd. III, S. 243.

231) In der Wirklichkeit gab es nämlich damals (1850), wie Dieterici Bd. IV, S. 223 zeigt, bei 16 331 187 Seelen 3 181 968 Familien in Preußen, was 5 1/10 Personen auf die Familie gibt. Steuerpflichtige gab es damals (siehe Dieterici, Bd. III, S. 243) 4 950 454 Personen in Preußen, also mehr als Familien. Immer repräsentiert hiernach der klassensteuerpflichtige Kopf noch im Durchschnitt eine Familie von über 3 Personen, wobei noch ganz unberücksichtigt bleiben mag, daß gerade die untersten Klassen die stärksten Familien haben.

232) Diese Zahlen haben bekanntlich sofort heftige Anfechtung erfahren und sind auch später häufig Gegenstand der Kritik von Fachleuten und Nichtfachleuten gewesen. Aber wenn sie auch unbestritten auf Schätzungen beruhen, bei denen eine Reihe wichtiger Momente nicht oder nicht genügend berücksichtigt wurden, haben doch alle späteren Richtigstellungen das Bild, das sie in bezug auf das Prozentverhältnis von Reichen und Wohlhabenden auf der einen Seite und in Dürftigkeit und Elend Lebenden auf der anderen Seite darbieten, nur unwesentlich verändern können. Dagegen hat der zunehmende Reichtum der Gesellschaft mittlerweile den Prozentsatz der Wohlhabenden wesentlich erhöht. D. H.

233) Die vorstehende Deduktion birgt einige Widersprüche, auf die einzugehen jedoch hier zu weit führen würde. Dagegen sei in Kürze bemerkt, daß die französischen Produktivgenossenschaften, deren Erfolge einen so starken Eindruck auf Lassalle machten, sich bei näherer Prüfung meist als Handwerkergenossenschaften herausstellen, die mit unverhältnismäßig großem Kapital pro Kopf des Teilhabers arbeiteten und allerhand Privilegien genossen. Sie sind sämtlich entartet. Auf der andern Seite führt, was die geschilderte Agitation bei den Pionieren von Rochdale anbetrifft, eine genauere Überlegung zu dem Schluß, daß gerade vom sozialistischen Standpunkt aus die Arbeiter, die es vorzogen, der Genossenschaft nicht beizutreten, auch keinen Anspruch auf den Gewinn des Unternehmens hatten. Die Gewinnbeteiligung des Arbeiters als solchen am individuellen Unternehmen ist eine kleinbrügerlich individualistische, aber keine sozialistische Forderung. D. H.

Lebenslauf

Am 19.1.1915 wurde ich als Sohn des Kaufmanns Karl Thomanek in Berlin geboren. Nach bestandener Reifeprüfung studierte ich 1934 bis 1938 Philosophie und kath. Theologie an der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau. Meine akademischen Lehrer waren die Herren Professoren: Baur, Gescher, Koch, Maier, Poschmann, Schulz, Seppelt und Stelzenberger. Am 23.12.1939 spendete mir der Bischof von Berlin, der spätere Kardinal von Preysing, die Priesterweihe. Bis zu meiner Einberufung zur Wehrmacht im Jahre 1942 war ich als Kaplan in Berlin tätig. Während des Krieges wurde ich in Rußland verwundet und bin seit meiner Entlassung aus der englischen Kriegsgefangenschaft 1945 50% schwerkriegsbeschädigt. Nach einer Kaplanstätigkeit in Westdeutschland und Berlin wurde ich am 1.11.1959 Kuratus der kath. Pfarrgemeinde St. Franziskus in Berlin-Staaken (West) und am 3.5.1961 zum Pfarrer ernannt.

Als Gasthörer verdanke ich durch Vorlesung und Seminar besondere Förderung den Herren Professoren W. Berges, H.-J. Lieber und M. Reding.

Mein herzlicher Dank für die zahlreichen Anregungen und gütige Unterstützung bei der Anfertigung meiner Dissertation gilt besonders meinem sehr verehrten Lehrer Herrn Prof. Dr. Marcel Reding.